

VOR ORT Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft: Bundesentgelttarifvertrag in der Papierindustrie steht

TENDENZEN Sozialwahl: Wie sich Ehrenamtliche für Versicherte stark machen

TIPPS Videoüberwachung am Arbeitsplatz: Was erlaubt ist und wo die Grenzen liegen



KOMPAKT



Mangelware Erdgas

IGBCE-Branchen unter Druck:
Wie sich Deutschland
für den Notfall wappnet

SETZ DICH EIN

FÜR GUTE ARBEIT.



NEUMITGLIEDER WERBEAKTION

JETZT WILLKOMMENS- GESCHENK SICHERN!

Einkaufskorb
Achilles



oder



WMF
Besteck-Set
„My2Go“

Aktionszeitraum:
1. August bis 30. September 2022

Nur noch bis 30.09.



AKTION.IGBCE.DE

Hochglanz-PR im Betrieb reicht nicht



Foto: Stefan Koch

LARS RUZIC
Chefredakteur

Die Buschtrommel hat bekanntlich ihre besten Zeiten hinter sich. Seitdem haben wir viele andere Kommunikationsinstrumente kommen und gehen sehen. Wie sich überhaupt kaum ein Bereich so rasant wandelt wie dieser. Das gilt nicht nur für Medien und Technologien, sondern auch für die Kommunikation im Betrieb. War früher der Aushang am Schwarzen Brett das höchste der Gefühle, werden Beschäftigte heute von ihrem Arbeitgeber auf so vielen digitalen Kanälen beschallt wie noch nie. Intranet, digitale Bildschirme, internes soziales Netzwerk, Chatgruppen und, und, und. Bei alledem dürfen die Feel-Good-Botschaften der Personalchefinnen und -chefs über ihr »bestes Team der Welt« auf LinkedIn und anderen Karrierenetzwerken nicht fehlen.

DAS GANZE HAT NUR EINEN HAKEN: Am Ende ist es schlicht Unternehmens-PR. Mehrfach gefiltert, glanzvoll ausgeleuchtet und natürlich parteiisch. Ganze Stäbe kümmern sich in den großen Konzernen inzwischen darum, dem »besten Team der Welt« dieselbe so zu erklären, wie das Management auf sie blickt. Die Digitalisierung hat es den Betrieben leicht gemacht, mit ihren Beschäftigten jederzeit direkt in Kontakt zu treten – ohne dass sich die Firmenchefin oder der Werkleiter vor die Mannschaft stellen und ihr Rede und Antwort stehen muss. Und nun, da mobile Arbeit und Homeoffice nicht mehr wegzudenken sind, werden diese digitalen betrieblichen Kanäle wichtiger denn je. Wie aber beeinflusst es die betriebliche Demokratie, die kritisch-konstruktive Mitbestimmung, wenn die eine Seite kommunikativ aus allen digitalen Rohren feuern kann, die andere aber weiter analog unterwegs sein soll?

DAS ZUGANGSRECHT der Gewerkschaften zum Betrieb erhielt Verfassungsrang, als es kein Internet gab. Es ist überfällig, es auf die digitale Welt auszuweiten. Damit die Beschäftigten auch die andere Seite der Medaille sehen, sich unabhängig eine Meinung bilden können. Deshalb hat die IG BCE das digitale Zugangsrecht in der Kautschukbranche erstritten, nun in der Chemie. Sie wird nicht ruhen, bis es politisch für alle festgeschrieben wird. Denn jedes »beste Team der Welt« verdient mehr Ausgewogenheit.

lars.ruzic@igbce.de



Foto: iStockphoto/YakobchukOlena

VOR ORT

21-29

Ort für gewerkschaftliche Bildung



Foto: Frank Rogner

Entspanntes Lernen: Es ist die Kombination aus Naherholung und dem perfekten Ambiente für konzentriertes Arbeiten, die dem Adolf-Schmidt-Bildungszentrum in Haltern seinen Zauber verleiht.

»Das ist ein Schlag ins Gesicht«

600 Kolleginnen und Kollegen von ContiTech zogen Mitte Juli laut pfeifend durch die Northeimer Innenstadt, um gegen den geplanten Stellenabbau zu demonstrieren. Das Unternehmen möchte 850 Stellen streichen – 650 davon in Südniedersachsen.



Foto: Hubert Jelinek

Lösungen vom Staat gefordert

Noch vier Monate, dann tritt das von Deutschland zugesagte Embargo gegen russisches Öl in Kraft. Die IGBCE fordert eine feste Zusage für die Absicherung aller 1200 Beschäftigten der PCK-Raffinerie in Schwedt. Ende Juni hatten rund 3000 Menschen lautstark für den Weiterbetrieb demonstriert.

Historischer Erfolg

Die IGBCE und der Arbeitgeberverband »Die Papierindustrie« (DPI) haben sich auf einen Bundesentgelttarifvertrag für die 40000 Beschäftigten der Branche geeinigt. Am 14. Juli hat die Bundestarifkommission der IGBCE dem Tarifvertrag ohne Gegenstimme zugestimmt.



Foto: Heige Krückeberg

10 **Kompass**

Michael Vassiliadis im Interview darüber, was die Bundesregierung tun muss, um die Energieversorgung im Land abzusichern und zugleich die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Kosten zu entlasten.

TITEL

12 **Kostbares Gut**

Das Erdgas wird knapp und die Preise explodieren. Die Politik setzt kurzfristig auf den Import von LNG und ein Comeback der Steinkohle. Unternehmen suchen nach Wegen, mit der Krise umzugehen.

SERIE

18 **25 Jahre IGBCE**

Im Herbst feiert die IGBCE ihr 25-jähriges Bestehen. Im vierten Teil der Serie blickt **KOMPAKT** auf einige Beispiele für Hilfsbereitschaft und Solidarität.

TENDENZEN

31 **Bewusstsein schaffen**

In den Branchen der IGBCE steigt der Anteil der Hochqualifizierten, die oft außertariflich eingruppiert werden. Die Gewerkschaft möchte auch dieser Beschäftigten-gruppe eine Stimme in der Arbeitswelt verleihen.

34 **Mitmachen erwünscht!**

Die »Soziale Selbstverwaltung« ist ein wichtiges Instrument, um die Interessen der Versicherten zu wahren. **KOMPAKT** stellt zwei Ehrenamtliche vor, die sich für Versicherte starkmachen.

TIPPS

36 **Kontrolle auf Schritt und Tritt?**

Videouberwachung am Arbeitsplatz – verboten ist sie nicht, sie hat aber Grenzen. **KOMPAKT** erklärt, wo diese liegen.

38 **Gesund oder ungesund?**

Über Ernährung und Lebensmittel kursieren hartnäckige Irrtümer. **KOMPAKT** klärt einige Missverständnisse auf.

IMMER IM HEFT

03 **Unter uns**

06 **Aktuelles**

08 **5 Minuten Zukunft**

20 **Leserforum/Impressum**

30 **Einer von uns**

40 **Rätsel**

41 **Glück & Meine IGBCE**

42 **Mein Arbeitsplatz**



Gas – ein kostbares Gut **12**



31 Attraktiv für alle



»Soziale Selbstverwaltung« **34**



38 Ernährungsmymthen



Mein Arbeitsplatz **42**

Fotos: Uniper SE, Peter Kaplan, Jens Schulze, iStockphoto/AlexRaths, Jens Schulze



Foto: picture alliance/Jochem Taak

MINUS 3 ZENTIMETER, so niedrig stand der Pegel des Rheins Mitte August in Emmerich kurz vor der niederländischen Grenze. Damit lag er sogar noch unter dem bisherigen Rekordtief aus Oktober 2018. Der Fluss (Foto bei Düsseldorf) ist durch wochenlange Hitze und ausbleibende Niederschläge zur

Kiesbank geworden. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt. Viele Transportschiffe können durch das Niedrigwasser nicht oder nicht voll beladen fahren. Für die am Rhein liegenden Unternehmen ist das ein Problem. Sie sind auf den Fluss für die Lieferung von Rohstoffen angewiesen.

AUFREGER DES MONATS



Foto: iStockphoto/Josh Hodges

Mehr arbeiten

NEU IST DIE DEBATTE NICHT: Mehr arbeiten und später in Rente gehen. Um den Arbeitskräftemangel in Deutschland einzudämmen, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die 42-Stunden-Woche vorgeschlagen. Der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel findet das gut. Allein durch Zuwanderung werde man das Fachkräfteproblem nicht lösen können. Der DGB kritisierte Gabriels Vorschlag als »komplett aus der Zeit gefallen«. Eine höhere Wochenarbeitszeit sei keine Lösung: Die Gesundheit der Beschäftigten leide schon heute unter Stress und hoher Arbeitsdichte. »Der heutige Fachkräftemangel ist vor allem die Folge einer seit Jahren verfehlten Personalpolitik«, sagte Ralf Sikorski, stellvertretender Vorsitzender der IG BCE.

ZAHL DES MONATS

119 000

BERATUNGSGESPRÄCHE hat die IGBCE-Bonusagentur, die in diesem Monat ihren 10. Geburtstag feiert, seit dem Start der arbeitgeberfinanzierten Pflegezusatzversicherung CareFlex Chemie zu dem Thema geführt. Der Pflegeschutz per Tarif startete am 1. Juli 2021 und sichert das Pflegerisiko der Beschäftigten einer gesamten Branche ab. Seither haben 1186 Unternehmen an 2390 Standorten rund 485 000 Beschäftigte bei CareFlex angemeldet – davon etwa 415 000 Tarifmitarbeiter*innen und 70 000 außertariflich Beschäftigte. Die Beratung – zum Beispiel zur Aufstockung oder Familienabsicherung – ist kostenlos. Einen Beratungstermin kannst du über das Beschäftigtenportal unter beschaeftigte.careflexchemie.de buchen.

Transformationscamp

DER ANGRIFF RUSSLANDS auf die Ukraine und die damit verbundene Zeitenwende lösen internationale Schockwellen in Politik und Wirtschaft aus. Unsichere Lieferketten, zunehmende Energieknappheit und hohe Preise setzen die deutsche Industrie massiv unter Druck. Gleichzeitig stellen die geopolitischen Spannungen auch die Transformationspfade hin zu Klimaneutralität erneut auf den Prüfstand.

Die Stiftung Arbeit und Umwelt und die IGBCE stellen deshalb

auf ihrem Transformationscamp am 15. September 2022 die Frage »Transformiert die Zeitenwende die Transformation?« Vertreter*innen aus Industrie, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft diskutieren darüber, wie die industrielle Transformation im neuen geopolitischen Spannungsfeld gelingen kann. Mit dabei sind unter anderem Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Michael Vassiliadis, Vorsitzender IGBCE, Dr. Markus Steilemann, CCO Covestro AG, sowie Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin des Saarlandes.

Die Veranstaltung findet im »Umspannwerk Ost«, Palisadenstraße 48, in Berlin statt, kann aber auch per Livestream im Internet verfolgt werden.

 Mehr Infos und Programm: transformationscamp-igbce.de

ZITAT DES MONATS



Foto: picture alliance/dpa | Sebastian Gollnow

»Frauen und Männer sollten gleich bezahlt werden.«

BUNDESKANZLER OLAF SCHOLZ hat während der Fußball-Europameisterschaft der Frauen das Thema Equal Pay im Fußball angestoßen. Auf Twitter schrieb der SPD-Politiker zu Beginn des Turniers: »Wir haben 2022. Frauen und Männer sollten gleich bezahlt werden. Das gilt auch für den Sport, besonders für Nationalmannschaften.« Vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) erhält jede Nationalspieler*in für den Einzug ins EM-Finale eine Prämie von 30 000 Euro. Bei einem Turniersieg wären es 60 000 Euro gewesen. Das ist zwar fast eine Verdoppelung gegenüber der EM 2017, aber im Vergleich zu den Männern immer noch deutlich weniger. Auch Bundestrainerin Martina Voss-Tecklenburg wünscht sich bei den Prämien eine Angleichung: »Vielleicht bekommen Frauen irgendwann für den gleichen Titel auch das gleiche Geld.«



Illustration: Stefan Hoch

Star Trek [ʃta:ʁ tʁɛk]

[STERNENREISEN als Gemeinschaftsprojekt]

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurde die Raumfahrt gemeinschaftlicher. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Internationale Raumstation ISS: Medizin, Klima, Materialforschung, Robotik, Industrie 4.0 – alle Zukunftsthemen waren seit 2001 Teil der mehr als 3000 Experimente an Bord. 16 Nationen und fünf Raumfahrtagenturen, die miteinander kooperieren, sind beteiligt. So ist die europäische Agentur Esa auf russisches oder amerikanisches Fluggerät angewiesen. Im Gegenzug »zahlt« sie mit der Entwicklung von Einheiten wie den neuen Trägerraketen Vega-C und Ariane 6, die für andere Programme taugen. Diese Raketen transportieren Nutzlasten, keine Menschen. Kommerzialisierung und Weltpolitik bremsen dieses Tauschsystem nun aus.

ELON MUSKS Raumfahrtunternehmen SpaceX etwa schießt nicht nur eigene

Satelliten in den Orbit, sondern bringt auch Astronauten zur ISS. Die sind bei SpaceX nur Fluggäste, keine Crewmitglieder, wie zuvor in russischen Sojus-Kapseln. Und die US-Weltraumbehörde Nasa kooperiert selbst für den Bau von drei Weltraumstationen mit Konzernen. Amazon-Chef Jeff Bezos ist mit seiner Firma Blue Origin an einer geplanten Station beteiligt. Dort geht es um einen Mix aus Touristik, Forschung und Gewinnmaximierung. Kommerzielle Anbieter könnten so der nächste große Treiber der Raumfahrt werden. Für die klassische Aufgabenteilung unter den Weltraumnationen wäre dies aber das Aus. »SpaceX hat kein Interesse an Entwicklungen der Europäer«, kritisierte der Wissenschaftsjournalist Alexander Stirn kürzlich im Magazin »Spektrum der Wissenschaft«. Die Space-Start-ups bauen lieber selbst. Immerhin: In der Umlaufbahn des Mondes ist die Raumstation

Gateway geplant – ein klassisches Nasa-Gemeinschaftsprojekt mit internationalen Partner*innen. Vielleicht das letzte dieser Art, unken Kenner.

MIT DEM EINMARSCH in die Ukraine schoss sich die Weltraumnation Russland politisch ins Abseits. Eine Marsmission mit russischer Beteiligung ist vorerst gestrichen. Die ISS-Kooperation von Nasa und der russischen Agentur Roskosmos wackelt. Die russische Seite hat ihren Ausstieg angekündigt – und bereits ein Modell für eine eigene Station entwickelt. Im Juli einigten sich beide Seiten zumindest auf eine Grundversorgung. Bis 2030 soll die ISS in Betrieb bleiben. Ihre letzten Jahre dürften spannend werden. Im Serienhit »Star Trek« ist die Raumfahrt übrigens kein Projekt privater Investoren oder politischer Blöcke. Sondern eines der Weltgemeinschaft.

Marcel Schwarzenberger

Für Engagement geehrt



Foto: Stefan Koch

DER NIEDERSÄCHSISCHE Ministerpräsident Stephan Weil hat am 17. August dem IGBCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Vassiliadis wird damit für sein herausragendes Engagement und besondere Verdienste im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich geehrt.

»Ich kenne kaum einen anderen Menschen, der sich in einer solchen Breite und inhaltlichen Tiefe mit den

arbeits- und sozialpolitischen Themen unserer Zeit befasst und sich im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagiert hat. Michael Vassiliadis ist Gewerkschafter durch und durch, aber sein Einfluss reicht weit darüber hinaus«, sagte Weil im Gästehaus der Staatskanzlei in Hannover.

Vassiliadis erklärte: »Diese hohe Auszeichnung unseres Landes entgegenzunehmen ist eine große Ehre für mich. Ich sehe die Verleihung jedoch nicht nur als Wertschätzung meines persönlichen Engagements, sondern des gesamten Engagements der IGBCE – und das weit über die klassischen Aufgaben einer Gewerkschaft hinaus.« Die IGBCE stehe für Ausgleich, Gerechtigkeit und Kooperation, nicht nur normativ, sondern auch im praktischen, täglichen Handeln. »Unser Grundverständnis basiert auf Sozialpartnerschaft, sowohl mit Unternehmen als auch in der Gesellschaft.« Vassiliadis engagiert sich in vielen Organisationen im kulturellen, politischen, wissenschaftlichen und sozialen Bereich, wie der Nichtregierungsorganisation Care Deutschland.

Gewerkschaft bekommt digitalen Zugang zum Betrieb

IN DEN BETRIEBEN der chemisch-pharmazeutischen Industrie soll der IGBCE künftig neben dem analogen auch ein digitaler Zugang entsprechend der üblichen betrieblichen Kommunikation eingeräumt werden. Dazu haben der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und die IGBCE eine Sozialpartnervereinbarung zum digitalen Zugangsrecht unterzeichnet. Sie gilt für die rund 580 000 Beschäftigten der Branche.

Nach Ansicht von BAVC und IGBCE ist der gesetzlich und in der Rechtsprechung anerkannte Zugang der Gewerkschaften zu den Beschäftigten ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Sozialpartnerschaft. Da die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt die Informationswege ändert, ist eine Modernisierung dieses Zugangs nötig. In der alten Arbeitswelt hatten Gewerkschaften viele Wege, für ihre Anliegen und um neue Mitglieder zu werben: Einen Infostand vor dem Werkstor, einen Aushang am Schwarzen Brett. In der neuen Arbeitswelt, in der viele Beschäftigte mobil von unterwegs oder aus dem Homeoffice arbeiten, ist das deutlich schwieriger.

IGBCE-Vorstandsmitglied Karin Erhard lobt deshalb die Vereinbarung: »Sie ist ein wichtiger Türöffner. Nur mit zeitgemäßer, digitaler Kommunikation können wir Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung zukunftsfähig machen.« Damit Gewerkschaften nicht digital ausgesperrt würden, müsse der Zugang nun schnellstmöglich auch in anderen Branchen umgesetzt werden. »Wir werden den Zugang in der Chemieindustrie nutzen, um den digitalen Draht zu unseren Mitgliedern zu halten und sie über unsere Arbeit sowie tarifpolitische Neuheiten zu informieren.«

VOR 20 JAHREN



> Neue Impulse

Jüngere und weiblichere Betriebsratsgremien – bei den Betriebsratswahlen 2002 zeigte das 2001 novellierte Betriebsverfassungsgesetz erstmals Wirkung. Die Reform, mit der vor allem ein vereinfachtes Wahlverfahren eingeführt wurde, um die betriebliche Mitbestimmung auch in kleineren Betrieben besser zu verankern, verbesserte zudem die Chancen von Frauen, im Betrieb mitzubestimmen. Denn die »Geschlechterquote im Betriebsrat« sah vor, dass die neuen Gremien so mit Frauen zu besetzen sind, wie es ihrem jeweiligen Anteil an der Belegschaft entspricht. Das magazin berichtete in der Sommerausgabe darüber, dass der »neue Minderheitenschutz dafür gesorgt hat, dass mehr Frauen im Betriebsrat mitbestimmen«. In einigen Unternehmen sei die Quote sogar übererfüllt worden.

Bei den Betriebsratswahlen in diesem Jahr ist der Anteil der Frauen in den Gremien im Vergleich zu 2018 ebenfalls noch einmal leicht gestiegen. Er liegt jetzt bei 29 Prozent. Das sind sogar zwei Prozentpunkte mehr als der Frauenanteil in den IGBCE-Betrieben insgesamt. Jeder fünfte Betriebsrat wird mittlerweile von einer Vorsitzenden angeführt. Und, etwa 4000 der 25 000 neu gewählten Betriebsrät*innen gehören der jungen Generation an.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dazu geführt, dass der Preis für Gas sich vervielfacht und die Inflation neue Rekordstände erreicht hat. In dieser Situation muss die Bundesregierung alles tun, um die Energieversorgung im Land abzusichern



Foto: iStockphoto/Getty Images

»Unsere Leute werden finanziell

Vor über einem halben Jahr, am 24. Februar, startete Russland seinen Angriff auf die Ukraine. Die Auswirkungen des Krieges spüren auch wir in Deutschland immer deutlicher: Alles ist teurer geworden, die Inflation liegt dauerhaft hoch. Wie bewertest du die Lage?

Wir befinden uns in einer extrem schwierigen Situation und erleben hautnah, dass die Welt seit Beginn des russischen Angriffskrieges eine andere geworden ist. Zu Recht ist die Rede von einer Zeitenwende. Eine der drängendsten Herausforderungen ist weiterhin, wie wir mittelfristig unsere Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren und jetzt zugleich die Energieversorgung im Winter sicherstellen. Hinzu kommt die hohe Inflation: Tanken, heizen, einkaufen – alles wird teurer, für manche gar unbezahlbar.

Ist es wirklich so schlimm?

Die massive Teuerung ist ein riesiges Problem für die Menschen – und es kommt ja erst noch was, wenn im Herbst die Preise angepasst werden und im kommenden Jahr die Nachzahlungen für 2022 anstehen. Selbst unsere Beschäftigten in den IG BCE-Branchen mit guten Tariflöhnen werden finanziell an ihre Grenzen gebracht. Und unsere Leute spüren die Energiekrise ja nicht nur privat. Die hohen Preise und Gasknappheit treffen viele Betriebe in den energieintensiven Branchen mit voller Wucht, da geht es auch um Jobsicherheit.

Der Gasimporteur Uniper hat im ersten Halbjahr wegen der gedrosselten Gaslieferungen aus Russland ein Minus von mehr als 12 Milliarden Euro eingefahren. Der Bund hat ein Stabilisierungspaket geschnürt und will bei Uniper einsteigen. Ist es wirklich notwendig, mit Staatsgeld einen Gashändler zu retten?

Auf jeden Fall. Der Bund stellt mit seinem Maßnahmenpaket und dem Einstieg bei Uniper sicher, dass dieser systemrelevante

Versorger als Ganzes erhalten bleibt. Das dient der Stabilisierung der gesamten Branche und damit unser aller Energieversorgung. Deshalb ist es im Interesse aller, dass die Regierung mit der Gasumlage eine Möglichkeit geschaffen hat, dass die horrend gestiegenen Kosten für die Beschaffung von Gas nicht zum Bankrott der Lieferunternehmen führen. Niemand hat Interesse daran, dass jetzt auch noch der größte deutsche Gasimporteur in die Knie geht. Mehr als 100 Stadtwerke und Industriefirmen werden von Uniper beliefert. Wenn die kein Gas mehr erhalten, schlägt das direkt durch auf private Haushalte und Betriebe.

Die Gasumlage von rund 2,4 Cent pro Kilowattstunde bedeutet für eine vierköpfige Familie, die mit Gas heizt, Mehrkosten von geschätzt 500 Euro pro Jahr, zusätzlich zu den sowieso gestiegenen Energiepreisen ...

Deswegen begrüßen wir, dass die Bundesregierung die Mehrwertsteuer für Gas von 19 auf 7 Prozent senken will. Mehr ging nicht – und die Basis dafür ist ja die gesamte Gasrechnung, nicht nur die Umlage. Das ist eine Maßnahme, die kurzfristig wirkt, Verbraucher*innen entlastet und außerdem sehr einfach umzusetzen ist. Der Staat muss alles tun, um die Inflation in den Griff zu kriegen und eine Rezession zu vermeiden. Die Politik hat das im Blick, zwei Entlastungspakete wurden bereits verabschiedet. Allerdings reicht das aus unserer Sicht nicht aus. Das Thema wird uns auch in den kommenden Tarifrunden beschäftigen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat ein drittes Entlastungspaket angekündigt. Was sollte aus deiner Sicht da drinstehen?

Wir fordern einen Solidaritätsaufschlag für Privathaushalte mit besonders hohem Gasverbrauch. Es gibt eine Menge Menschen,



und zugleich die Menschen bei den Kosten zu entlasten, fordert IGBCE-Chef **MICHAEL VASSILIADIS** im Interview. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sei es zudem notwendig, Kurzarbeit für besonders betroffene Betriebe zu ermöglichen.

an ihre Grenzen gebracht«

die eine Menge Geld verdienen und eine Menge Gas verbrauchen. Die müssen wir stärker in die Pflicht nehmen, um die Entlastung der finanziell Schwächeren mitzufinanzieren. Ab einer Schwelle von 16 000 kWh Jahresverbrauch könnte jede zusätzliche Kilowattstunde mit einem Aufschlag versehen werden. Verschwendung wird damit über den Preis bekämpft. Weitere entlastende Maßnahmen wären Steuerfreiheit für Einmalzahlungen, eine Erhöhung der Pendlerpauschale und ein Aussetzen der Mehrwertsteuer für Lebensmittel – das kommt besonders einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zugute. Auch der Abbau der »Kalten Progression«, die Finanzminister Christian Lindner vorgeschlagen hat, wirkt entlastend und inflationsdämpfend. Vor allem niedrige und mittlere Einkommensgruppen sind von der Kalten Progression betroffen, die zutiefst ungerecht ist und entsteht, wenn Inflation auf Tarifsteigerungen trifft. Da geht es nicht um reiche Leute, sondern ganz normale Beschäftigte.

Was brauchen wir noch?

Um aktiv Jobsicherung zu betreiben, muss die Bundesregierung Kurzarbeit in besonders betroffenen Betrieben der energieintensiven Branchen ermöglichen. Bisher ist eine vom Markt induzierte Kurzarbeit etwa wegen zu hoher Preise nicht erlaubt. Das kann nicht so bleiben. Auch eine Senkung der Stromsteuer und ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis wirken inflationsdämpfend. Mehr denn je gilt zudem, dass der Ausbau der Erneuerbaren und der Netze massiv vorangetrieben werden muss ebenso wie der Hochlauf des Wasserstoffmarktes.

Aktuell wird offen wie lange nicht über Themen wie CCS oder eine Verlängerung der AWK-Laufzeiten diskutiert. Die Kohle feiert ein Comeback, Kohlekraftwerke werden aus der Reserve zurückgeholt. Ist das der richtige Weg?

Es darf in dieser heiklen Situation keine heiligen Kühe geben. Wir haben genug Kohlestrom-Kapazitäten – also sollten wir sie auch nutzen. Wir werden nämlich alles brauchen, was wir kriegen können, um den Gasmangel auszugleichen. Beim Thema CCS haben wir jetzt die Chance nachzusteuern. Deutschland muss die Speicherung von CO₂-Technologien ermöglichen, um als Standort wettbewerbsfähig zu bleiben. In der Nordsee vor Antwerpen entsteht gerade eines der weltweit größten CCS-Projekte – gefördert von der EU. Das führt dazu, dass deutsche Chemiekonzerne offensiv über Verlagerungen ihrer Produktion nach Antwerpen nachdenken. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen.

Was sagst du zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke?

Zumindest im Süden Deutschlands muss der Atomausstieg vermutlich vorübergehend ausgesetzt werden. Bayern hat sich aus politischer Taktiererei in den vergangenen Jahren sowohl gegen Windkraft als auch gegen den Ausbau von Stromtrassen gestraubt. Aber deshalb dürfen wir jetzt nicht die industriellen Zentren in Bayern und Baden-Württemberg von der Energiezufuhr abschneiden. Allerdings muss ein Entgegenkommen bei den Atom-Laufzeiten einen politischen Preis haben: Wenn sich die Energieriesen das Weiterlaufen der AKWs teuer bezahlen lassen, dann muss das von Bayern mitbezahlt werden.

Interview:
Inken Hägermann



Foto: Kai-Uwe Knoth

Kostbares Gut

DAS ERDGAS WIRD KNAPP UND DIE PREISE EXPLODIEREN.

Wie kommen Unternehmen und Privathaushalte über den Winter? Die Politik hat sich festgelegt: Kurzfristig setzt sie auf den Import von LNG und ein Comeback der Kohle. Doch gefragt sind langfristige Lösungen.

Auf den Kubikmeter genau kann Klaus Schneegans den Pulsschlag beziffern, der die gesamte Republik in Atem hält. Laut dem Betriebsratsvorsitzenden des Netzbetreibers Gascade erreichen derzeit täglich rund 30 Millionen Kubikmeter Erdgas die Anlandesta-

tion der Pipeline Nord Stream 1 in Lubmin bei Greifswald. Das sind nur rund 20 Prozent der üblichen Liefermenge. Angesichts der bevorstehenden Heizsaison ist die Sorge in Politik und Unternehmen immens, dass Putin den Gashahn weiter zudreht.



Neue LNG-Terminals reduzieren

► Einen dreitägigen Lieferstopp Ende August/Anfang September hat der russische Staatskonzern Gazprom mit Wartungsarbeiten begründet. Danach soll wieder die reduzierte Menge von rund 30 Millionen Kubikmeter Gas durch Nord Stream 1 fließen – ob das wirklich passiert, ist offen.

ÜBER VIELE JAHRE war Erdgas vergleichsweise billig und leicht verfügbar, im Herbst 2022 ist es ein teures Gut. Kostete eine Megawattstunde vor einem Jahr noch 25 Euro, wird es an der niederländischen TTF-Börse für September bereits mit 206 Euro gehandelt. Eine weitere Kostensteigerung wird erwartet, wenn ab Oktober die Gas-Sicherungsumlage von 2,4 Cent anfällt.

Noch bis vor einem Jahr galt Erdgas als Brücke ins regenerative Zeitalter. Um die Klimaziele zu erreichen, haben Industrieunternehmen ihre Anlagen umgestellt. Mit einem Anteil von rund 30 Prozent ist Gas aktuell Hauptenergieträger der Industrie. Der Anteil am gesamten Energimix stieg auf zuletzt 21,6 Prozent: Im vergangenen Jahr wurden hierzulande 90,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas verbraucht. Mit einem Anteil von 55 Prozent stammte mehr als die Hälfte von einem einzigen Anbieter: Russland.

Diese Abhängigkeit ist nicht von heute auf morgen zu überwinden. Um erst einmal dafür zu sorgen, dass die deutschen Gasspeicher bis zum Beginn der Heizperiode am 1. November fast vollständig

gefüllt sind, hat die Bundesregierung das Gasspeichergesetz erlassen. Immerhin: Der erste Mindestfüllstand von 75 Prozent wurde bereits zwei Wochen vor Fristablauf am 1. September erreicht. Gründe waren die vergleichsweise höheren Temperaturen und gestiegene Importe aus Nordwest-Europa. Wird das Einsparziel von 20 Prozent bis zum Winter nicht erreicht, kann der Verbrauch im öffentlichen Bereich über das neue Energiesicherungsgesetz gedeckelt werden. Bezüglich der Einsparungsmöglichkeiten in Unternehmen strebt die Politik Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgebern an.

Viel ist derzeit in Bewegung, auch andere Energieformen werden plötzlich wieder attraktiver. So erlebt die Kohle ein teilweises Comeback, es wird über Lauf-

WIE GEHT ES WEITER?

ATOMENERGIE:

Aktuell laufen bundesweit noch die Atomkraftwerke Emsland (RWE), Neckarwestheim (EnBW) und Isar 2 (E.ON). Sie sollen Ende 2022 vom Netz. Um ihren Weiterbetrieb – und sei es für einige Monate – ist eine heftige Debatte entbrannt. Aktuell ohne Ergebnis. Jüngst ins Auge gefasste Stresstests zur Energieversorgung könnten der Debatte eine neue Richtung geben. Für längere Laufzeiten wären Änderungen des Atomgesetzes und die Klärung von Sicherheitsfragen nötig.

ERNEUERBARE ENERGIEN:

Aus ihnen wurden 2021 knapp 20 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs (Brutto-Stromverbrauch 2021: 41 Prozent; 2022: 49 Prozent) gedeckt. »Ich bin dafür, so schnell es geht, Erneuerbare und die erforderlichen Leitungen auszubauen«, betont IGBCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis. In der Industrie bewegt sich was; BASF zum Beispiel beteiligt sich an einem Windpark in der Nordsee. Viele Branchen sehen zudem in Wasserstoff einen Energieträger der Zukunft. Aber die weltweite

Elektrolyseur-Kapazität steckt in ihren Anfängen.

KOHLLE:

Um Erdgas aus dem Strommarkt zu verdrängen, erlaubt das »Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz«, dass Steinkohlenkraftwerke aus der sogenannten Netzreserve wieder ans Netz gehen können. Auf diesem Wege sollen zehn Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 4,3 Gigawatt an den Markt zurückgebracht werden. Die Rückkehr ist an strenge Bedingungen geknüpft und die Erlaubnis zur Kohleverstromung befristet. So haben die Betreiber die Auflage, bis zum Stichtag am 1. November einen Kohlevorrat für 30 Tage Volllastbetrieb, das sind rund 700 000 Tonnen Steinkohle, anzuhäufen. Angesichts der hohen Kohlepreise ist das ein »enormes Risiko«, so Bernd Hagemeier, Betriebsratsvorsitzender der Steag, die vier Kraftwerke mit 2,3 Gigawatt auf den Markt zurückzubringen plant. Dazu kommt: Aufgrund des niedrigen Wasserpegels im Rhein und abgebauter Kapazi-

täten sind der Transport per Bahn oder Schiff derzeit nur sehr eingeschränkt möglich. Für Anfang Oktober bereitet das Wirtschaftsministerium zudem eine Verordnung für das Wiederauffahren von bereits stillgelegten Braunkohlenkraftwerken vor. Braunkohle ist derzeit der wichtigste, preiswerteste und versorgungssicherste Energieträger.

FRACKING:

In Niedersachsen gibt es große Gasvorkommen, die durch Fracking gefördert werden könnten. Dabei wird Erdgas über das Aufbrechen von Gesteinsschichten gewonnen, was jedoch mit Gefahren für das Grundwasser und damit für die Trinkwassergewinnung einhergeht. Eine Expertenkommission hat jüngst einen Bericht vorgelegt, nach dem sie unkonventionelles Fracking in sehr großen Tiefen von tausend Metern und mehr trotz einiger Risiken für möglich hält. Fracking ist derzeit politisch nicht gewollt und wäre aufgrund der empfohlenen Prüfung auch nicht kurzfristig umsetzbar.

Abhängigkeit von Russland

zeitverlängerungen für AKW und auch Fracking diskutiert – bislang ohne Ergebnis (siehe Kasten).

KEINE FRAGE, der Anteil von russischem Gas an der bundesdeutschen Energieversorgung muss drastisch heruntergefahren werden. Die Bundesregierung hält bis Sommer 2024 einen Rückgang auf 10 Prozent des Verbrauchs für möglich und setzt dafür auf den Import von Flüssiggas (LNG) per Schiff. Mit 2,9 Milliarden Euro finanziert sie den Bau von LNG-Terminals an den Standorten Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade und Lubmin. Vier Spezialschiffe wurden angemietet, so genannte FSRU, über die LNG erwärmt und regasifiziert wird, um es ins deutsche Gasnetz pumpen zu können.

Das erste Terminal soll in Wilhelmshaven nach Angaben seines Betreibers Uniper im Winter 2022/2023 in Betrieb gehen und 7,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr umschlagen. Aktuell werden die Kaianlagen umgebaut und der Anschluss an das Erdgasnetz verlegt. Auch über das Firmengelände der Dow in Stade, wo das Terminal Ende 2023 seine Arbeit aufnehmen soll, rollen bereits Planierarbeiten. Über die geplante Umschlagsmenge macht der Betreiber Hanseativ Energy Hub, zu dessen Gesellschaftern das Chemieunternehmen Dow gehört, noch keine Angaben. Für den Standort hatten sich die Stader Betriebsräte und IGBCE in Hannover und Berlin starkgemacht. Betriebe wie AOS, die in höchstem Maße von Gas abhängig sind, hoffen mit LNG ihre Produktion zu sichern, so der Betriebsratsvorsitzende Oliver Elsen.

WÄHREND DIE NIEDERSÄCHSISCHEN Projekte unterstützt von der Landesregierung mit hohem Tempo voranschreiten, ist es am Brunsbütteler Hafen in Schleswig-Holstein noch ruhig. Dort soll das LNG-Terminal laut Bundesregierung Anfang 2023 unter dem Betreiber German LNG Terminal startklar sein – ungeduldig erwartet von benachbarten Industrie-



Flüssiggas soll Deutschland schneller unabhängig von russischem Gas machen. Die Karte zeigt die vier Standorte der LNG-Terminals, das Startdatum sowie ihre geplanten Umschlagsmengen. Für Stade und Lubmin sind noch keine Mengen bekannt.

unternehmen wie Total Energies Bitumen Deutschland. Die in Aussicht gestellte Versorgung mit LNG nennt der Betriebsratsvorsitzende Maik Böge »lebensnotwendig.« Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet zunächst mit einer Umschlagsmenge von 3,5 Milliarden Kubikmetern. Gesichert ist nun, dass die LNG-Schiffe in Wilhelmshaven und Brunsbüttel bis März 2024 »vollausgelastet« Gas geliefert bekommen, so die Bundesregierung. Das wurde jüngst mit den Gasimporteuren Uniper, RWE, EnBW und ihrer Tochter VNG vereinbart. Allein durch die beiden Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel könnten mehr als 10 Prozent des aktuellen Gasbedarfs in Deutschland gedeckt werden.

Das vierte von der Bundesregierung geplante Terminal wird frühestens Ende 2023 in Lubmin starten, allerdings gibt der Betreiber RWE noch keine näheren Informationen zu dem Projekt bekannt. Bereits Ende des Jahres soll hier zudem ein privatwirtschaftlich finanziertes, schwimmendes LNG-Terminal die Arbeit aufnehmen. Betreiber ist das kürzlich gegründete Unternehmen Deutsche Regas. Die notwendigen Genehmigungsverfahren stehen allerdings noch aus.

Mit LNG plant Wirtschaftsminister Robert Habeck über die nächsten Jahre die Gasversorgung zu sichern. Doch die Zukunft sieht er – wie große Teile der Industrie – in der Wasserstoffwirtschaft. Deshalb wird sich die Infrastruktur, die aktuell aus Steuergeldern finanziert wird, daran messen lassen müssen, ob sie auch für den Umschlag von Wasserstoff ausbaubar ist. So plant Uniper in Wilhelmshaven im nächsten Schritt den Umbau zu einer festen Regasifizierungsanlage. Laut Unternehmenssprecher geht Uniper davon aus, dass die jetzt zu errichtende Infrastruktur »zu Teilen« für die längerfristige, »grüne« Nutzung einsetzbar ist. Auch bei Hanseatic Energy Hub dient laut einer Sprecherin ein Großteil der geplanten Investitionen dem Aufbau einer industriellen Basisinfrastruktur, die später auch für Energieträger auf Basis von Wasserstoff notwendig sein wird. Für die komplette Umstellung auf Wasserstoff werden jedoch weitere große Investitionen notwendig sein.

VIELE UNTERNEHMEN spüren die Krise, vor allem die energieintensiven etwa aus der Chemie sowie der Glas- oder Keramikindustrie. Konzerne wie Bayer, Evonik oder RWE erwägen, zur Drosselung des ▶

Unternehmen setzen auf Kohle

► Verbrauchs die Raumtemperaturen in den Büros abzusenken, Henkel überlegt, die Belegschaft ins Homeoffice zu schicken, um weniger heizen zu müssen. Das Unternehmen will zudem mehr Kohle und Öl einsetzen, um den Gasverbrauch zu senken, Evonik setzt auf Kohle, BASF will sein Kraftwerk am Produktionsstandort Schwarzheide mit Öl statt mit Gas befeuern.

Der Aluminiumproduzent Trimet drosselte wegen hoher Strompreise seine Produktion an drei Standorten. Und verkaufte überschüssigen Strom lieber gewinnbringend. Bereits im vorigen Jahr meldete der Kartonhersteller Baden Board angesichts steigender Gaspreise Insolvenz an. Besser sah es zunächst für die SKW Stickstoffwerke Piesteritz in Sachsen-Anhalt aus. Der Düngemittelhersteller wurde seine Erzeugnisse nicht mehr für die – wegen gestiegener Ener-

giekosten – höheren Preise los. SKW stellte auf Harnstoff um und verkauft es als AdBlue für Dieselfahrzeuge. Der Gaspreis stieg weiter, auch deshalb drohen bei SKW Produktionsstopp und Kurzarbeit ab Oktober.

ENERGIEUNTERNEHMEN BEREITETEN sich angesichts des geplanten Kohleausstiegs auf die schrittweise Stilllegung ihrer Kohlekraftwerke vor. Betroffene Blöcke werden zunächst in eine mehrjährige Sicherheitsbereitschaft überführt – was bedeutet, dass eine Anlage zur Not wieder hochgefahren werden kann. Dieser Fall ist jetzt. Als erstes Steinkohlenkraftwerk kehrt Anfang August das Kraftwerk Mehrum des tschechischen Konzerns EPH ans Netz zurück.

Ähnlich bei RWE Power: Vier Blöcke mit einer Gesamtleistung von 1200 Me-

gawatt in den Kraftwerken Niederaußem und Neurath waren schon in der Sicherheitsbereitschaft und sollten Ende 2022 vom Netz gehen. Sie bleiben zunächst bis Ende März 2023. Nun muss RWE kurzfristig mehrere Hundert Stellen länger oder ganz neu besetzen. Ältere Beschäftigte können erst später in den Vorruhestand. Dabei war für sie die soziale Absicherung mit dem Anpassungsgeld (APG) längst abgemacht. »Diese erneute Kehrtwende sorgte für viel Frust«, berichtet Gesamtbetriebsratsvorsitzender Harald Louis. Betriebsvereinbarungen, Qualifizierungsprogramme oder heftige Diskussionsrunden – die Betriebsräte schalteten sich auf allen Ebenen ein. »Wir stellen uns jetzt diesen Rahmenbedingungen«, sagt Louis. Er ist jetzt, im Sommer, verhalten optimistisch. »Wir können das schaffen.« Aber der Gewerk-



Foto: Uniper SE

Deutschlands größter Gasimporteur Uniper geriet wegen gedrosselter Gaslieferungen aus Russland und massiver Preissteigerungen in eine Schieflage. Um den Konzern zu stützen, wurde ein milliardenschweres Rettungspaket geschnürt. Es sieht unter anderem vor, dass der Bund mit 30 Prozent bei dem Düsseldorfer Unternehmen einsteigt.

und Öl

schafter hofft auch, dass die Energiekrise bald beendet ist und der Kohleausstieg wieder für alle Beschäftigten planbar und transparenter wird. »Es werden für uns sonst sehr herausfordernde Jahre.«

UNIPER VERKAUFT unter anderem Strom und Gas an Großkunden bundesweit. Systemrelevant sei Uniper als Ganzes, stellte der Bund im Juli fest. Diese Einschätzung rettete den Versorger vor der Zerschlagung. Diesen Plan hatten der finnische Mehrheitseigner Fortum und die finnische Regierung gehegt, nachdem Uniper wegen gedrosselter Gaslieferungen aus Russland und massiver Preissteigerungen in die Schieflage geriet. »Es war eine lebensbedrohliche Lage entstanden«, berichtet André Dyba, Mitglied des Konzernbetriebsrats. Uniper, wirtschaftlich stabil und mit guter Gewinnprognose für dieses Jahr, litt unter Lieferengpässen des russischen Vertragspartners.

Das Unternehmen musste teuren Ersatz beschaffen und verlor zeitweise Geld in zweistelliger Millionenhöhe – täglich. Bei der Belegschaft löste das eine massive Verunsicherung aus. Betriebsräte und die Gewerkschaften IGBCE und Verdi schlugen Alarm. Das neue Energiesicherungsgesetz gibt dem Bund die Möglichkeit, mit 30 Prozent bei Uniper einzusteigen. Speicher, Transportanlagen und Fachkräfte; alles bleibt als Einheit bestehen. Voraussichtlich im Oktober wird klar, ob sich die Entwicklung letztendlich auch auf die Personalstruktur auswirkt. Fest steht allerdings, dass mit der Tochter Uniper Anlagenservice ein Allrounder für die Instandhaltung energietechnischer Anlagen den Markt verlassen wird. Der Gelsenkirchener Standort baut bis Ende dieses Jahres 450 Stellen ab. Nicht wegen, sondern trotz des Rettungspakets. Das Aus wurde schon 2021 wegen Sparmaßnahmen beschlossen. Die Konzerntochter sei im Energiemarkt einzigartig gewesen, betont Dyba. Es gab alle Gewerke, die für Betreuung energetischer Systeme nötig seien. Ohne Not werde eine hoch kompetente Mannschaft »zerpflückt«, kritisiert Dyba.

WENIGER GASVERBRAUCH bei BASF in Ludwigshafen am Rhein? Ein Muss, findet Sinischa Horvat, Europa- und Konzernbetriebsratsvorsitzender bei BASF SE. Er denkt an grüne Alternativen für die Stromversorgung. Rund 34 000 Beschäftigte erzeugen pro Jahr gut 8 Millionen Tonnen an Chemieprodukten. Dafür ist viel Gas nötig. Ludwigshafen verbraucht pro Jahr rund 37 Terawattstunden. Gut die Hälfte geht für Strom- und Dampferzeugung drauf. Einfach auf andere Energieträger umsteigen, geht nicht. Und noch wird viel Gas gebraucht. Trotz zeitweiliger Engpässe erlaubt sich BASF derzeit einen vorsichtigen Optimismus. Der Konzern kauft auf dem internationalen Spotmarkt ein. Und spart, wo immer möglich. Für große Verbraucher wie die Acetylen-Anlage zog das Unternehmen anstehende Revisionen vor. Doch Ludwigshafen ist auf ein gewisses Maß an Gaslieferungen angewiesen. Die kritische Marke liegt bei etwa 50 Prozent. Kommt weniger an, kann es passieren, dass der Standort heruntergefahren werden muss. Dieses Szenario gilt derzeit als wenig wahrscheinlich.

Horvat: »Wir sind ein systemrelevanter Betrieb. Wenn es hier zum Stillstand käme, hätte das auch Auswirkungen auf die Verbraucher.« Das werde auch in der Politik so gesehen und im »Notfallplan Gas« berücksichtigt. Auf der Prioritätenliste stünden neben Krankenhäusern und Wohnungen auch Betriebe mit hoher Relevanz für Wirtschaft und Verbraucher. Darauf setzt Horvat. »Wir sehen zwar das Damoklesschwert, aber noch sind wir optimistisch.« Und sollte es schlimmer kommen, hat der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung für die Vermeidung von Kurzarbeit in der Schublade. Abbau von Zeitkonten, interne Versetzungen und viele andere Stellschrauben sollen zuerst ausgeschöpft werden, bevor die Kurzarbeit kommt. »Noch brauchen wir diesen Plan nicht«, sagt Horvat, »aber wir sind vorbereitet.«

*Michaela Ludwig und
Marcel Schwarzenberger*

WIR PLUS X

CHEMIE-TARIFVERHANDLUNGEN GEHEN IM OKTOBER WEITER

Steigende Strom- und Gaspreise treffen die Menschen mit voller Wucht. Deshalb ist für die IGBCE die Losung für die dritte Runde der Chemie-Tarifverhandlungen im Oktober klar: »Unsere Leute brauchen bei explodierenden Gaspreisen und hoher Inflation Entlastung«, sagt IGBCE-Verhandlungsführer Ralf Sikorski. »Die Einmalzahlung hat sie gut über die vergangenen Monate gebracht. Unser Ziel ist und bleibt aber eine tabellenwirksame – und damit nachhaltig wirkende – Erhöhung der Entgelte noch in diesem Jahr.«

Anfang April hatten sich IGBCE und Arbeitgeber nach intensiven Gesprächen auf ein Zwischenergebnis in der Tarifrunde verständigt: Die 580 000 Tarifbeschäftigten der Chemiebranche erhielten unabhängig von ihrer Entgelteinstufung pro Kopf eine einmalige Brückenzahlung in Höhe von 1400 Euro, um die Zeit großer Unsicherheit zu überbrücken, bevor im Oktober weiterverhandelt wird.

Bei der Fortsetzung der Verhandlungen ist für Sikorski die drohende Lohn-Preis-Spirale, vor der einige Ökonom*innen warnen, kein Argument. Er betont: »Die Lohnkosten sind in der chemisch-pharmazeutischen Industrie seit Jahren niedrig, ihr Anteil am Umsatz liegt aktuell gerade einmal bei rund 14 Prozent. Gleichzeitig fahren die meisten großen Chemiekonzerne trotz Krise hohe Gewinne ein, viele können die höheren Energiekosten einfach an ihre Kunden weiterreichen.«

Hilfe in der Not

IM HERBST FEIERT DIE IGBCE ihr 25-jähriges Bestehen. 25 Jahre, in denen die Gewerkschaft viel bewegt, immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Mitglieder und tatkräftige Unterstützung geleistet hat. Im vierten Teil der Serie zum Geburtstag blickt **KOMPAKT** auf ausgewählte Beispiele für Hilfsbereitschaft und Solidarität in den vergangenen 25 Jahren.

Die Fluthilfe hat imponiert

»Brauchst du was?« Der Kollege hatte gehört, dass im Haus von Timo Litzbarski und seiner Familie das Wasser stand, und griff sofort zum Hörer. »Er fuhr vier Stunden, um uns ein Stromaggregat zu bringen. Damit haben wir die Häuser in der ganzen Straße ausgepumpt«, erinnert sich Litzbarski. Jetzt, ein Jahr nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und im Ahrtal, ist er immer noch überwältigt von der Solidarität, die er erlebt hat. Und da ist noch ein anderes Gefühl: Stolz auf das, was Kolleg*innen und Nachbar*innen zusammen schaffen können. Von dem hilfsbereiten Kollegen kam die Idee, einen Spendenfonds aufzulegen. 340 000 Euro sammelte der Konzernbetriebsrat bei Procter & Gamble, dessen Vorsitzender Litzbarski ist, für betroffene Kolleginnen und Kollegen. Der Arbeitgeber verdoppelte die Summe.

Ein halbes Jahr lang lebten die Litzbarskis mit ihren beiden Kindern in der Garage. »Das Essen war das Schlimmste«, erinnert sich der Vater. Doch mit der Soforthilfe der IGBCE für Flutopfer konnten sie ein Gaskochfeld anschaffen. An einen Durchlauferhitzer kam man in dieser Situation nur über Beziehungen – und für einen satten Aufpreis. Auch deswegen war die schnelle Unterstützung der IGBCE bei den Litzbarskis hochwillkommen.

Die Nachbarschaft in Nettersheim in der Eifel ist enger zusammengerückt durch die Flut. »Meine Frau ist in der Straße aufgewachsen. Für die Nachbarn



Fotos (4): Privat

Für Timo Litzbarski und seine Familie kam nach dem Flutdesaster die schnelle Unterstützung der IGBCE genau richtig.

war ich eben der Mann von meiner Frau«, erzählt Timo Litzbarski schmunzelnd. »Seit der Flut ist unser Verhältnis ein ganz anderes geworden.« Der neunjährige Sohn war in seinem Element: Er durfte bei den Räumarbeiten auf dem Bagger mitfahren und auch selbst ein bisschen baggern. Doch nicht alle Kinder haben die Katastrophe so gut verarbeitet: »Meine Nichte hat zwei Monate lang nicht gesprochen«, erinnert sich Litzbarski.

440 888 Euro hat die IGBCE an Soforthilfe für ihre Mitglieder ausgezahlt. Das hat den Kolleg*innen bei Procter & Gamble imponiert: Timo Litzbarski konnte schon einige Neumitglieder begrüßen. »Das Gesamtbild der IGBCE hat sie überzeugt«, berichtet er, »und die Fluthilfe war das i-Tüpfelchen.«

Timo Litzbarski und Familie



Nie zum Kämpfen gedrängt – und trotzdem gewonnen

Eigentlich, sagt Barbara van de Water, glaubt sie immer noch an das Gute im Menschen. Aber zwischendurch hatte sie arge Zweifel. 14 Jahre lang war sie beim RAG BILDUNG Berufskolleg, ab 2010 dann TÜV NORD College GmbH, angestellt, 13 Jahre davon als Sekretärin des Betriebsrates. Als das Unternehmen mit der Abwicklung der bergbaulichen Schulen begann, bekam sie Ende 2014 die Kündigung zum 31. Juli 2015. Van de Water ist sicher: »Damit wollte man den Betriebsrat schwächen.« Denn mit einer Sekretärin geht internes Wissen aus Generationen von Betriebsräten verloren.

Barbara van de Water nahm ihren Mut zusammen und klagte. »Als ich das erste Mal vor dem Arbeitsgericht stand, konnte ich vorher nicht schlafen«, erzählt sie. Ihre Klage wurde abgewiesen. Obendrein gab die Richterin dem Arbeitgeber noch den Tipp, vorsorglich ein zweites Mal zu kündigen. »Als ich die zweite Kündigung bekam, bin ich zusammengeklappt«, er-

innert sich die Bottroperin. Doch sie ließ sich nicht unterkriegen und ging mit dem ersten Urteil in Berufung.

»Ich war gleich in die IGBCE eingetreten, als ich 2000 in der Branche anfang«, erzählt sie. »Nun profitierte ich vom Rechtsschutz für die Mitglieder.« Ab der zweiten Instanz übernahm Peter Voigt, Justiziar in der IGBCE Hauptverwaltung, den Fall. Vor dem Landesarbeitsgericht bekam Barbara van de Water 2016 Recht. Doch der Arbeitgeber ging in Revision, zog vors Bundesarbeitsgericht in Erfurt und weiter zum Europäischen Gerichtshof. Plötzlich zog er die Revision wieder zurück. Aber das war längst nicht das Happy End. Denn nun begann das Verfahren um die zweite Kündigung beim Arbeitsgericht – vor derselben Richterin wie zu Anfang. Am Ende gab es vor dem Landesarbeitsgericht einen Vergleich: Van de Water bekam weiter Gehalt bis 2017.

Sie fand es fair von ihrem Anwalt, dass er sie nie zum Kämpfen drängte, um für



Barbara van de Water

die IGBCE einen Sieg einzufahren. »Die Gesundheit und das Menschliche waren immer ein entscheidender Faktor«, lobt sie. »Mit der Zeit hat es mir sogar Spaß gemacht, dem Arbeitgeber zu zeigen, dass nicht alles nach ihm geht.« Nach drei Jahren ohne Arbeit ist sie nun in Rente. Der Ordner mit den Gerichtsakten steht ganz hinten im Regal. Sie genießt die Zeit mit ihren sechs Enkelkindern und denkt nur selten an die zermürbenden Jahre zurück. Ihr Fazit: »Ohne meine Familie und die IGBCE hätte ich es nie geschafft.«

Ein Trauerzug gegen Tarifflicht

Einen Sarg haben nicht viele Leute im Keller. Doch der Bezirksleiter der IGBCE in Augsburg, Torsten Falke, war vorbereitet, als die Nachricht kam: UPM, der größte Papierhersteller der Welt, steigt aus dem Flächentarifvertrag aus. »Knapp 5000 Beschäftigte in Deutschland wurden mit dieser Meldung 2012 vorzeitig zu Weihnachten beschert«, erinnert sich Michael Koppe, Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei UPM Augsburg. »Die Angst war groß. Bei der Betriebsversammlung rückten alle spürbar zusammen«, erzählt der heute 58-Jährige.

Eine öffentlichkeitswirksame Aktion musste her. Denn der langjährige Betriebsrat wusste: UPM scheut negative Öffentlichkeit. So kam der Sarg aus dem Keller von IGBCE-Bezirksleiter Falke

zu seinem großen Auftritt. Rund 200 Kolleginnen und Kollegen trugen ihn in einem Trauerzug auf den Augsburger Christkindlmarkt. Nicht nur aus Augsburg, auch aus den Werken in Ettlingen und Schongau waren Aktive angereist. »Der Trauerzug hat erstmal große Irritation ausgelöst«, berichtet Michael Koppe. »Normalerweise kommt man ja auf den Christkindlmarkt, um Glühwein zu trinken und Spaß zu haben.« Doch die Besucherinnen und Besucher zeigten großes Verständnis, fragten nach, drückten ihre Solidarität aus.

»Diese Aktion war eine von mehreren, aber sie brachte die Wende«, erinnert sich Koppe: Sie hat den Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zurückgeholt.



Michael Koppe

Nicht nur deswegen ist sie ihm so nachhaltig in Erinnerung geblieben. »Wir haben auch Kundgebungen mit 1000 Leuten organisiert«, erklärt er. »Das war auch toll, aber keine Aktion war so spektakulär wie diese.«

Das Ergebnis der Verhandlungen: UPM blieb im Flächentarifvertrag. »Seitdem hat es auch keinen Anlauf mehr gegeben auszusteigen«, berichtet der Betriebsrat. »Danke, IGBCE!« Anne Beelte-Altwig



> 25 Jahre IGBCE

Pflichtlektüre

@ Auch wenn ich **KOMPAKT** nur selten archiviere, kommt bitte nicht auf den Gedanken, diese wertvolle Mitgliederinformation aufzugeben! Die **KOMPAKT** ist ein wesentlicher Teil der guten gewerkschaftlichen Arbeit der IGBCE und ich halte sie für eine Pflichtlektüre!

Eberhard Wühle, per E-Mail

> **Tarifabschluss bei ExxonMobil**

Super Abschluss

(👍) Das ist mal ein guter Abschluss bei dem die unteren Gehaltsgruppen, die das Geld verdienen, mehr belohnt werden für ihre Arbeit. Super!

Pierre Köpke, per Facebook

Geringverdiener profitieren mehr

(👍) Ein guter Weg die Entgelte mit festem Betrag zu erhöhen als prozentual. Denn der

Schreibe uns an kompakt@igbce.de oder kommentiere unsere Beiträge in den sozialen Medien. Wir freuen uns über Lob, Kritik und Anregungen.



Abstand zwischen den Entgeltgruppen klappt in einem immer größeren Abstand. Ein Beispiel: Eine Person, die 3000 Euro brutto verdient, bekommt bei 300 Euro Entgelterhöhung praktisch 10 Prozent mehr. Eine Person, die 6000 Euro brutto verdient, bekommt bei 300 Euro Entgelterhöhung 5 Prozent mehr. Somit werden die Personen, die ein niedriges Gehalt haben mehr profitieren.

John Slavino, per Facebook

> **Monitor Digitalisierung**

Abschalten müssen wir lernen

(👍) Gute mobile Arbeit gestaltet sich als unsere große Herausforderung für die Zukunft. Mit Corona haben wir gelernt, mobil zu arbeiten. Die Nutzung der digitalen Möglichkeiten hat sich beschleunigt. Im nächsten Schritt geht es nun darum, das »Abschalten« zu lernen und eigene Wege zu finden, das mobile Arbeiten so zu gestalten, dass es den Men-

schen nutzt und nicht langfristig schadet.

Jenny Alexandra Hoch, per LinkedIn

> **Lasst uns die Vielfalt feiern**

Gemeinsam Flagge zeigen

(👍) Danke, dass ihr ein Zeichen setzt. Wir dürfen nicht müde werden, für Vielfalt und gegen Homophobie laut zu sein!

@charta_der_vielfalt, per Instagram

> **Förderprogramm »AusbildungsPlus« für Chemie-Azubis**

Sinnvolle Unterstützung

(👍) Man sieht die Folgen des Online-Unterrichts in den Leistungen der Prüflinge, die zur Abschlussprüfung Teil 1 angetreten sind. Deswegen ist diese Aktion vollkommen richtig!

Volker Neumann, per Facebook

Leserbriefe und Kommentare auf unseren Online-Kanälen stellen die Meinung des Einsenders dar. Anonyme Beiträge werden nicht berücksichtigt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

KOMPAKT

IMPRESSUM

Das Mitgliedermagazin der IGBCE

Herausgeber
Michael Vassiliadis

Chefredakteur (v. l. S. d. P.)
Lars Ruzic

Chefinnen vom Dienst
Katja Pflüger
Inken Hägermann

Redaktion
Alexander Reupke, Isabel Niesmann,
Sascha Schrader, Julia Osterwald

Redaktionsassistentz
Simone Wöckener, Tanja Rössner

Redaktionsanschrift
Königswohrter Platz 6
30167 Hannover
Telefon: 0511 7631-306/-354
Telefax: 0511 7000891
E-Mail: kompakt@igbce.de

Der Kontakt ist ausschließlich für Fragen und Hinweise an die Redaktion zu verwenden. Fragen zur Mitgliedschaft richte bitte an deinen Bezirk.

Satz: QUBUS media GmbH
Beckstraße 10, 30457 Hannover

Gesamtherstellung und -vertrieb:
Westend Druckereibetriebe GmbH
Westendstraße 1, 45143 Essen

Anzeigenverwaltung
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH
Bülowstraße 66, Hof D, Eingang D1
10783 Berlin
Telefon: 030 7407316-00
Telefax: 030 7407316-75
E-Mail: anzeigen@ask-berlin.de
Gültige Anzeigenliste
Nr. 21 vom 01.01.2022

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Thomas Mühlhnickel

Zusendungen: Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis
0,90 €, jährlich 10,00 €.
Für IGBCE-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise:
KOMPAKT erscheint zehnmal im Jahr mit acht Regionalausgaben für Bayern, Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/Saarland, Westfalen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
23.08.2022

Druckauflage: 566 743 (II/2022)



VOR ORT

Ort für Bildung

In Haltern wird das methodische Rüstzeug vermittelt



»Das ist ein Schlag ins Gesicht«

IGBCE fordert: Conti-Transformation ohne Kündigungen und mit Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten

Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bundesentgelttarifvertrag in der Papierindustrie steht

»Junge Leute für die JAV begeistern«

Im Herbst werden in den Betrieben die neuen Jugendvertretungen gewählt

Foto: Frank Rogner



Entspanntes **Arbeiten**

NACH DEM SEMINAR noch eine Runde über den See paddeln oder mit dem Fahrrad die Naturschutzgebiete Hohe Mark und Haard erkunden. Oder wie wäre es mit einer Runde Sauna zum Feierabend? Es ist die Kombination aus Naherholung und dem perfekten Ambiente für konzentriertes Arbeiten, die dem Adolf-Schmidt-Bildungszentrum seinen Zauber verleiht.

Wir sind hier auch Aushängeschild der IG BCE und geben ihr Raum und Gesicht«, sagt Detlef Lüke, Leiter des Adolf-Schmidt-Bildungszentrums in Haltern am See. Jährlich finden vor Ort rund 280 Seminare und Veranstaltungen statt. »Um den aktuellen gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten, müssen viele aktive

Gewerkschafter*innen die Interessen der Beschäftigten vertreten und sich in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einbringen«, sagt Lüke. Dabei unterstütze die IG BCE Bildungsarbeit mit guten Argumenten, Hintergründen und Fakten. »Sie vermittelt das methodische Rüstzeug, um sich durchzusetzen und um kluge Kompromisse zu erzielen.«

DAS BILDUNGSANGEBOT stehe für eine praxisnahe, kompetente und lebendige Gewerkschaftsarbeit. Wichtiger Bestandteil der Seminare des Bildungszentrums sind die Aus- und Weiterbildungsworkshops für Betriebsräte. Aufgeteilt in drei Startseminare bekommen frisch gewählte Kolleg*innen beispielweise das Rüstzeug

für zielgruppenorientierte Betriebsratsarbeit an die Hand. Aber auch sonst kann sich das Weiterbildungsangebot sehen lassen.

Von Kommunikationsseminaren zu Reden, Verhandlungen und Beratungsgesprächen bis zur modularen Fortbildungsreihe für wirtschaftliche Kennzahlen ist alles dabei. Auch Grundlagenseminare



2



3

1 | DEFEKTE FENSTER UND CO.:

Die Haustechnik kümmert sich um anfallende Instandhaltungen.

2 | FAHRRADVERLEIH SEI DANK:

Mit dem Rad die Gegend erkunden.

3 | FRISCH GEKOCHT:

In der Küche wird das Mittagessen vorbereitet.

Fotos (4): Frank Rogner

rum alles, was das Herz nach einem intensiven Weiterbildungstag begehrt.

Die 100 Gästezimmer sind wohnlich eingerichtet und verfügen über ein eigenes Bad. Darüber hinaus gibt es vier Seminarräume, acht Gruppenräume, eine teilbare Konferenzhalle für bis zu 130 Teilnehmer*innen sowie eine hauseigene Bibliothek.

Im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie können die Seminarteilnehmenden nach Absprache auch ihre Kinder mitbringen.

INSGESAMT SIND 25 Kolleg*innen im Bildungszentrum beschäftigt. Einer von ihnen ist Max Stewen. In der Küche zaubert er schon seit zehn Jahren feinste Speisen auf die Teller der Gäste. Gleichzeitig ist er seit fünf Jahren als Betriebsratsvorsitzender für seine Kolleginnen und Kollegen zuständig. »Wir sind hier eine kleine Familie und ich schätze beide Aufgabenbereiche sehr«, sagt er. »Mit meiner Rolle in der Küche und der gleichzeitigen Betriebsratsrolle ist das manchmal zwar ein ziemlicher Spagat, macht aber trotzdem unheimlich viel Spaß. Bisher haben wir hier jedes Problem im respektvollen Miteinander gelöst«, erklärt Stewen, der auch im Gesamtbetriebsrat der IGBCE vertreten ist.

Für ihn besonders: Seine Frau arbeitet ebenfalls im Bildungszentrum. 2017 wurde aus Kollegin und Kollege ein Paar. Mittlerweile haben sie ein gemeinsames Kind. »Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der zentralen IGBCE-Themen und das spüre ich hier auch ganz persönlich im Umgang mit unserer doch auch speziellen

Konstellation«, sagt Stewen. Er sei glücklich, dass das für alle Beteiligten so gut funktioniert.

DAS KÜCHENTEAM verwöhnt die Gäste übrigens bei allen Mahlzeiten mit einem reichhaltigen Buffet. Themenbuffets zu besonderen Anlässen, saisonale Buffets und Barbecue-Abende im Sommer runden das Angebot ab.

»Wir verstehen uns hier als Dienstleister, so wie in einem Hotel auch. Deshalb haben wir auch die entsprechenden Anforderungen an unsere Speisen«, sagt Stewen. Dieses serviceorientierte Arbeiten sei ohnehin eine der Stärken des gesamten Teams im Bildungszentrum. »Hier ziehen alle an einem Strang.« *Leo Kölzer*

DAS SEMINARANGEBOT DER IGBCE:

Die Seminare für Betriebsrät*innen können über die BWS gebucht werden. Das ist der hauseigene Bildungsanbieter der IGBCE für betriebsrätliche Weiterbildung. Mitglieder der IGBCE, die aktiv in einem IGBCE-Gremium mitarbeiten oder politisch aktiv sind, können aus einem breiten Angebot an Seminaren auswählen.

Arbeitstagungen, Klausuren oder spezielle Angebotsseminare können direkt beim Bildungszentrum angefragt und terminiert werden. Die Durchführung erfolgt individuell oder in Zusammenarbeit mit der BWS.

Mehr Informationen zum Seminarangebot der IGBCE unter igbce.de oder igbce-bws.de

des Arbeitsrechts werden angeboten, genauso wie Workshops zu Verhandlungsstrategien und der Kunst des Streitens. »Bei uns findet jede*r das passende Angebot für die Herausforderung im Ehrenamt«, beschreibt Lüke

das Bildungszentrum in Haltern am See in einmaliger Lage direkt am Seeufer. Ob mit dem Fahrrad, dem Kanu oder zu Fuß – die reizvolle Landschaft schreit förmlich danach, erkundet zu werden. Auch im Haus scheinen die



»Bisher haben wir hier jedes Problem im respektvollen Miteinander gelöst.«

Max Stewen
Betriebsratsvorsitzender

das breit gefächerte Bildungsangebot.

BENANNT NACH DEM verstorbenen IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt befindet sich

Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung grenzenlos: Von Hauskneipe und Spielecafé über ein Schwimmbad mit Sauna und einem Fitnessraum bietet das Bildungszent-

Ukraine-Flüchtlinge: Zukunft in Deutschland

HANNOVER | Sieben Familien untergebracht. Einige Geflohene zieht es aber wieder zurück in die Heimat

Vor einem halben Jahr, am frühen Morgen des 24. Februar, griff Russland die Ukraine an. Millionen Menschen sind seitdem auf der Flucht – und manche wieder in die weiterhin umkämpfte Heimat zurückgekehrt.

Vier Gäste hat Lyudmyla Volynets aktuell noch in ihrer Wohnung untergebracht. Die gebürtige Ukrainerin, die in der Hauptverwaltung der IGBCE als Fachsekretärin in der Abteilung Gute Arbeit, Betriebspolitik tätig ist, hat seit Beginn des Krieges mehr als zwei Dutzend Angehörigen bei der Flucht geholfen und sie beim Neustart in Deutschland unterstützt.

»Vieles hat sich geändert«, berichtet die 40-Jährige, die mit ihrem Mann in ihrer Wohnung in Herrenhausen wohnt – zeitweise mit bis zu neun Geflohenen. Bereits seit Anfang März lebt ihre Cousine Liesa (21) bei ihr. Doch die wird bald in



Foto: Kai-Uwe Knoth

IGBCE-Fachsekretärin Lyudmyla Volynets (dritte von links) Anfang März mit ihren Cousinen Olga, Iryna und Liesa sowie Olgas Söhnen Alex und Yarik. Aus dieser Gruppe wohnt noch Liesa bei ihr.

eine eigene Wohnung umziehen. »Für sieben Familien haben wir mittlerweile Wohnungen gefunden – alle über Kontakte und Netzwerke, auf dem freien Markt gab es nichts«, erzählt sie. Anfang März hatte **KOMPAKT** Lyudmyla Volynets schon einmal besucht, damals wohnten neben Liesa zwei weitere Cousi-

nen und deren zwei Söhne bei ihr.

Liesa habe sich ein kleines Netzwerk von Freund*innen in ihrem Alter aufgebaut. »Sie will jetzt einen Integrationskurs besuchen und sich dann neu orientieren«, berichtet Lyudmyla Volynets. »Richtig angekommen« ist ihre Cousine Iryna, die auch eine Wohnung

hat, einen Integrationskurs besucht und fleißig Deutsch lernt. Bald will sie sich einen Job suchen. »Sie sieht ihre Perspektive hier in Deutschland«, erzählt Lyudmyla. Ihre Cousine Olga (43) und deren Söhne Alex (15) und Yarik (5) sind im Mai zurückgegangen – ihre Heimatstadt Irpin ist wieder in ukrainischer Hand. »Sie wollte zurück, auch wegen ihrer Jungs.« Alex sei froh, dass er zurück in der gewohnten Umgebung sei, seine Freunde wieder treffen könne.

Auch Olena Liungund ihre Mutter Lyuba, die Lyudmyla bei einem IGBCE-Kollegen untergebracht hatte, gingen zurück nach Kiew, wo sie wieder ihre Arbeit für einen ukrainischen Gewerkschaftsvorsitzenden aufgenommen hat. »Olena ist sehr heimatverbunden. Sie fühlte sich schlecht, weil so viele vor Ort geblieben sind, sie wollte auch zurück«, sagt Lyudmyla Volynets. *red*

»Erwarten mehr Engagement von den Betrieben«

HANNOVER | Weniger Ausbildungsplätze – IGBCE will mit Betriebsvereinbarungen und Förderprogrammen gegensteuern

Zum Ausbildungsbeginn am 1. August und 1. September setzt sich in den IGBCE-Branchen ein Trend fort: Es wird weniger ausgebildet. Während 2019 noch rund 12 600 Auszubildende in den IGBCE-Branchen eingestellt wurden, waren es 2020 nur noch 11 800. Im vergangenen Jahr begannen knapp 400 Jugendliche weniger ihre Ausbildung. Auch 2022 wird die Zahl der begonnen Ausbildungen deutlich unter 12 000 liegen, während die Zahl der Schul-

abgänger*innen stabil ist. Hingegen stieg die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss laut letztem Berufsbildungsbericht erneut.

Die Ausbildungsplatzsituation in den IGBCE-Branchen hat sich im Laufe der Corona-Krise drastisch verschlechtert und stagniert nun auf niedrigem Niveau. Die Pandemie erschwerte die Berufsorientierung, da Praktika, Ausbildungsmessen oder Zukunftstage ausfielen oder digital stattfanden. Für die aktuell niedrigen Zahlen kann das

aber keine Rechtfertigung sein. Denn viele IGBCE-Branchen sind wirtschaftlich kaum von Corona betroffen, ganz im Gegenteil: Einige Pharmaunternehmen haben immens von der Pandemie profitiert.

Das Problem liegt also woanders: »Es fehlt am Engagement der Betriebe«, sagt Philipp Hering, Leiter der Abteilung Junge Generation/Ausbildung in der IGBCE. »Sie müssen mehr ausbilden, wenn sie den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung ernst nehmen.

Alles andere ist unternehmerisch nicht klug.« Investitionen in Ausbildung seien immer Investitionen in die Zukunft. Und diese müssten rechtzeitig getätigt werden.

Die IGBCE hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ausbildungsstart 2023/2024 Betriebsvereinbarungen zu schließen, die ein größeres Ausbildungsangebot sicherstellten. Wichtig ist laut Hering außerdem, dass Betriebe die Hürden für Bewerberinnen und Bewerber so niedrig wie möglich halten.

Isabel Niemann

»Das ist ein Schlag ins Gesicht«

NORTHEIM | IGBCE fordert Conti-Transformation ohne Kündigungen und mit Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten

Der IGBCE-Bezirk Südniedersachsen hatte zur Demonstration aufgerufen und 600 Kolleginnen und Kollegen des Kautschuk-spezialisten ContiTech kamen. Laut pfeifend zogen sie durch die Northeimer Innenstadt. Sie schwenkten IGBCE-Flaggen, zeigten Banner mit der Aufschrift »Conti: Jetzt gibt's Contra!« und riefen in Sprechchören: »Wir sind hier. Wir sind laut, weil Conti uns die Arbeit klaut!«

Das Unternehmen hatte Ende Juni die Beschäftigten an den sogenannten MFS-Standorten (Mobile-Fluid-Systems), an denen Schläuche für Fahrzeuge mit Verbrennermotoren gefertigt werden, darüber informiert, insgesamt 850 Stellen streichen zu wollen – 650 davon in Südniedersachsen.

»Kündigungen sind für die IGBCE eine rote Linie. Wer uns damit provoziert, wird entsprechende Reaktionen von uns bekommen«, sagte Ralf



Ralf Becker, Landesbezirksleiter Nord, bezeichnete das Verhalten des Technologiekonzerns als »einen Schlag ins Gesicht«.

Becker, Landesbezirksleiter Nord der IGBCE. Der Continental-Konzern betreibt in Südniedersachsen viele Standorte. Weder in Northeim noch in Hannoversch Münden oder Oedelsheim müsse irgendjemand einfach so gekündigt werden. »Massenentlassungen sind kein Zukunftskonzept. Der angekündigte Kahlschlag ist ein Offenbarungseid für die Transformationskompetenz von ContiTech«, kritisierte Be-

cker und ergänzte: »Wir fordern ContiTech dazu auf, mit uns über echte Zukunftsperspektiven zu sprechen. Wir erwarten einen klaren Fahrplan, wie das schrumpfende Geschäft mit der Verbrennertechnologie durch Investitionen in die Zukunft kompensiert werden soll!«

Ingo Henne, Betriebsratsvorsitzender von ContiTech in Northeim, wies darauf hin, dass die Northeimer Kollegin-

nen und Kollegen seit vielen Jahren ohne Lohnausgleich 40 statt 37,5 Stunden pro Woche arbeiten und im Gegenzug eine Beschäftigungssicherung erhalten haben. Es sei ein schwerer Vertrauensbruch, dass ausgerechnet jetzt – ein halbes Jahr vor Ablauf der Vereinbarung – mehr als 300 Northeimer Arbeitsplätze auf der Kippe stehen.

Uwe Joch, Betriebsratsvorsitzender bei ContiTech MGW in Hannoversch Münden/Oedelsheim, berichtete, dass in seinem Werk mit aktuell rund 750 Beschäftigten jeder zweite Arbeitsplatz entfallen werde. Dieser Beschäftigungsabbau sei das Ergebnis einer jahrelangen Untätigkeit des ContiTech-Managements. Hierauf habe der Betriebsrat stets hingewiesen. Doch nun sei es nicht das Management, das Konsequenzen fürchten müsse, es seien die Kolleg*innen, die vor dem Aus ihres Werks stehen.

Alexander Reupke

Konkrete Vorschläge für die Zukunft

SCHWEDT | IGBCE fordert feste Zusage für die Absicherung aller Beschäftigten der PCK-Raffinerie

In vier Monaten tritt das von der Bundesregierung zugesagte Embargo gegen russisches Öl in Kraft. Davon besonders betroffen ist die PCK-Raffinerie in Schwedt. Sie hängt bislang von der Rohöllieferung aus Russland ab.

1200 Beschäftigte vor Ort sorgen sich um ihre Jobs. »Unsere Kolleginnen und Kollegen der PCK, die Beschäftigten in den Dienstleistungsbetrieben und sehr viele Menschen in der Uckermark machen sich

existenzielle Sorgen«, sagte Rolf Erler, Bezirksleiter der IGBCE Berlin-Mark Brandenburg am Rande einer Kundgebung Ende Juni, bei der 3000 Menschen für den Erhalt der Raffinerie demonstrierten.

Nun hat die IGBCE den Druck auf die Politik erhöht: Die Gewerkschaft fordert eine feste Zusage für die Absicherung aller Beschäftigten der Raffinerie, eine Kommunikationsoffensive, um in der Region besser über den aktuellen

Stand aufzuklären, eine starke Arbeitnehmervertretung und die Lösung der Gesellschafterfrage. Bei Redaktionsschluss lag die Mehrheit an PCK noch beim russischen Rosneft-Konzern. Die Alcmene-Gruppe hatte kurz zuvor erklärt, sie wolle die Raffinerie in Schwedt übernehmen und sei bereit, Job- und Standortgarantien zu geben. Auch das Ergebnis der Sitzung der »Taskforce Schwedt« des Wirtschaftsministeriums, die Ende August stattfand, war

bei Redaktionsschluss ebenfalls nicht bekannt.

»Die Beschäftigten und die Menschen in der Region wissen noch immer nicht, wie es konkret mit der PCK weitergeht«, erklärte Erler. Zu dem Angebot von Alcmene könne er noch keine Einschätzung abgeben.

Die PCK ist der größte Arbeitgeber in der Uckermark. Weitere rund 2000 Jobs in Dienstleistungsbetrieben hängen zudem davon ab. *red*

Tarifmeldungen

EXXONMOBIL | Abschluss in der dritten Verhandlungsrunde: Jede*r Beschäftigte erhält durch Entgeltsteigerungen und Urlaubsgelderhöhung ein Plus in Höhe von 5145 Euro jährlich. Überproportional profitieren die unteren Entgeltgruppen, ihre Entgelte steigen um bis zu 11 Prozent. IGBCE-Verhandlungsführer Moritz Hautmann betont: »Wir haben einen sehr guten Abschluss durchgesetzt. Mit diesem Tarifergebnis unterstützen wir vor allem die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Gehaltsgruppen. Denn sie sind besonders stark von der hohen Inflation betroffen.«

VIVAWEST WOHNEN | Die IGBCE und Vivawest Wohnen, einer der größten Wohnungsanbieter in Nordrhein-Westfalen, haben sich in der ersten Verhandlungsrunde auf einen Tarifabschluss geeinigt. Die 1000 Beschäftigten des Unternehmens bekommen ein ordentliches Lohnplus: Im Schnitt gibt es 9 Prozent mehr Geld. IGBCE-Mitglieder erhalten vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 einen monatlichen Energiekostenzuschuss in Höhe von 50 Euro als Gutscheine. Ab dem 1. September 2022 steigen die individuellen Vergütungen einheitlich um 3950 Euro im Jahr; das entspricht im Schnitt einem Plus von 6 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ebenfalls ab dem 1. September 2022 um 80 Euro. Ab 1. Juli 2023 steigen die Vergütungen um weitere 3 Prozent, die Ausbildungsvergütungen um 50 Euro.

Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft

OFFENBACH | Bundesentgelttarifvertrag in der Papierindustrie steht

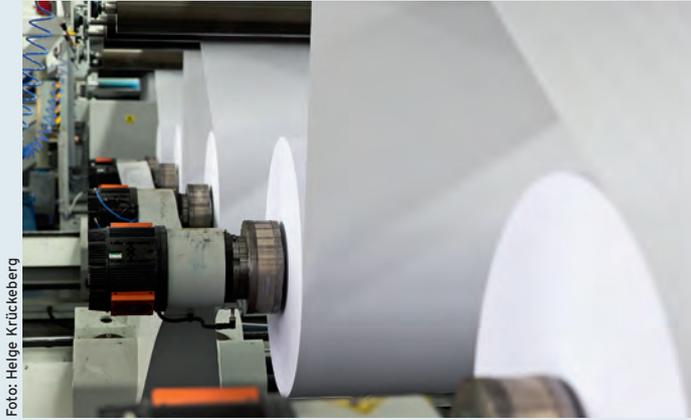


Foto: Helge Krückeberg

Die IGBCE und der Arbeitgeberverband »Die Papierindustrie« (DPI) haben sich auf einen Bundesentgelttarifvertrag für die 40000 Beschäftigten der Branche geeinigt. Zwei Jahre hatten sich die Verhandlungen hingezogen. Am 14. Juli hat die Bundestarifkommission der IGBCE dem Tarifvertrag ohne Gegenstimme zugestimmt.

»Die Einigung ist ein historischer Erfolg«, sagt IGBCE-Tarifsekretär Frieder Weißenborn. Er betont: »Mit der

Zustimmung der Bundestarifkommission ist die Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Papierindustrie beendet und wir haben nach jahrzehntelangen Diskussionen das Thema Entgelttarifvertrag im letzten großen IGBCE-Flächentarifvertrag endlich erfolgreich bewältigt.«

In den Entlohnungsstrukturen wird nun nicht mehr zwischen Löhnen (für Arbeiter*innen) und Gehältern (für Angestellte) unterschieden, sondern für alle Beschäftigten

gelten dieselben Bedingungen. »Der Vertrag stellt so die qualifizierte gewerbliche Tätigkeit mit der Angestellten-tätigkeit gleich«, betont Weißenborn und ergänzt: »Endlich haben wir eine zeitgemäße Entgeltstruktur, die zur Digitalisierung und Transformation der Papierbranche passt.« Der neue Entgeltgruppenkatalog beinhaltet 13 Entgeltgruppen mit dazugehörigen Orientierungsbeispielen.

Beide Seiten haben sich außerdem auf tarifdynamische Besitzstandsregelungen geeinigt: Sinkt das Entgelt durch den Übergang von Lohn und Gehalt in Entgelt, werden die Differenzbeträge über einen Zeitraum von 15 Jahren als tarifliche Ausgleichszulagen garantiert. Diese Zulagen steigen bei Tarifierhöhungen jeweils um dieselben Prozentsatz wie das Tarifentgelt.

Der Bundesentgelttarifvertrag tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft. *Isabel Niemann*

Keine Einigung in Sicht

LEIPZIG | Zweite Tarifverhandlung der feinkeramischen Industrie Ost ohne Ergebnis vertagt

Auch die zweite Verhandlungsrunde zwischen der IGBCE und den Arbeitgebern der feinkeramischen Industrie Ost ist Anfang Juli ohne Ergebnis geblieben. Die IGBCE lehnte das Angebot für die 2400 Beschäftigten als ungenügend ab.

Die Arbeitgeber boten eine tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte in zwei Stufen an: zunächst rückwirkend zum 1. Juli um 100 Euro, ab 1. Januar 2023 um weitere 50 Euro, um in einem ersten Schritt die Ent-



Foto: Bilderfilm.de

gelte an das Niveau der feinkeramischen Industrie West heranzuführen. Die Angleichung stellte die Arbeitgeberseite aber unter Vorbehalt: Die Gaswarnstufe dürfe nicht weiter angehoben werden. Die

Laufzeit solle 13 Monate betragen.

»Unsere Kolleginnen und Kollegen ächzen unter der hohen Inflationsrate«, sagte Sabine Duckstein, IGBCE-Verhandlungsführerin. »In der nächsten Runde müssen die Arbeitgeber das Angebot weiter aufstocken und die Angleichung ans West-Niveau muss ohne Bedingung kommen«, machte Duckstein klar.

Die dritte Verhandlungsrunde findet am 6. September statt. *red*

Traditionsgemäß starten die neuen Azubis ihre Ausbildung immer mit einem Einstiegstag (Foto aus dem Jahr 2021). Das Programm ist vielfältig und wird von den höheren Ausbildungsjahrgängen begleitet.



Foto: IG BCE

Fürs Leben lernen

HANNOVER | Ausbildung bei der IG BCE: Zusammen etwas für die Mitglieder bewegen

Das neue Ausbildungsjahr hat gerade erst begonnen. Doch Katja Gerres und ihre Kolleg*innen aus dem Geschäftsbereich Personal der IG BCE sind gedanklich schon längst ein Jahr weiter. Die Ausbildungsleiterin sucht schon jetzt nach neuen Azubis für das Ausbildungsjahr 2023. »Wir bieten jungen Leuten bei der IG BCE eine Ausbildung in drei verschiedenen Berufen: Kaufleute für Büromanagement, Fachinformatiker*innen für Systemintegration und Anwendungsentwicklung sowie Koch beziehungsweise Köchin«, erklärt Gerres. Dabei erwartet die

zukünftigen Azubis eine abwechslungsreiche und praxisnahe Ausbildung.

»Als drittgrößte Gewerkschaft im DGB fungieren wir als Sprachrohr für die Beschäftigten unserer Branchen und setzen uns auf vielen Ebenen für gute Arbeit und für unsere Mitglieder ein.« Gesellschaftliche Solidarität und soziale Gerechtigkeit seien dabei zentrale Werte für die IG BCE. »Unsere Azubis erhalten deshalb nicht nur Einblicke in politische und gesellschaftliche Themen. Sie lernen auch die vielfältigen Handlungsfelder unserer Gewerkschaft kennen. Der ge-

meinsame Austausch der Auszubildenden untereinander ist uns dabei besonders wichtig.«

Die guten Bedingungen bei der IG BCE haben seinerzeit auch Dafina Mustafa überzeugt. Die 21-Jährige ist im dritten Ausbildungsjahr zur Kauffrau für Büromanagement und macht zurzeit in der Abteilung Kommunikation Station. »Durch die verschiedenen Abteilungen, die ich durchlaufe, habe ich unterschiedliche Einblicke. Nicht jeder Betrieb kann eine solche Vielfalt bieten«, sagt Dafina. Außerdem lerne sie durch die verschiedenen Azubi-Aktionen, die

die Auszubildenden gemeinsam veranstalten, selbstständiges Planen und Koordinieren. »Das ist etwas, was mir auch später im Leben noch weiterhilft.«

Am 1. September haben die neuen Auszubildenden in der IG BCE-Hauptverwaltung in Hannover begonnen. »Während ihrer Ausbildungszeit haben sie nun die Möglichkeit, bis zu zehn von den 14 vielfältigen Ausbildungsabteilungen zu durchlaufen«, so Ausbildungsleiterin Gerres. Dabei dauere die Ausbildung regulär drei Jahre, könne aber auch je nach Leistung verkürzt werden. *Katja Pflüger*

»Junge Menschen für die JAV begeistern«

HANNOVER | Im Herbst werden in den Betrieben die neuen Jugendvertretungen gewählt

Nach den erfolgreichen Betriebsratswahlen will die IG BCE jetzt auch bei den anstehenden Wahlen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) punkten. Um die selbstbewussten Ziele zu erreichen, soll vor allem die während der Corona-Pandemie gesunkene Wahlbeteiligung – 2020 lag sie bei 58 Pro-

zent – wieder deutlich gesteigert werden. Auf mindestens 70 Prozent! Philipp Hering, Abteilungsleiter der Abteilung Junge Generation/Ausbildung: »Betriebliche Demokratie lebt vom Mitmachen. Wir wollen junge Menschen daher für Wahlen und gewerkschaftliches Engagement begeistern.« Vor allem junge Frauen sollen

noch stärker motiviert werden – auch wenn ihr Anteil bei den letzten JAV-Wahlen mit 35 Prozent schon überdurchschnittlich gut war.

Insgesamt wurden beim letzten Urnengang vor zwei Jahren knapp 2000 Mitglieder in rund 830 Betrieben in die JAVen gewählt. Hier sieht Hering allerdings noch Luft nach oben: »Es

gibt immer noch Betriebe, in denen wir nicht vertreten sind. Da wollen wir hin und echte Mitbestimmung etablieren.«

Nach der Sommerpause beginnt die Aufstellung für die JAV-Wahlen im Oktober und November. Wichtig ist hierbei, ausreichend und vor allem die richtigen Kandidat*innen zu finden. *Denis Lochte*

NAMEN & NACHRICHTEN

Betriebsrat gewählt

STUTTGART | Bei Skytanking befüllen mehr als 30 Beschäftigte die Maschinen am Flughafen. Der im April neu gewählte Betriebsrat setzt sich jetzt vor allem dafür ein, Dienstpläne plan-



Foto: Marcel Lawrenz

barer zu machen und Schichten gerechter zu verteilen. »Etwa die Hälfte der Leute ist über 50 Jahre alt. Deshalb ist der Wunsch nach einer transparenteren und vorab feststehenden Arbeitszeitgestaltung sehr hoch«, berichtet Vorsitzender René Benz (Foto, von links: Frank Geiger, Rene Benz, Lars Krompholz).

»Die Pandemie mitsamt Kurzarbeit und Kündigungen lehrte uns, wie wichtig Mitbestimmung und eine starke Gewerkschaft gerade für uns sind«, schildert er die Motivation, den Betriebsrat zu gründen. Ziel sei ebenfalls, einen Tarifvertrag abzuschließen. Ihre ersten Qualifizierungsmaßnahmen haben die drei BR-Mitglieder bereits abgeschlossen.

Neu im Landesbezirk

STUTTGART | Patrick Witzl (oben) und Kai Königshausen (unten) komplettieren das Team im Landesbezirk. Witzl, gelernter Chemikant, verantwortet hauptsächlich den Tarifbereich der kunststoffverarbeitenden Industrie, die Frauen- und Gleichstellungs- sowie die Öffentlichkeitsarbeit. »Ich freue mich besonders auf unsere im Oktober stattfindende Betriebsrätinentagung«, so der 35-Jährige, der den Teilnehmerinnen mit verschiedenen Workshops eine abwechslungsreiche Veranstaltung bieten will.



Foto: Foto Schwetasch

Königshausen übernimmt vor allem die Jugend- und Bildungsarbeit. Der 35-Jährige begann seine Tätigkeit bei der IG BCE zunächst als JAV- und Jugendreferent im Bezirk München und arbeitete die vergangenen drei Jahre als Gewerkschaftssekretär im Bezirk Freiburg. Weiterhin verantwortet er den Tarifbereich der feinkeramischen Industrie.



Foto: Elisabeth Steffe

Beide folgen auf Katharina Gronemeyer und Yannick Schulze, die nunmehr in Norddeutschland für die IG BCE tätig sind.

Mitglieder im Vorteil

UMKIRCH | Aus für Jabil/Zulage für Gewerkschafter*innen

Das hatte der Medizintechnikkonzern Jabil offensichtlich genauso im Sinn: Die Schließung seines Standortes im nahe Freiburg gelegenen Umkirch sollte wohl schnell und ohne Schlagzeilen über die Bühne gehen. Doch nach Bekanntwerden der Pläne wandte sich Ende vergangenen Jahres der Betriebsrat an die IG BCE – mit vielen Gewerkschaftsbeitritten der 35 Beschäftigten.

höht«, blickt Gruber auf zwei Verhandlungsrunden zurück.

Klarer Fall, dass die IG BCE dann handelte: Beschlussfassung von Streikgeldern, Gründung einer Streikleitung, Streikschi- lung, Streikschulung, die Benennung von Streikobfrauen und -männern – verbunden mit dem Ziel: Stillstand der Produktion. Parallel gab es politische Mittagspausen mitsamt Kundgebungen vor



Foto: Christian Engel

Auf dem Weg zur Streikschi- lung: Bei Jabil standen die Zeichen auf Eskalation.

»Diese Geschlossenheit überraschte den Arbeitgeber wohl so sehr, dass er bei den von uns eingeleiteten Tarifverhandlungen über einen Sozialtarifvertrag ganz offensichtlich zunächst auf Zeit spielte«, berichtet Gewerkschaftssekretär Lukas Gruber. Tatsächlich bat die Arbeitgeberseite im Laufe des ersten Halbjahres mehrfach darum, angesetzte Verhandlungstermine zu verschieben. Bis schließlich alle eingebrachten Forderungen, unter anderem die nach fairen Abfindungsfaktoren, abgelehnt wurden. »Die Arbeitgeberseite hat Vertrauen verspielt, ihre eigenen Leute mit einer Hinhaltetaktik ver-

dem Werkstor und eine intensive Medienarbeit. Das alles zeigte Wirkung: Einen Tag vor der Mitgliederversammlung, inklusive geplanter Streikschi- lung, kam es zur Einigung über den Sozialtarifvertrag. »Der Konzern ist darauf angewiesen, dass bis Jahresende die Produktion weiter läuft«, nennt Gruber ein Argument, welches den Gewerkschafter*innen zusätzlich in die Hände spielte. Mitglieder profitierten von der Einigung besonders: Auf die Abfindungssumme gemäß Sozialplan erhielten sie 2000 Euro on top – ausgezahlt mit der August-Abrechnung.

Axel Stefan Sonntag

Wissen & Spaß am Bodensee

MARKELFINGEN | Wirtschaft und Arbeit: Bildungszeitseminar für junge Gewerkschafter*innen



Fotos (2): Kai Königshausen



Links: Mit viel Interaktion gelang es, Zusammenhänge der sehr komplexen Themen Wirtschaft und Globalisierung besser nachvollziehen zu können. Rechts: Die Lage des Camps direkt am Bodensee kam bei den Teilnehmer*innen bestens an.

Demokratische und gewerkschaftliche Werte zu verstehen, zu verinnerlichen und weitergeben zu können: Darum ging es sechs Tage lang beim Seminar »Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Arbeit« im DGB-Jugendcamp in Markelfingen am Bodensee. Ein Angebot der IG BCE für ihre jungen Mitglieder, die sich für die Teilnahme im Rahmen der gesetzlichen Bildungszeit von der Arbeit bezahlt freistellen lassen konnten.

Die Aspekte, die an diesen sechs Tagen beleuchtet wurden, waren vielfältig: Wie beeinflusst Arbeit die gesellschaftliche Stellung der Menschen? Wie entwickelt sich »Arbeit« weiter – vor allem mit den Erfahrungen der Corona-Pandemie und der fortschreitenden Digitalisierung? Auch die Unterschiede der einzelnen Wirtschaftssysteme und Globalisierungsfragen waren aktueller denn je (siehe Statements). »Spannend wurde es nochmal am letzten Tag«, berichtet Landesbezirksjugendsekretär Kai Königshausen. Denn wie Lobbyisten ihre Interessen innerhalb

unseres Wirtschaftssystems durchsetzen, dazu bereitete Referentin Jana Kornherr mehrere Beispiele vor. Es habe einen Grund, weshalb der Lobbyismus als so-



Foto: Privat

»Ich arbeite in einem global aufgestellten Konzern mit Standorten auf der ganzen Welt. Da kam dieses Seminar genau richtig. Wenn das eigene Unternehmen auch vom Problem ausfallender Lieferketten betroffen ist, war es mehr als spannend, auch mal hierzu im Rahmen eines Seminars die Ursachen genauer zu erfahren. Die Hintergrundinformationen waren nützlich und sinnvoll und ich glaube, unser Wirtschaftssystem jetzt noch besser zu kennen und zu verstehen.«

Maximilian Hahn
Betriebsratsmitglied
Roche

nannte fünfte Gewalt im Staate bezeichnet werde.

Neben der Weiterbildung kam der Spaß nicht zu kurz: Die herrliche Lage direkt am Bodensee war passend zum



Foto: Kai Königshausen

»Wie intensiv die globalen Abhängigkeiten von Industrie und Handel sind, wurde mir durch dieses Seminar nochmals so richtig bewusst. Denn all diese Zusammenhänge sieht man auf den ersten Blick so nicht. Nachdem ich schon meine beiden JAV-Seminare absolvierte, war auch dieses hier eine tolle Erfahrung mit einer mega Location – direkt am See gelegen, und das bei perfektem Wetter. Dazu noch direkt in meiner Nähe. Ich kann das nur weiterempfehlen!«

Lara Schwab
JAV-Mitglied
Pfizer

heißem Wetter, fanden die Teilnehmer*innen. Auch die Möglichkeit zum Lagerfeuer inklusive Barbecue und Stockbrot wurde reichlich genutzt.

Axel Stefan Sonntag



Foto: Privat

»Das Seminar war eine prima Gelegenheit, ein sehr komplexes Thema mit vielen Details kennen zu lernen. Immerhin trifft das Thema Globalisierung und internationale Lieferabhängigkeiten meinen Betrieb und mich ganz besonders. Viele unserer Standorte sind auf eine sichere Gas-Versorgung angewiesen. Mein Fazit der Woche: Die Globalisierung stärkt unser Wirtschaftssystem – aber sie braucht Grenzen. Profitmaximierung und Preisdumping lehne ich ab.«

Maik Pieritz
JAV-Vorsitzender
Fuchs Lubricants

Frischer Wind und ein neues Team

BURGHAUSEN | Siltronic: Erste Betriebsversammlung in Präsenz seit zweieinhalb Jahren

Im Abhalten von Betriebsversammlungen ist freilich auch der Betriebsrat bei Siltronic in Burghausen routiniert und doch war das Zusammenkommen der Belegschaft Ende Juni in zweierlei Hinsicht etwas Besonderes. Zum einen war die Betriebsversammlung nach coronabedingter Pause die erste seit zweieinhalb Jahren in Präsenz. Zum anderen war sie auch für den neu gewählten Betriebsrat die gelungene Premiere.

»Es war ein gutes Gefühl, die Kolleg*innen endlich wieder vis-a-vis zusammenzuhaben und sich mit ihnen persönlich austauschen zu können«, resümierte Volker Stapfer seine erste Betriebsversammlung als Betriebsratsvorsitzender. Die ebenfalls neu gewählte stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Daniela

Berer weiter: »Natürlich war die erste Betriebsversammlung für uns als neu zusammengesetztes Gremium eine Herausforderung, aber es war eine, die uns als Team viel Spaß gemacht hat.«

Beide betonten zudem die gute Zusammenarbeit mit der Personalabteilung und insbesondere auch mit dem IG BCE-Bezirk Altötting: »Das Team um Bezirksleiter Markus Hautmann und Gewerkschaftssekretärin Susanne Prause ist uns immer eine große Unterstützung und stärkt uns den Rücken für unsere Arbeit.« Letztere dankte



Foto: IG BCE-Bezirk Altötting

den anwesenden Kolleg*innen für deren Engagement auch in schwierigen Zeiten. »Ihr seid immer da und bringt Höchstleistung. Damit zeigt ihr eindrucksvoll, dass wir Arbeitnehmer*innen in Zeiten, in denen die Welt brennt, die Sicherheit für die Unternehmen sind«, so Susanne Prause in ihrem Redebeitrag.

Die mehr als 400 teilnehmenden Belegschaftsmitglieder, darunter auch zahlreiche Kolleg*innen von den Standorten München und Freiberg, zeigten sich ebenfalls zufrieden vom Team-Auftritt des Gremiums um Volker Stapfer und Daniela Berer. Deren ge-

meinsames Resümee im Anschluss lautete: »Es war ein gelungener, lockerer und kurzweilig gestalteter Auftakt.« Und damit der frische Wind nicht nur in der Betriebsversammlung selbst spürbar war, verteilte das Betriebsratsgremium zudem Mini-Ventilatoren. Das war dann noch das Tüpfelchen auf dem »i«.

Michael Kniess



Betriebsratsvorsitzender Volker Stapfer und Stellvertreterin Daniela Berer waren zufrieden mit ihrer ersten Betriebsversammlung in leitender Funktion (kleines Foto). Der frische Wind war spürbar und kam gut an (großes Foto).

Ein Ergebnis, das in die Zeit passt

BAYERN | Zweistufige Paketlösung: Einigung in der Kunststofftarifrunde 2022 in Bayern

Zäh und schwierig gestalteten sich die Verhandlungen in der Kunststofftarifrunde 2022 in Bayern. Beim dritten Anlauf einigten sich Arbeitgeberseite und IG BCE Bayern schließlich auf ein gemeinsames Ergebnis.

Das Paket sieht eine zweistufige Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen nach zwei Leermontaten ab September 2022 vor. Stufe 1: 3,5 Prozent plus bei einer Laufzeit von zehn Monaten sowie einmalig 700 Euro. Auszubildende erhalten einmalig 300 Euro sowie drei

Tage zusätzlichen Urlaub vor ihren Abschlussprüfungen. Stufe 2: Weitere 2 Prozent (ab Juli 2023) über sechs Monate. Die Laufzeit insgesamt beträgt 18 Monate.

»Wir freuen uns, dass die Arbeitgeberseite ihre Haltung überdacht hat und wir gemeinsam zu einer tragfähigen, vorzeigbaren Paketlösung gekommen sind, die in die Zeit passt«, resümiert IG BCE-Verhandlungsführer Gerd Hammerl. »Während die Arbeitgeberseite mit Verweis auf die steigenden Kostenbelastungen aus Rohstoff- und Ener-

gieversorgung sowie Unwägbarkeiten durch Krieg und Krise anfangs auf eine abschließliche Einmalzahlung drängte, sind wir von unserer Forderung nach einer dauerhaften Lohn- und Gehaltssteigerung nicht wesentlich abgerückt. Das Ergebnis kommt unserer Ursprungsforderung sehr nahe.«

Hammerl betont: »Beschäftigte,

insbesondere der unteren bis mittleren Einkommensklassen, können den immensen Kostensteigerungen nur mit einem Instrument entgegen: Den Wert der Arbeitskraft steigern. Das ist mit dem Abschluss gelungen.«

mk



Foto: IG BCE Bayern/M. Reiffig

Gerd Hammerl (Mitte links) verhandelte mit Walter Vogg, Geschäftsführer im Verband der Kunststoffverarbeitenden Industrie in Bayern e. V. (Mitte rechts).

Die weibliche Stimme in den Betrieben

BAYERN | Betriebsrätinnen-Konferenz der IGBCE Bayern in Nürnberg kommt bestens an

Sich vernetzen, austauschen, gegenseitig unterstützen und in der teilweise neuen Rolle zurechtfinden. All das und mehr stand im Mittelpunkt der Betriebsrätinnen-Konferenz der IGBCE Bayern im Juli. Die Zukunftsgewerkschaft hatte alle neu- und wiedergewählten Betriebsrätinnen nach Nürnberg eingeladen, um sich auf die kommenden vier Jahre einzustimmen und die anstehenden Aufgaben gut und mit dem nötigen Handwerkszeug angehen zu können.

ZENTRALER BAUSTEIN als Teil einer Veranstaltungsserie rund um die Betriebsratswahlen der IGBCE Bayern, um Frauen für die Betriebsratsarbeit zu gewinnen und sie bei dieser zu unterstützen, war die Tagung für Julian Liebner. »Es war wichtig, die Erfahrenen mit den Neuen zusammenzubringen, um Wissen weiterzugeben und die Zusammenarbeit zu stärken. Denn gerade in unseren nach wie vor männerdominierten IGBCE-Branchen tut dieser frische, weibliche Wind sehr gut«, so der Landesbezirkssekretär, zuständig für die IGBCE-Frauenarbeit in Bayern.

»Ich freue mich sehr, dass wir so dynamische Frauen voller Energie und Ideen haben, die sich in unseren Branchen als Betriebsrätinnen für ihre Kolleg*innen engagieren und bereit sind, ihre Betriebe positiv zu verändern«, betonte Sabrina Emrich. Unter der Überschrift »Meine Rolle als Betriebsrätin« gab die Bezirksleiterin aus Nürnberg den



Fotos (2): IGBCE Bayern/Michael Knies



Viel Wissen, Motivation und Schwung für die nächsten vier Jahre Betriebsratsarbeit: Dafür sorgte die von den Gewerkschaftssekretärinnen Marlis Mergenthal (Bezirk Mainfranken) und Iris Schopper (Bezirk Nordostbayern) organisierte Betriebsrätinnen-Konferenz der IGBCE Bayern in Nürnberg für alle neu- und wiedergewählten Betriebsrätinnen.

Kolleginnen aus allen bayrischen IGBCE-Bezirken wertvolle Denkanstöße und Tipps mit auf den Weg, um diese als »Tool-Box« jederzeit an der Hand zu haben.

IHR IMPULSVORTRAG ging unter anderem auf die Fragen ein, wie sich Projekte erfolgreich anstoßen lassen, in welchen Situationen man wieviel Zeit und Energie investieren sollte, oder wie man Unterstützung für sich

und seine Arbeit findet. Sabrina Emrich thematisierte zudem die neue Rolle und die damit einhergehenden Erwartungen von Kolleg*innen und Arbeitgeberseite. Ihr Resümee war verbunden mit einer Aufforderung an die Teilnehmenden: »Ihr seid die weibliche Stimme der IGBCE. Lasst uns gemeinsam wachsen, gegenseitig von unseren Erfahrungen lernen und zusammen Visionen entwickeln.«

IN WORKSHOPS zu einer Reihe von Themen im Anschluss standen zum einen rechtliche Grundlagen auf der Agenda. Isabel Eder, Abteilungsleiterin Mitbestimmung & Betriebsverfassung in der IGBCE-Hauptverwaltung, thematisierte in einem Überblick von A bis Z, was es an nötigem Wissen für die Tätigkeit als Betriebsrätin braucht: angefangen von den Fragen, wie die Arbeitsteilung im Betriebsrat optimalerweise aussehen sollte und was es braucht, um als Gremium gut sichtbar zu sein, über die Rahmenbedingungen für Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen bis hin zu einer Übersicht in Sachen Mitbestimmungsrecht.

Jenny Hoch und Ute Retke von der externen Mitarbeiterberatung »stg Die Mitarbeiterberater« thematisierten im zweiten Workshop unter anderem, wie man sich wirkungsvoll, selbstbewusst und authentisch vor anderen präsentiert, wie man in kürzester Zeit seine Kernbotschaft formuliert und an die Frau und den Mann bringt, oder wie man seine Einflussmöglichkeiten optimal nutzen kann.

DES LOBES voll waren die Teilnehmerinnen am Ende der Betriebsrätinnen-Konferenz für die kurzweilige und gut organisierte Tagung. Das Fazit lautete einhellig: »Wir haben viel Wissen, Motivation und Schwung mitbekommen, um uns in den Betrieben zu engagieren und einzubringen.«

Michael Knies

Jubel bei RHI Magnesita

MAINZLAR-STAUFENBERG | Protest der Beschäftigten rettet Werk für feuerfeste Materialien

Sie haben gekämpft – und sie haben gewonnen: Wenn es nach den ursprünglichen Plänen des Unternehmens gegangen wäre, wäre bei RHI Magnesita Ende Januar diesen Jahres die Produktion ausgelaufen und der Standort abgewickelt worden. Stattdessen hat der Betriebsrat am 1. August einen Interessenausgleich unterschrieben, der eine unbefristete Weiterführung des Werks mit hohen Investitionen vorsieht. Es wurde eine Standortsicherung auf fünf Jahre vereinbart. Verbunden damit sind Investitionen in Höhe von 7 Millionen Euro. Außerdem will das Unternehmen rund 40 Beschäftigte einstellen und wieder ausbilden.



Foto: Wolfgang Lenders

»Ihr werdet Mainzlar bald vermissen!«, schrieben die Beschäftigten bei der Kundgebung am 4. Dezember 2020 auf ihre Transparente. Sie hatten recht.

Die Pläne zur Schließung des Werks für feuerfeste Materialien waren Ende 2020 bekanntgeworden. »Nicht mit uns«, sagten die Beschäftigten damals. Und gingen auf die Straße. Doch obwohl der Betriebsrat einen Plan zum Weiterbetrieb vorlegte, blieb der Arbeitgeber dabei, den Standort abwickeln zu wollen. Ein

Sozialplan und Interessenausgleich waren bereits ausgehandelt, da kam im Spätsommer 2021 die zaghafte Wende: Das Unternehmen teilte mit, den Betrieb zunächst bis Ende 2022 aufrecht erhalten zu wollen.

»Was hier passiert ist, zeigt deutlich, wie wichtig Betriebsräte und starke Gewerkschaften sind«, sagt Anne Weinschenk,

Leiterin des Bezirks Mittelhessen. »Der Betriebsrat und die IGBCE haben von Anfang an betont, dass das Unternehmen den Standort braucht. Nur durch den unermüdlichen Einsatz unserer Mitglieder ist es gelungen, die Entscheidung des Unternehmens zu drehen und den Standort zu retten.«

Wolfgang Lenders

NAMEN & NACHRICHTEN

Vertrauensleute bei Biontech

MARBURG | Bei Biontech in Marburg – dem größten Produktionsstandort des Konzerns – gibt es jetzt eine gewerkschaftliche Vertrauensleute-Struktur. Die Mitglieder der IGBCE im Betrieb haben insgesamt 16 Vertrauensleute gewählt. »Wir freuen uns sehr über das von unseren Kolleg*innen entgegengebrachte Vertrauen und sehen es als unsere Aufgabe, durch Transparenz und Kommunikation vertrauensvoll über alle Ebenen zusammenzuarbeiten«, sagt der Vertrauensleute-Vorsitzende Philipp von Zaluskowski.

Der Bezirk Mittelhessen begrüßt die Wahl. »Wir haben jetzt ein direktes Sprachrohr und gewerkschaftliche Mitbestimmungsstrukturen«, sagt Bezirksleiterin Anne Weinschenk. »Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit den wirklich engagierten und hochmotivierten Kolleg*innen.«

Außerdem hat der Betrieb in Marburg nun ein Mandat in der Tarifkommission für die chemische Industrie in Hessen. Dazu der Betriebsratsvorsitzende Mark Pfister: »Das erhaltene Mandat ist eine klare Richtung für die weitere Tarifbindung der Biontech in Marburg. Davon sollten natürlich auch möglichst alle anderen Biontech-Standorte, die nicht dem Tarif angehören, profitieren. Wir werden hierbei bestmöglich unterstützen.«

Merck baut aus

DARMSTADT | Merck investiert: Zurzeit entsteht ein neues Ausbildungszentrum; eine Maßnahme, die Betriebsrat und die IGBCE seit rund einem Jahrzehnt gefordert haben. Auch die Zahl der Auszubildenden im Unternehmen soll deutlich steigen.

»Endlich ist es so weit. Das ist ein klares Zeichen, das richtige Signal«, sagt Andreas Becker, Vertrauensleute-Vorsitzender bei Merck und Mitglied des Betriebsrats. »Wir brauchen qualifizierte Beschäftigte – und die bilden wir selber aus.«

Das neue Ausbildungszentrum soll ab 2024 nutzbar sein. Bei der Gestaltung haben die Ausbilder*innen intensiv mitgewirkt. »Dass die Beschäftigten die Arbeitswelt mitgestalten, hat bei Merck Tradition«, sagt Becker. Bislang waren die Auszubil-

denden auf unterschiedliche Gebäude verteilt. Mit dem neuen Zentrum wird zugleich auch noch einmal alles auf den neuesten Stand gebracht: Damit die Azubis fit sind für die sich rasant verändernde Arbeitswelt.

Was da kommt, lässt eine weitere Investition des Unternehmens erahnen: Knapp 200 Millionen Euro fließen in ein neues Forschungszentrum, das Translational Science Center, das bis 2025 fertig werden soll. Unter anderem entstehen hier hochspezialisierte Labore. Aus Sicht des Betriebsrats extrem wichtig ist bei dieser Entwicklung, dass die Belegschaft zusammengehalten wird. Becker: »Hier hilft uns der Strukturtarifvertrag, den die IGBCE abgeschlossen hat. Er sorgt dafür, dass die Beschäftigten abgesichert sind.«

Für eine sichere Gasversorgung

WIESBADEN | IGBCE und DGB fordern Maßnahmenpaket in Abstimmung mit dem Bund

Energie muss bezahlbar bleiben – für die Menschen und für die Unternehmen. Und

schaft. Für die IGBCE waren der stellvertretende Landesbezirksleiter Hessen-Thüringen

Weg zu bringen, um angesichts der Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine die Energieversorgung und die Beschäftigung zu sichern.

Dabei geht es darum, die Planung und Genehmigung von Projekten zur Nutzung von Gasalternativen zu beschleunigen. Die Beratungsangebote und Fördermöglichkeiten für Unternehmen, insbesondere den Mittelstand, sollen verbessert werden. Schneller werden sollen der Ausbau von erneuerbaren Energien und die Umsetzung der

Wasserstoffstrategie des Landes. Die öffentliche Verwaltung soll bei Einsparungen und der Energiewende beispielhaft vorangehen.

Angesichts der steigenden Energiepreise fordern DGB und IGBCE, Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu entlasten. Hier könnte beispielsweise ein Energiepreisdeckel helfen.



Foto: Peter Kaplan

»Wir müssen die Wertschöpfungsketten aufrecht erhalten und gleichzeitig die Energiepreise für die Beschäftigten und Unternehmen bezahlbar halten.«

Sabine Süpke, Landesbezirksleiterin Hessen-Thüringen

die Versorgung der Betriebe muss sichergestellt werden. Das forderten IGBCE und DGB beim Gas-Gipfel beim hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein am 10. August. In der Runde trafen sich rund 30 Vertreter*innen von Unternehmen, Verbänden und Ministerien mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur Klaus Müller und der Professorin Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats Wirt-

Peter Schuld und Volker Hahn, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Infraseriv Höchst, vor Ort. Den DGB vertrat Renate Sternatz, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen.

Bei der Veranstaltung machten die Gewerkschaftsvertreter*innen deutlich, dass sie die schwarz-grüne Landesregierung in der Pflicht sehen, ein Maßnahmenpaket in Abstimmung mit dem Bund auf den



Foto: Liv Dizingler

Die Gewerkschafter*innen beim Gas-Gipfel (von links): Peter Schuld, Renate Sternatz, Regina Hornung (Betriebsrätin Robert Bosch Lollar Guss), Volker Hahn.

Betriebsräte vernetzen sich bei Konferenzen der Bezirke

WIESBADEN | In den fünf Bezirken des Landesbezirks haben sich die neu gewählten Betriebsräte getroffen. Sie beschäftigten sich mit grundlegenden und branchenspezifischen Fragen ihrer Arbeit. Es ging aber auch um die Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander.

Im Bezirk Rhein-Main unternahmen etwa 80 Betriebsräte eine Schifffahrt auf dem Rhein. Die Vorsitzende des Bezirksvorstands Vanessa Tsovanian dankte den Anwesenden für ihre Bereitschaft, sich besonders in der derzeit schwierigen Zeit für ihre Kolleg*innen einzusetzen und stellte die Arbeit des Bezirksvorstands vor. Landesbezirksleiterin Sabine



Foto: Bezirk Kassel

Bei den Treffen, hier im Bezirk Kassel, diskutierten die Betriebsrät*innen unter anderem grundlegende Fragen ihrer Arbeit.

Süpke betonte die Wichtigkeit der Betriebsratsarbeit. Und mit Informationsständen stellten sich die Partner der IGBCE vor.

Rund 40 Teilnehmer*innen waren bei der Betriebsräte-Konferenz des Bezirks Darmstadt. Auch hier präsentierten sich der Bezirk und seine Kooperations-

partner*innen. Betriebsräte verschiedener Unternehmen berichteten über Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Der Bezirk Mittelhessen hat seine Betriebsrät*innen zu branchenspezifischen Konferenzen eingeladen. Ziel war es, dadurch detaillierter auf die

Herausforderungen der jeweiligen Branchen – Kautschuk, Chemie, Pharma, Papier und Kunststoff – eingehen zu können. Nach der letzten der fünf Konferenzen am 22. September werden daran voraussichtlich insgesamt rund 120 Betriebsrät*innen teilgenommen haben.

Rund 50 Betriebsrät*innen waren bei der Konferenz des Bezirks Kassel. Schwerpunkt war hier das Thema Transformation. Zum Programm gehörten eine Podiumsdiskussion zum Thema »Transformation und die Gaskrise« und sechs Workshops, von denen jede*r Teilnehmer*in je zwei besuchte.

Die Betriebsräte-Konferenz des Bezirks Thüringen ist für November geplant.

NAMEN & NACHRICHTEN

Baggern mit Power

OLDENBURG | Frauenpower im Emsland: Neue Mitglieder und ihre Werberinnen haben Anfang Juli im Baggerpark richtig etwas bewegt – mit einem gut 20 Tonnen schweren Bagger. »Frauen trauen sich häufig nicht an Tätigkeiten, die männerdominiert sind«, sagt Antje Schiller vom Bezirksfrauenausschuss. »Wenn sie es trotzdem ausprobieren, stellen sie häufig fest, dass es Spaß bringt, gar nicht so schwer ist und man sogar neue Talente an sich entdecken kann.«



Foto: Dörthe Hofer

Tempo für Importstandort

KALTENKIRCHEN/BRUNSBÜTTEL | Der IGBCE-Bezirk Schleswig-Holstein fordert die neue schwarz-grüne Landesregierung auf, die Entwicklung des Industrieparks Brunsbüttel zu einem führenden Importstandort für Flüssigerdgas und Wasserstoffderivate in Deutschland voranzutreiben. Eine aktive Industriepolitik und zeitnahe Entscheidungen sollen helfen. »Wir müssen die aus der Energiewende entstehenden Chancen für einen weiteren Beschäftigungsaufbau in Verbindung mit guter Arbeit nutzen«, sagte Bezirksleiter Andreas Suß in einem Pressegespräch von IGBCE, DGB Nord und Werksleiterrunde. In einem »Industriepolitischen Bündnis« setzen sie sich für schnellere Entscheidungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, bessere Rahmenbedingungen für die Produktion von grünem Wasserstoff und die Stärkung der Infrastruktur ein.

Ausgezeichnet gestaltet

KIEL | Den Mitbestimmungspreis 2022 für vorbildliche Mitgestaltung der Arbeits- und Einkommensbedingungen hat der DGB Kiel Betriebsrat und Vertrauensleuten der KVP Pharma+ Veterinär Produkte verliehen. Lobend erwähnt wurde die Überführung des Chemie-Tarifvertrags »Moderne Arbeitswelt« in eine »passgenau auf die Bedürfnisse der Beschäftigten abzielende und zukunftsweisende Betriebsvereinbarung«. Besonders für die Arbeitszeitsouveränität habe der Betriebsrat intensiv gekämpft, so dessen stellvertretender Vorsitzender Thorsten Dohse. »Eine Befragung der Kolleg*innen durch unsere Vertrauensleute hatte ergeben, dass die meisten mehr freie Zeiten wünschen in Form tageweiser Freistellungen oder eines Sabbaticals.«



Foto: Ulf Stephan

Oben mitbestimmen

PEINE | BGE-Beschäftigte wählen Aufsichtsratsvertreter*innen

Anfang September sind die über 2250 Beschäftigten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) aufgerufen, ihre Vertreter*innen in den Aufsichtsrat – dem zentralen Element der Unternehmensmitbestimmung – zu wählen.

In dem Bundesbetrieb wurden 2016 die Endlagerfachbereiche des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) so-

hows an den unterschiedlichen Standorten die zentralen Herausforderungen«, sagt Sebastian Zwetkow-Tobey, der erneut als Gesamtbetriebsratsvorsitzender für den Aufsichtsrat kandidiert. »Auf Initiative der Arbeitnehmervertreter*innen wird nach der Wahl ein Prüfungsausschuss eingesetzt, der sich mit dem Wissenstransfer beschäftigt. Dieser soll unter anderem digitale Instrumente entwickeln und einsetzen.«

Christina Offermanns, die als Vize-Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage Konrad ebenfalls erneut für einen Aufsichtsratsposten kandidiert, blickt angesichts der Aufgaben wie der Rückholung der Abfälle aus der Asse und der Errichtung eines Endlagers im Schacht Konrad besorgt auf die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse. »Wir brauchen Personallösungen. Solch verantwortungsvolle Aufgaben sollten nicht fremdvergeben werden«, betont die Gewerkschafterin.



Fotos (2): Privat/BGE

Haben langfristige Ziele im Blick: Christina Offermanns und Sebastian Zwetkow-Tobey.

wie die Betriebsgesellschaften Asse-GmbH und Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) zusammengefasst. »Nach wie vor sind die Sicherung und das Zusammenführen des Know-

Kohle für Ausstieg

HELMSTEDT | Nach Schließung des Helmstedter Braunkohlereviere erhält der Landkreis Helmstedt bis zu 90 Millionen Euro Strukturhilfen vom Bund. Die Summe steht bis zum Jahr 2038 für Investitionen zur Verfügung, die den Strukturwandel unterstützen und Arbeitsplätze sichern, berichtet Michael Linnartz, Bezirksleiter Hannover. Die Aufnahme des Re-

viers in die Förderlinie des Bundes sei auf die politische Unterstützung durch die IGBCE zurückzuführen.

Förderschwerpunkte sind laut dem IGBCE-Regionalbeauftragten Jörg Liebermann die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze im Energiesektor, eine Aufwertung des Tourismus sowie die Förderung von Infrastruktur für Gewerbegebiete im Helmstedter Revier.

Tor für die Erneuerbaren

HANNOVER | Energiepolitische Tagung gründet Netzwerk



Fotos (2): Kai-Uwe Knoch

Ralf Becker und Olaf Lies im Gespräch: Mit guter Arbeit durch die Krise.

Steigende Energiepreise, drohender Gas-Lieferstopp, Umbau zu klimafreundlicher Produktion: Auf der Energiepolitischen Tagung am 5. Juli diskutierten rund 60 Betriebsrät*innen aus dem Landesbezirk mit Niedersachsens Umwelt- und Energieminister Olaf Lies (SPD) und IGBCE-Vertreter*innen die Lage in ihren Betrieben.



»Ein Lieferstopp von russischem Gas würde uns wirtschaftlich schwer treffen. Neben der fortlaufenden Verbesserung der Energieeffizienz untersucht Vynova im Zuge seiner Dekarbonisierungsstrategie und der angespannten Erdgasversorgungslage den Einsatz von Energieträgern, die als Ersatz geeignet sind. Darüber hinaus unterstützen wir den Bau des LNG-Importterminals an der von uns betriebenen Schiffsumschlagsbrücke. Damit auch unsere zukünftige Energieversorgung gesichert werden kann.«

Volker Neumann
BRV Vynova Wilhelmshaven GmbH

Im Gespräch mit Lies forderte Landesbezirksleiter Ralf Becker schnelle und verlässliche Entscheidungen durch die Politik: »Wir brauchen einen beschleunigten, grund-

legenden Umbau der gesamten Energieversorgung hin zu mehr Unabhängigkeit, aber auch mehr Klimaschutz.« Am Beispiel der geplanten LNG-Terminals stelle Niedersachsen derzeit unter Beweis, so Lies, wie schnell Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren durchgeführt werden könnten. »Wir wollen Niedersachsen zu Tor und Drehscheibe für erneuerbare Energie für ganz Deutschland ausbauen«, kündigte er an.

Der Übergang müsse jedoch auch sozial funktionieren, mahnte Becker. »Beschäftigungsfragen müssen adäquat gelöst werden. Gute Jobs müssen durch gute Jobs ersetzt worden sein, bevor sie abgewickelt werden dürfen. Die gibt es nur mit Mitbestimmung und Tarifbindung.« Um die Betriebsräte energieintensiver Betriebe in ihrem Engagement für die Sicherung ihres Standorts und die Beschäftigung vor Ort zu unterstützen, hat der Landesbezirk ein Betriebsrätenetzwerk ins Leben gerufen. »Der Erfahrungsaustausch untereinander und mit der IGBCE soll gestärkt und der fachliche Input durch die Spezialabteilungen der IGBCE sichergestellt werden«, bestätigte Petra Adolph, stellvertretende Landesbezirksleiterin.

Michaela Ludwig



Foto: DGB/Werner Musterer

3 Fragen an Sebastian Meise

Der Referent beim DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt über die Finanzierung der Energiewende.

Das Land Niedersachsen verzeichnet einen Investitionsstau in zweistelliger Milliardenhöhe. Wie kann die Energiewende überhaupt noch gestemmt werden?

Aktuell darf das Land aufgrund der Schuldenbremse keine Kredite aufnehmen. Allerdings werden die Steuereinnahmen nicht ausreichen, um den Investitionsstau abzubauen und wichtige Zukunftsinvestitionen anzuschieben. Allein um seine Klimaziele bis 2030 einhalten zu können hat das Land einen Investitionsbedarf von 23 Milliarden Euro. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, haben die DGB-Gewerkschaften mit dem NFonds (NiedersachsenFonds) ein Instrument entwickelt, mit dem dennoch notwendige Investitionen in Infrastruktur und Dekarbonisierung getätigt werden können.

Wie funktioniert der NFonds?

Wir plädieren für die Gründung eines bei der landeseigenen Förderbank NBank angegliederten Fonds. Dafür muss die NBank zu einer echten Infrastruktur- und Investitionsbank ausgebaut werden. Als Startkapital erhält der NFonds einmalig eine Milliarde Euro aus dem Landeshaushalt. Damit könnte er zu günstigen Bedingungen am Kapitalmarkt Kredite über zehn Milliarden Euro aufnehmen. Im Anschluss können unter seinem Dach mehrere Infrastrukturgesellschaften für verschiedene Aufgaben entstehen – demokratisch kontrolliert und mit transparenten Tilgungsplänen. Denkbar wäre die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die bezahlbaren Wohnraum schafft und durch die Mieten Einnahmen verzeichnet.

Welche Resonanz findet dieses Investitionsmodell in der niedersächsischen Politik?

SPD und Grüne haben das Konzept in ihren Wahlprogrammen bereits verankert. In der FDP ist man sich der Problematik bewusst. Allerdings wird dort eher an Partnerschaften mit der Privatwirtschaft gedacht, was für uns einer Privatisierung durch die Hintertür gleichkäme. Die CDU hält weiter an Schuldenbremse und Schwarzer Null fest. Verantwortung gegenüber der nächsten Generation zu übernehmen bedeutet jedoch, die sozial-ökologische Transformation aktiv mit öffentlichen Investitionen zu gestalten.

NAMEN & NACHRICHTEN

Neu im Landesbezirk

NORDOST | Zwei neue JAV- und Jugendreferenten starteten am 01.07.2022 ihre Arbeit im Landesbezirk. Beide werden bis einschließlich 30.06.2024 in den Bezirken tätig sein. Sie freuen sich darauf, die erfolgreiche Jugendarbeit in Nordost (siehe dazu auch die Serie auf Seite 28) unterstützen zu können.

Tom Karl (Foto oben) wird im Bezirk Dresden-Chemnitz eingesetzt. Er hat seine Ausbildung zum Mechatroniker bei der LEAG im Kraftwerk Jänschwalde absolviert und setzte sich in den vergangenen Jahren als Gewerkschafter für Perspektiven in der Lausitz und für einen fairen Strukturwandel ein: »Ich habe jetzt schon das Gefühl, dass die Arbeit bei der Gewerkschaft genau das ist, was mich ausmacht als Mensch und wo ich ganz viel mit einbringen kann.«

Max Klein (Foto Mitte) wird den Bezirk Berlin-Mark Brandenburg in der Jugendarbeit unterstützen. Er war nach seiner Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement zuletzt in der IGBCE-Abteilung Junge Generation/Ausbildung als Verwaltungsangestellter im Bereich Fejo GmbH tätig: »Ich werde alles tun, um die Sichtbarkeit der Gewerkschaften in unseren Betrieben zu erhöhen und junge Mitglieder zu gewinnen.«

BERLIN-MARK BRANDENBURG | Stephan Hoare (36) beginnt seine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär im Bezirk Berlin-Mark Brandenburg (bis zum 31.01.2023). Der Politikwissenschaftler war zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Arbeit und Umwelt tätig.



Foto: Privat



Foto: Privat



Foto: Stiftung Arbeit und Umwelt

TARIFABSCHLÜSSE

WASSERWIRTSCHAFT – AQUA-KOMMUNAL-SERVICES: bis zu plus 10,9 Prozent auf 21 Monate, einmalig 500 Euro.

PAPIER – KÜBLER & NIETHAMMER: plus 6 Prozent auf 12 Monate, danach schrittweise Anpassung an die Fläche Papier.

CHEMIE – CBW: weitere Angleichung an den Flächentarifvertrag Chemie-Ost.

CHEMIE – LITRONIK: durchschnittlich plus 5 Prozent auf 12 Monate, Einführung der Tabelle Fläche Chemie-Ost (85 Prozent) und Prämiensystem.

FEINKERAMIK – PORCELAINGRES: bis zu plus 19 Prozent auf 26 Monate.

KUNSTSTOFF – BORYSZEW KUNSTSTOFFTECHNIK: 15 Prozent plus insg. / 25 Monate, einmalig 600 Euro für IGBCE-Mitglieder.

»Es ist toll, Sprachrohr

NORDOST | Serie: Darum – meine Motivation für die IGBCE

KOMPAKT: Wenn du von der Bühne und vor Leuten sprichst, scheinst du kein Lampenfieber zu kennen. Wie lange bist du schon bei der IGBCE?

Finja-Lee Bethke: Ich brenne für Gerechtigkeit, das macht mich stark und dann vergesse ich das Lampenfieber. Ich hatte schon immer eine soziale Ader und das bekannte »Helfer-Syndrom«. Daher macht es mir viel Spaß, mich für andere einzusetzen und wenn es sein muss, eben auch mit lauter Stimme. Ich bin seit 2020 bei der IGBCE.

Was kann Jugendarbeit bewirken?

Sehr viel. Nicht nur, weil wir das Sprachrohr der jungen Arbeitnehmenden in unseren Branchen sind. Ich hoffe, damit auch die Ausbildung und das duale Studium nachhaltig zu verbessern. In den letzten paar Jahren wurden die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und die Mindestausbildungsvergütung hart erkämpft. Auch die Ausbildungsplatzgarantie findet sich Dank unserem Einsatz im Koalitionsvertrag wieder. Leider gibt es für das duale Studium immer noch keine gesetzliche Grundlage im BBiG und die Mindestausbildungsvergütung reicht leider auch bei vielen nicht aus, um ihren Lebensunterhalt alleine zu stemmen.

Ist es schwer, junge Mitglieder zu gewinnen?

Viele wissen einfach nicht, was die Gewerkschaft wirklich für uns alle macht. Und welchen Einfluss sie auf die Politik hat. Auch ich bin erst der Gewerkschaft beigetreten, als ich JAVi wurde. Bei meinen ersten Seminaren wurde mir richtig bewusst, wie wichtig

jedes einzelne Mitglied ist und dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Die Kolleg*innen müssen entschieden mehr in diesen Prozess mitgenommen und beteiligt werden. Leider findet das Thema Gewerkschaft in den Lehrplänen kaum bis gar keine Erwähnung. Dabei sind Gewerkschaften die einzige Lobby für Arbeitnehmende.

Bildung und Aufklärung sind hier die wichtigsten Instrumente. Jedoch müssen wir die Leute erstmal tüchtig motivieren, zu unseren Veranstaltungen zu kommen, wo es nicht um Halligalli geht, sondern um die Zukunft. Vielleicht sollten wir neue und andere Wege finden, um Transparenz für unsere Arbeit und Erfolge zu schaffen.

Hast du noch Zeit für Hobbys?

Ich bin sehr glücklich mit meiner Arbeit und habe mich mit den Jahren immer weiterentwickelt. Außerdem reise ich sehr gerne. Durch meine Zeit in Neuseeland und Erasmus-Veranstaltungen, an denen ich durch den Landesjugendring Schleswig-Holstein teilnehmen konnte, habe ich viele Freund*innen und Bekannte in der Welt verstreut, bei denen ich unterkommen kann. Kraft schöpfe ich aus tollen Freundschaften, im Kreise meiner Familie und ab und an, wenn ich mal Zeit habe, finde ich kochen und backen sehr entspannend.

Über was macht sich die Jugend heute am meisten Gedanken?

Oh, das ist ein ganzes Feuerwerk – vom Thema Ausbildungsplätze, über Klimawandel und Fachkräftemangel bis hin zur Work-Life-Balance. Größte Herausforderung für die nächste Zeit ist es zweifels-

für die Jugend zu sein«



Foto: Privat

Finja-Lee Bethke (24) ist Betriebsrätin und Biologielaborantin bei der Bayer AG und Mitglied im Bezirksvorstand sowie im Bezirksjugendausschuss Berlin-Mark Brandenburg. Sie ist Mitglied im Bezirksvorstand des DGB Berlin-Brandenburg, in Stellvertreterinnenfunktion im Beirat der IGBCE und hat seit neuestem ein Jugendmandat in der Tarifkommission Chemie Nordost.

ohne, den Wandel in die neue, digitalisierte Arbeitswelt zu schaffen. Außerdem sind in Berlin die Themen Wohnen und umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie in der DGB-Jugend gerade sehr aktuell.

Dann steht im Oktober die nächste Tarifrunde in der chemischen Industrie an. Und selbstverständlich steht auch das Thema Bildung ganz oben auf unserer To-do-Liste.

Was sind deine Pläne?

Meiner Meinung nach müssen wir mehr fordern. Denn eines ist klar: Gute Arbeitsbedingungen sind ein bewährtes Mittel, um junge Beschäftigte zu bekommen und zu halten. Die nächsten Jahre werden sehr viele Veränderungen mit sich bringen. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserer Jugendarbeit kräftig dabei unterstützen können, dass diese sozial gerecht ablaufen werden.

Gespräch: Karin Aigner

NEUE JUNGE MITGLIEDER GEWINNEN



Alexander Stopp (40) ist begeisterter und erfolgreicher »Überzeugungstäter«, um junge Menschen mit ins Boot der Gewerkschaft zu holen: »Es macht mir große Freude, die Jugend auf die vielen positiven Arbeitsbedingungen im Unternehmen hinzuweisen, die über viele Jahre mit den Gewerkschaften erkämpft wurden. Als Betriebsrät*innen organisieren wir mit unserer Jugend- und Auszubildendenvertretung schon sehr zeitig Termine, um für die Mitbestimmungsarbeit zu überzeugen.«

Alexander Stopp ist stellvertretender BR-Vorsitzender des Gemeins. Betriebsrats Chemnitz der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM & MITNETZ GAS



25 JAHRE ERFOLGREICH IGBCE



FAMILIENTAG

Samstag, 1. Oktober 2022
von 10 bis 17 Uhr

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir möchten wieder gemeinsam mit euch einen **Familientag im BELANTIS-Freizeitpark** verbringen und laden euch gern dazu ein.
Euer Eigenanteil ist:

Erwachsene Mitglieder	16,- € statt 42,90 €
Kinder (bis 16 J. / von Mitgl.)	16,- € statt 37,90 €
Weitere Angehörige	32,- € statt 42,90 €



Die Tickets könnt ihr auf der Internetseite des Landesbezirkes nordost.igbce.de bestellen.

KOMMENTAR

Foto: Stephen Petrat



FRANK LÖLLGEN
Landesbezirksleiter
Nordrhein
frank.loellgen@igbce.de

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unter den massiv gestiegenen Kosten bei der Gas- und Energieversorgung leiden Beschäftigte und Betriebe. Die Arbeitnehmer*innen ächzen unter den zusätzlichen Belastungen beim Wocheneinkauf, bei den anstehenden Nachzahlungen und an der Zapfsäule. Wir fordern eine spürbare Entlastung der Beschäftigten und Unternehmen.

Gaspreisdeckel für Privatpersonen und Unternehmen

Daher brauchen wir einen Deckel auf Gas- und Energiepreise, um energieintensive Betriebe und jene, die Gas als Rohstoff nutzen, gezielt zu unterstützen. Andernfalls droht eine Schiefelage, die unseren Wirtschaftsstandort und Wohlstand nachhaltig beschädigt. Wir brauchen Instrumente, um Wertschöpfung und damit Beschäftigung zu erhalten. Dieser Gaspreisdeckel muss auch für Privatpersonen gelten, die ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Heizung im Winter darf kein Luxus sein!

Starke Schultern müssen mehr beitragen als die Schwachen

Nicht die Arbeitnehmer*innen sollen die Lasten dieser Krise tragen. Die Entlastungspakete der Bundesregierung gehen zwar in die richtige Richtung, sind aber noch nicht ausreichend und zielgenau. Deshalb müssen weitere Entlastungspakete folgen, die vor allem die Beschäftigten, Rentner*innen und Familien in den Fokus nehmen. All diese Maßnahmen sollen durch eine gerechte Besteuerung von Vermögen und eine Übergewinnsteuer finanziert werden. Nicht die Gehälter, sondern die Vermögen sollen die Maßnahmen finanzieren!

IGBCE ist organisierte Solidarität

Wir erleben derzeit unzählige Herausforderungen zeitgleich. Gerade der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins hat uns in eine schwerwiegende Krise gestürzt, dessen Folgen kaum abzusehen sind. Wir führen derzeit intensive Gespräche mit Politik und Wirtschaft, um mögliche Folgen abzumildern und kämpfen für Entlastungen und Stabilität. Wir stehen euch mit Rat und Tat zur Seite, gerade wenn euer Betrieb in Schiefelage gerät und ihr Unterstützung braucht. Wir brauchen dafür eure Solidarität, um eure Interessen schlagkräftig zu vertreten. Daher lade ich euch ein: Macht mit, stärkt uns den Rücken! – Damit wir euch stärken können. Gemeinsam sind wir stärker!

Euer Frank Löllgen

Deutlich mehr Mitbestim

NORDRHEIN | Alte Gremien bestätigt und etliche neue Betriebsräte

Neben den Wahlen bestehen der Gremien ist es im Landesbezirk auch in diesem Jahr wieder zu einigen Betriebsratsneugründungen gekommen. »Der Stellenwert einer funktionierenden Mitbestimmung ist vor allem in so herausfordernden Zeiten wie diesen absolut unerlässlich, um die Rechte und Interessen unsere Mitglieder vor Ort zu vertreten«, sagt Landesbezirksleiter Frank Löllgen. Die Basis dafür bilde ein starker Betriebsrat. »Es freut mich daher jedes Mal aufs neue, wenn wir einen weiteren Betrieb in die Mitbestimmung bringen konnten.« Das sei für alle Beteiligten der Schlüssel zum Erfolg.

Eine Übersicht:

BEI BBT BIOTECH in Baesweiler wurde ein 3-köpfiger Betriebsrat gewählt, der geschlossen aus IGBCE-Mitgliedern besteht. Und auch sonst ist der Organisationsgrad im Unternehmen mit der Wahl deutlich gestiegen. Der Pharmazeutikhersteller, der mit rund 35 Beschäftigten unter anderem Harnsäure produziert, hatte in Baesweiler schon einmal einen Betriebsrat. Als der verstarb, verschwand das Gremium als Formalie in den Aktenschränken. Nachdem jetzt aber innerhalb der Belegschaft der Unmut über Arbeitsbelastung, ungerechte Behandlung und unfaire Bezahlung aufkam, wurde wieder ein Betriebsrat eingeführt. So wie an den anderen Standorten des Konzerns, soll jetzt auch in Baesweiler nach Tarif gezahlt werden. Nächstes Ziel wird dann der Konzernbetriebsrat sein.

BEI UNIVERSAL POLYTHEX in Übach-Palenberg gibt es

nun einen 7-köpfigen Betriebsrat. Auch hier wurde der Organisationsgrad erheblich gesteigert. Das Unternehmen fertigt unter anderem Kunststoffplatten und hat 180 Beschäftigte. Pikant: Als die IGBCE über einen offiziellen Anbieter eine Plakatwand auf dem Firmengelände mietet, um Werbung für die Wahl und die IGBCE zu machen, beauftragt die Geschäftsleitung einzelne Beschäftigte, um Plakate abzureißen.

»Wir haben auf Eskalation verzichtet und die Wahlen einfach durchgezogen«, erklärt Jörg Erkens, verantwortlich für die Neugründung von Betriebsräten im zuständigen Bezirk Alsdorf. Nach den erfolgreichen Wahlen geht das neue Gremium eine Vielzahl von Aufgaben an. Unter anderem will man mit der Geschäftsleitung Betriebsvereinbarungen zum Gesundheitsschutz und zur Arbeitszeit abschließen.

DIE GEOTAIX GMBH in Würselen, ein Spezialist für Umweltanalytik, hat ihren 5-köpfigen Betriebsrat mitten in der Pandemie gegründet. Der Wahlvorstand wurde in einer Halle bestimmt, in der sonst große Hochzeiten veranstaltet werden. »Umgeben von Dekoration und schicken weißen Stühlen haben wir die Wahl auf den Weg gebracht«, erinnert sich Gewerkschaftssekretärin Anna Wilhelmi. Erste große Herausforderung für den neuen Betriebsrat war ein Eigentümerwechsel. Die Inhaber haben das kleine Unternehmen an die deutsche GBA-Group verkauft. Inzwischen hat sich der Betriebsrat auch der Wiederwahl im Rahmen des turnusmäßigen Wahlzeitraums gestellt.

mung für die Beschäftigten erreicht

im Landesbezirk Nordrhein gegründet

AUCH BEI MATRICEL in Herzogenrath, einem Pharmahersteller mit knapp 50 Beschäftigten, gibt es seit diesem Sommer auch Dank der IGBCE einen Betriebsrat. Bei dem Unternehmen, das Kollagen herstellt, war das Interesse am Betriebsrat so groß, dass sich in der ersten Wahlversammlung knapp 10 Kandidaten für das 3er-Gremium fanden. »Wir versuchen, wenn möglich, vor der Betriebsratswahl unsere IGBCE mit einem Organisationsgrad von 20 Prozent im Betrieb zu etablieren«, erklärt Jörg Erkens die Vorgehensweise seines Bezirks Alsdorf. Dann gehe nach der Wahl der Kontakt nicht ver-

loren. »Wenn die Situation im Betrieb heikel ist, starten wir aber natürlich auch ohne diesen Organisationsgrad durch.«

BEI ALVOTECH in Jülich, einem Pharmaunternehmen mit isländischer Mutter, war dies der Fall. Die IGBCE erreichte der Hilferuf, dass ein Betriebsrat dringend gebraucht würde, um willkürlichen Entlassungen vorzubeugen. Unternehmen versuchen nicht selten, die Wahl eines Betriebsrates zu unterbinden. So auch die Alvotech GmbH, die es beim Nachweis der Zuständigkeit der IGBCE derart genau nahm, »dass wir zwei notarielle Tatsachenfest-

stellungen brauchten, um uns Zutritt zum Unternehmen zu verschaffen«, erinnert sich Jörg Erkens. Der Versuch des Betriebs, mit managementnahen Beschäftigten den Betriebsrat lenkungsfreundlich zu gestalten, scheiterte am besonnenen Wahlverhalten der Mitarbeitenden. Inzwischen hat das Gremium seine Arbeit aufgenommen.

DIE CONTINENTAL REIFEN Deutschland GmbH demonstriert beispielhaft, dass auch betriebliche Sondersituationen im Bezirk Alsdorf zu Betriebsratsgründungen führen können und im Rahmen der jüngst stattgefundenen Wahlen tat-

sächlich führten – so wurde nämlich im Aachener Werk des Unternehmens eine Abteilung abgespalten: Der Behälterbau, der elastische Tanks für Flugzeuge und Hubschrauber, Militär- und Rennfahrzeuge herstellt. Der Bereich wurde aus dem Unternehmen herausgelöst und als Continental Fuel Storage Systems GmbH auf eigene Füße gestellt.

Im Rahmen des turnusmäßigen Wahlzeitraums wurde bei der neuen GmbH mithilfe der IGBCE ein eigenständiger Betriebsrat etabliert, sodass in der Aachener Philippsstraße aktuell zwei Betriebsräte die Mitbestimmung repräsentieren.

Zwei JAV- und Jugendreferenten neu im Amt



Foto: Vanessa Heigers

Überzeugte Gewerkschafter: Marc Posecker (links) und Yannik Scherf.

LEVERKUSEN/KÖLN-BONN | Marc Posecker ist im IGBCE-Bezirk Leverkusen und im Bezirk Alsdorf tätig. »In Leverkusen sind meine Hauptziele, den Generationswechsel in den JAV-Gremien sauber zu begleiten und Gremienarbeit zu stärken, außerdem als IGBCE wieder mehr Präsenz zu zeigen.« In Alsdorf schaue er sich an, wie Gremien- und Gewerkschaftsarbeit in einer sich verändernden Ausbildungs- und

Arbeitswelt erfolgreich funktionieren können. Zusätzlich plane er Bildungsveranstaltungen zum Thema Demokratie.

Seinen beruflichen Werdegang begann Marc in einem Rewe-Markt, erst als geringfügig Beschäftigter, später als Azubi. »Dort hatte ich auch den ersten Kontakt zu einer Gewerkschaft. Nach einem Jahr wechselte ich in die Ausbildung zum Chemikanten.« Im Sommer 2022 macht er seinen Ab-

schluss und engagiert sich seither in verschiedenen Gremien der IGBCE. »Solidarität und Zusammenhalt, um gemeinsam auf ein Ziel hinzuarbeiten – das ist in meinen Augen der Treibstoff, der es unterschiedlichsten Menschen ermöglicht, außergewöhnliche Ergebnisse zu erzielen«, sagt Marc über seine Beweggründe für das ehrenamtliche Engagement. Und da sei auch noch der Kontakt zu den verschiedensten Menschen. »Die Möglichkeit, gemeinsam zu gestalten und sich dabei persönlich entwickeln zu können – all das in Kombination macht für mich den Reiz aus.«

Yannik Scherf ist der neue JAV- und Jugendreferent im Bezirk Köln-Bonn. Zuvor hat der 27-Jährige an der Universität Duisburg-Essen Politikwissenschaften studiert und in der politischen Kommunikation für Abgeordnetenbüros im Land-

tag, Bundestag und Europäischen Parlament gearbeitet. Die ersten Wochen seien schwungvoll vorübergegangen. Denn es standen gleich mehrere Veranstaltungen mit der Jugend auf Bezirks- und Landesbezirksebene an. »Meine Kolleg*innen im Bezirksbüro haben dafür gesorgt, dass mir der Einstieg nicht besonders schwergefallen ist und auch der Bezirksjugendausschuss hat mich herzlich aufgenommen.«

Jetzt sei der Blick schon auf die anstehenden JAV-Wahlen gerichtet. Gewerkschaftsarbeit sei für den Wahl-Mönchengladbacher vor allem deshalb so interessant, weil sich die Arbeit im Haupt- und Ehrenamt unmittelbar auf den Alltag der Mitglieder auswirke. »Solidarität wird hier praktisch gelebt und es ist schön zu sehen, dass man selbst einen Beitrag dazu leisten kann.«

GLÜCKAUF!

»Tag der Kohle«

NEUNKIRCHEN | An das Ende des saarländischen Steinkohlenbergbaus vor zehn Jahren erinnerte eine Festveranstaltung »Tag der Kohle«, zu der die Ortsgruppe Wiebelskirchen/Hangard/Münchwies gemeinsam mit dem Heimat- und Kulturverein einlud. Das gute Wetter, die Verpflegung mit Spießbraten und – als Highlight – der Auftritt des Saarknappenchors (Foto: beim Einmarsch) zogen mehr als 800 Besucher*innen in den Stadtteil Wiebelskirchen. Ortsgruppenvorsitzender Andreas Detemple betonte: »Wir wollen unsere Tradition pflegen und erinnern«. In der ortsansässigen Grube Kohlwald arbeiteten rund 3000 Menschen – etwa ein Drittel der Einwohner*innen des Stadtteils. Die Veranstaltung diente zudem als Rahmen für die Ehrung langjähriger Gewerkschaftsmitglieder.



Foto: Uwe Plack

Zu Besuch auf Duhamel

ENSDORF | Auch das »Wochenende auf Duhamel« Ende Juni erinnerte an das Aus des aktiven Steinkohlenbergbaus im Saarland vor zehn Jahren. Zur Podiumsdiskussion »Quo vadis, Saarland?« erschien Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (Foto: Bildmitte), die nach der Entscheidung Fords, sein neues E-Auto nicht in Saarlouis zu bauen, das Bundesland einmal mehr vor einem Strukturwandel sieht.

Am Samstag lud die RAG zum Tag der offenen Tür – und unterbreitete ein großes Angebot auch und vor allem für Familien. Beim »9. Tag des Bergmanns« am Sonntag trafen sich am Saarpolygon viele ehemalige Bergleute – auch zu einem ökumenischen Berg-Gottesdienst mit der Bergkapelle St. Ingbert und dem Saarknappenchor. Im Herbst soll es eine große Jubilarfeier geben, an der auch Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands, teilnehmen soll.



Foto: Uwe Plack

Kein Verständnis

LANDAU | BP will profitables Werk schließen

Das passt für IGBCE und Betriebsrat nicht zusammen: »Die BP Europa SE erwirtschaftete im 2. Quartal 2022 konzernweit einen Rekordgewinn von 8,5 Milliarden Dollar. In Landau betreibt das Unternehmen einen profitablen Standort – und dennoch soll er nun geschlossen werden«, kritisiert Gewerkschaftssekretär Fabian Haag scharf. Seit fast 50 Jahren besteht das Werk mit seinen rund 40 Beschäftigten, die hier Kühlschmierstoffe und Industriereiniger herstellen. »Doch weil der Konzern seinen Profit offensichtlich weiter maximieren möchte, will er die Produktion an seinen französischen Standort verlagern«, berichtet Haag.

Entsprechend mobilisiert die IGBCE. Der zuständige Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart (CDU) besichtigte den Betrieb und diskutierte mit den



Foto: Fabian Haag

Trotz der schlechten Nachrichten: Das Lachen will man sich bei BP in Landau nicht verderben lassen (hinten links: Betriebsratsvorsitzender Sven Schalk).

Gewerkschafter*innen rund anderthalb Stunden. Armin Grau, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, informierte sich vor Ort über die Pläne. »BP-Castrol muss klar werden, dass Politik, Bürger*innen und Mitarbeiter*innen für diesen Standort kämpfen werden«, betont Haag.

Eis für alle

LUDWIGSHAFEN | Spontane Aktion bei Abbvie

Betriebsrat, Vertrauensleute sowie Jugend- und Auszubildendenvertretung von Abbvie luden gemeinsam dazu ein, sich über die Details der tariflichen Pflegezusatzversicherung zu informieren. Dabei erwartete die Beschäftigten auch eine süße Abkühlung – passend bei den hohen Temperaturen. »Die gemeinschaftliche Zusammenar-



Foto: Dennis Schmöller

Bei Abbvie konnte sich die gesamte Belegschaft zu Careflex informieren und erfrischen.

beit bei der spontanen Organisation und Umsetzung dieses Events hat mich beeindruckt«, lobt Abbvie-Betriebsratsmitglied Dennis Schmöller.

Warum die JAV-Wahlen wichtig sind

MAINZ | Vier ausgewählte Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen benennen, was sie nach den JAV-Wahlen angehen wollen



Foto: Picture People

»Junge Menschen können über die JAV und gemeinsam mit uns ihre Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verbessern. Gute Gründe, bei den JAV-Wahlen mitzumachen!«

Nils Winterheimer
Landesbezirksjugendsekretär



Foto: Julia Wegner

Volle Agenda: Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) planen derzeit, wie und worin sie die Berufsanfänger*innen unterstützen können.



Foto: Privat

»Zwei Themen sind mir besonders wichtig: Das Neun-Euro-Ticket zog viele junge Menschen in Bus und Bahn. Womöglich wird das Fazit dieses Tests sein, dass es ein dauerhaft vergünstigtes Ticket gibt. Unser Arbeitgeber sagte einmal, wenn so etwas käme, dann übernehme er die Kosten für die Azubis. Das werden wir beobachten! Zum anderen brauchen wir Änderungen bei der Arbeitszeit. Junge Menschen leben nicht, um zu arbeiten – sondern arbeiten, um zu leben. Sie wollen mehr Freizeit, auch für das Ehrenamt in Gewerkschaft, Politik und Sport. Dieses Ziel möchten wir gemeinsam mit der IG BCE, die die Tarifpolitik macht, mittelfristig umsetzen.«

Ole Tech
JAV-Vorsitzender
Boehringer Ingelheim



Foto: Kulle

»Im Rahmen der zwei Neuanfänger*innen-Wochen hatten wir – JAV, Betriebsrat und IG BCE – am 26. August erstmals einen ganzen Tag Gelegenheit, uns den Neuen zu präsentieren. Das war eine super Veranstaltung! Wir konnten all das vorstellen, was wir bislang für die Interessen der jungen Menschen erreichen konnten – und sagen, was wir noch vorhaben. An der Ausbildung und an den Ausbildungsplätzen darf nicht mehr gespart werden! In der Gewerkschaft zu sein heißt, solidarisch zu sein. Wir müssen uns zusammenschließen, um bei den hohen Inflationsraten einen tariflichen Ausgleich zu bekommen. Ich merke selbst, wie das Leben ständig teurer wird.«

Celina Kapuscinski
stellvertretende JAV-Vorsitzende
Villeroy & Boch D&L



Foto: Privat

»Für unsere circa 2500 Azubis beginnt am 4. Oktober der Briefwahlzeitraum. Am 4. und 7. November sind die Wahllokale geöffnet. Wir wünschen uns ein starkes Votum für die nächste JAV, die wieder vieles für die Jugend bewegen will. Unsere Inhalte stellen wir an 33 Integrationstagen vor. In kleinen Gruppen wollen wir spielerisch und interaktiv die Wichtigkeit von JAV, Betriebsrat und IG BCE vermitteln und für eine Mitgliedschaft bei der IG BCE werben. Als JAV wollen wir uns auch künftig nicht nur um große Dinge, sondern auch um Details kümmern, wie beispielsweise Damenhygieneprodukte auf den Toiletten der Ausbildungsgebäude.«

Julian Körner
JAV-Vorsitzender
BASF SE



Foto: Gros Fotografie

»Wir haben bei uns ein gutes Betriebs- und Ausbildungsklima, weil uns als JAV jeder unserer knapp 40 Azubi-Arbeitsplätze wichtig ist. Im Rahmen einer Begehung haben wir jede*n einzelne*n befragt, was wir verbessern können. So gibt es bei den kaufmännischen Ausbildungsberufen klare Zuständigkeiten und Aufgaben, selbst dann, wenn die Ausbilder*innen im Urlaub sind. In der Produktion konnten wir sicherstellen, dass jede/jeder Azubi tatsächlich den gesamten Produktionsprozess kennenlernt und durchläuft. Altersbedingt kann ich nicht mehr kandidieren, hoffe aber auf eine JAV, die weiterhin mit viel Herzblut dabei sein wird.«

Sarah Mattes
JAV-Vorsitzende
Klößner Pentaplast

Erfolgreicher Ausbildungsstart

WESTFALEN | Ausbildung in Westfalen gut angelaufen/ Aber: Zahlen verharren auf niedrigem Niveau

Für viele junge Menschen beginnt jedes Jahr im August und September ein neuer Lebensabschnitt: Ihre Berufsausbildung. Im Landesbezirk Westfalen wurden auch in diesem Jahr wieder die Fachkräfte von morgen von den Jugend- und Ausbildungsvertreter*innen, den Betriebsrät*innen und der IGBCE in ihren neuen Betrieben begrüßt.

Bei der Vivawest Dienstleistungen im Bezirk Gelsenkirchen erfolgt die Vorstellung der Mitbestimmungsstrukturen traditionell beim »Tag der Mitbestimmung« im Rahmen der Einführungswoche. In dieser ersten Woche erhalten die jungen Kolleg*innen ihre Grundbesohlung nicht nur in Sachen Arbeitssicherheitskleidung oder -organisation, sondern auch in der Zusammenarbeit mit der IGBCE. Denise Haake,

Vorsitzende der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Vivawest Dienstleistungen ist sich sicher: »Gerade bei uns im Bereich Dienstleistung sind gute Tarifverträge ein dickes Plus. Wir sind happy, dass wir alle Azubis von der Mitgliedschaft in der IGBCE überzeugen konnten«, betont die gelernte Gärtnerin.

Auch im Hinblick auf Tarifverhandlungen ist es ein wichtiges Signal, dass die neuen Auszubildenden von Vivawest Dienstleistungen Mitglieder in der Gewerkschaft sind.

IM BEZIRK HAMM zeichnet sich bei den Kolleg*innen von HeidelbergCement in Paderborn ein ähnliches Bild ab. Christian Gronau, Gewerkschaftssekretär vor Ort, begrüßte im Namen der IGBCE

die neuen Azubis und konnte sie für die Solidargemeinschaft gewinnen. »Wir erleben, dass es den jungen Leuten wichtig ist, dass sie eine gute Ausbildung erhalten. Genau diese Qualität bekommen sie in unseren IGBCE-Betrieben«.

Aber auch ein bedauerlicher Trend der vergangenen Jahre setzt sich zum diesjährigen Ausbildungsbeginn in den IGBCE-Branchen fort: Es wird weniger ausgebildet, die Zahlen verharren auf dem niedrigen Pandemieniveau. Mit Betriebsvereinbarungen und Förderprogrammen will die IGBCE gegensteuern.

ZWAR ERSCHWERTE die Pandemie die Berufsorientierung, weil Berufspraktika, Ausbildungsmessen oder Zukunftstage ausfielen oder nur

digital stattfanden; für die niedrigen Zahlen kann das aber keine Rechtfertigung sein. Denn viele IGBCE-Branchen sind wirtschaftlich kaum von Corona betroffen. »Es fehlt am Engagement«, sagt Philipp Hering, Abteilungsleiter junge Generation/Ausbildung in der IGBCE. »Die Betriebe müssen mehr ausbilden, wenn sie den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung ernst nehmen. Alles andere ist unternehmerisch nicht klug«, warnt der Gewerkschafter.

Die IGBCE hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, bis zum Ausbildungsstart 2023/2024 über Betriebsvereinbarungen ein größeres Ausbildungsangebot sicherzustellen. Dort soll verbindlich geregelt werden, wie viele Personen in den kommenden Jahren ausgebildet werden.

IGBCE-Jugend organisiert Hilfe

RECKLINGHAUSEN | Jugendtreff initiiert Anlaufstelle für ukrainische Geflüchtete

Für Jugendliche ist es wichtig, Kontakt zu Gleichaltrigen zu haben – im geschützten Raum und ohne elterliche Betreuung. In unsicheren Zeiten wie der Identitätsfindung erleben sie in Gruppen Sicherheit, Geborgenheit und Verständnis.

Das gilt besonders für Jugendliche, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet sind und sich plötzlich in einem fremden Land wiederfinden. Das weiß man auch beim IGBCE-Jugendtreff Oer-Erkenschwick und dem Jobcenter. Gemeinsam haben beide ein Projekt für jugendliche Geflüchtete aus der Ukraine von



Foto: Carsten Wach

Jugendtreff Oer-Erkenschwick ist für ukrainische Heranwachsende da.

14 bis 27 Jahre gegründet. Treffen sind dienstags bis donnerstags von 18 bis 20 Uhr im Jugendtreff. Quatschen, Computerspiele, aber auch Bastel- und Bau-Aktionen sind Programm.

Damit sich die erwachsenen Begleiter*innen der Jugendli-

chen selber ein Bild machen können, dürfen sie jeden Mittwoch dazukommen. Die Treffen finden aber getrennt von den Jugendlichen statt. Und um auch die Sprachbarrieren zu überwinden, gibt es jeden Mittwoch eine russisch-

sprachige Übersetzung. »Wir dürfen diese Kinder und Jugendlichen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht alleine lassen«, sagt Jugendtreff-Leiter Carsten Wach. Er hofft, dass sich noch Bürger*innen melden, die die Jugendlichen ehrenamtlich unterstützen. So wie der Bezirksjugendausschuss (BJA) Recklinghausen, der mit einigen Mitgliedern bei der Betreuung hilft. Zusätzlich will der BJA Programme für die Eltern anbieten, die mittwochs kommen dürfen.

Wer mithelfen möchte, kann sich bei Carsten Wach melden: 0151 16365473.

Betriebsratswahlen erfreulich abgeschlossen

WESTFALEN | Neue und wiedergewählte Betriebsräte in Recklinghausen und Gelsenkirchen begrüßt

IM BEZIRK RECKLINGHAUSEN arbeiten derzeit 272 Betriebsrät*innen in den Branchen der IGBCE. Nach den turnusgemäßen Neuwahlen zwischen März und Mai diesen Jahres hat der Bezirk seine neuen betrieblichen Mitbestimmenden nun zur ersten Betriebsrätekonferenz in dieser Wahlperiode eingeladen. Die IGBCE in Recklinghausen ist zuständig für 25 000 Mitglieder und Betriebe im Kreis Recklinghausen, Herne, Dülmen und Olfen.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Herausforderungen durch die Transformation zur CO₂-neutralen Produktion – verschärft durch die Sorgen um die sichere Versorgung mit Gas in den kommenden Monaten. Für die Branchen der IGBCE ist Gas nicht nur ein wichtiger Energielieferant, sondern Rohstoff für viele Grundprodukte der chemischen und pharmazeutischen Industrie. »Betriebsrät*innen und IGBCE sind für unsere Beschäftigten die Konstante, auf die sie sich verlassen und der sie vertrauen können – mag die Welt noch so verrückt spielen«, sagte IGBCE-Bezirksleiter Karlheinz Auerhahn. Das sei eine hohe Verantwortung, die in den nächsten Monaten auf die gewerkschaftliche und betriebliche Mitbestimmung zukäme und auf die diese vorbereitet sein müsste.

In die gleiche Richtung ging auch das Grußwort von Birgit Biermann, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE. Sie sagte, dass die Angebote und Einflussmöglichkeiten der IGBCE in den Betrieben und in der Politik zwar erheblich seien. Es

benötige jetzt aber dennoch einen gemeinsamen Kraftakt, um die Krise zu überwinden und gute, tarifgebundene Industrieproduktion in Deutschland zu halten.

Im Rahmen der Konferenz präsentierten sich auch die Kooperationspartner der IGBCE – allen voran das Bildungsprogramm für Betriebsrät*innen der IGBCE und der gewerkschaftliche Arbeitsrechtsschutz.

IM BEZIRK GELSENKIRCHEN liest sich die Nachlese der Betriebsratswahlen ebenfalls als Erfolg der IGBCE: 337 Betriebsrät*innen sind es in ihren Gremien in Gelsenkirchen, Gladbeck, Essen und Bottrop. Mehr als 90 Prozent davon sind Mitglieder der IGBCE. Vor allem bei den Betriebsratspitzen konnte der Bezirk Gelsenkirchen noch einmal dazu gewinnen. Sie sind für die über 20 000 Mitglieder des Bezirks die Speerspitze der Mitbestimmung in den hiesigen Unternehmen. Zahlreiche von ihnen folgten der Einladung des Bezirks in die Veltins Arena. Anwesend waren beispielsweise Funktionsträger*innen der Ruhr Oel GmbH – BP Gelsenkirchen, die mit mehr als 2000 Beschäftigten eine der größten Arbeitgeberinnen vor Ort ist. Die Energiewirtschaft war durch Betriebsrät*innen der STEAG GmbH und der Uniper Kraftwerke GmbH mit an Bord. Und auch die energieintensiven Betriebe aus der chemischen Industrie und der Glasindustrie waren vertreten. Durch die Vivawest-Gruppe mit ihren 2000 Beschäftigten war auch die Wohnungswirtschaft gut aufgestellt.



Foto: Bezirk Gelsenkirchen



Foto: Verena Gärtner

Oben: In Gelsenkirchen folgten der Einladung des Bezirks rund 50 Betriebsrät*innen. Unten: Konzentrierte Gesichter: Das Plenum der Veranstaltung. Betriebsrätekonferenz in Recklinghausen.

EINE NEUE ÄRA der Betriebsräte hat begonnen«, betonte IGBCE-Bezirksleiter Thomas Steinberg bei der Eröffnung. Die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit hätten während der Lockdowns zugenommen und gäben ein neues Tempo in der Arbeitswelt vor. Das sei nicht mehr wegzudenken und gelte für die Betriebsräte von heute als Normalzustand. »Der Trend wird anhalten«, sagte dazu Michael Porschen aus der Abteilung Gute Arbeit/Betriebspolitik in der Hauptverwaltung.

Auch um die steigenden Energiekosten und um die Frage »Wie kommen wir über den Winter?« ging es. Be-

dingt durch den Krieg in der Ukraine stehen auch die Branchen der IGBCE unter Druck. Die deutsche Gasversorgung – essenziell für die Industrie – muss neu aufgestellt werden. Ein Thema, das auch DGB-Regionsgeschäftsführer Mark Rosendahl in seinem Grußwort aufnahm.

DIE MESSAGE DER strategischen Betriebsrätekonferenz in Gelsenkirchen war klar: »Wir wollen hier im Revier gemeinsam die Zukunft gestalten«, betonte Thomas Steinberg final. »Im engen Schulterschluss mit den Beschäftigten vor Ort, den Schwestergewerkschaften im DGB und mit den Entscheidungsträger*innen vor Ort.«



ANDREAS SCHLEEP zeigt Gästen als Besucherführer im Trainingsbergwerk Recklinghausen, wie sich die Arbeit unter Tage angefühlt haben muss.



Fotos (2): Frank Rogner

Bergbau zum Anfassen

Die Strecke ist eng. Über den Köpfen schlängeln sich unzählige Stromkabel und Rohre. Die Luft ist stickig und schwül. Es riecht nach Gestein und Schmieröl – nach Bergbau. Als die Walze anfängt zu rattern, spürt man es am eigenen Leib: So muss sich die Arbeit unter Tage angefühlt haben. Wo einst bis

bergwerk Recklinghausen war selbst bis 2006 als Steiger unter Tage. Schon mit 50 ist er in den Vorruhestand gewechselt. So wie viele Bergleute.

Als sich 2020 die Möglichkeit ergab, beim Trainingsbergwerk einzusteigen, war Andreas anfangs zögerlich. Doch beim Betreten des Berges war es um ihn

»Kostprobe gefällig?« Andreas hebt den 17 Kilo schweren Abbauhämmer hoch und schaltet ihn ein. Der ohrenbetäubende Lärm ist kaum auszuhalten.

In anderthalb bis drei Stunden können Gruppen von bis zu 25 Personen über die Strecken laufen, die in einer Halde angelegt wurden, um die Arbeit unter Tage zu simulieren. Im Jahr 1975 hat die RAG den Berg zum Ausbildungsstandort ausgebaut. 70 bis 80 Ausbilder waren täglich mit den 200 Auszubildenden zu Gange. Heute trainiert dort noch die Grubenwehr. Der Betrieb läuft komplett ehrenamtlich. Rund 100 ehemalige Bergleute und Männer, die sich der Zeche verbunden fühlen, kümmern sich um die Besucher*innen und die Instandhaltung. Bis zu fünf Führungen finden täglich statt – es gibt Schnupper-, Aktiv- und Erlebnisführungen. *Leo Kölzer*

»Beim Betreten des Berges wusste ich, wo ich hingehöre.«

zu 200 Auszubildende lernten, erkunden heute Neugierige mit Helm und Fahrmantel die 1250 Meter langen Strecken im Trainingsbergwerk Recklinghausen. Mit bis zu 17 Metern Gestein über dem Kopf können Besucherinnen und Besucher dort Bergbau erleben. Das Besondere: Es geht nicht hinab, sondern geradeaus. »Wir befinden uns unter einer Bergehalde und bleiben ebenerdig«, sagt Andreas Schleep. Der Besucherführer im Trainings-

geschehen: »Da wusste ich wieder, wo ich hingehöre und was mir die ganze Zeit gefehlt hat.« Seine Lieblingsführung ist die sogenannte Aktiv-Führung. »Dann lassen wir nämlich die Maschinen laufen – machen ganz schön Krach und Radau«, sagt Andreas und zeigt auf ein Ungetüm, das auch die Besucher*innen fahren dürfen. Hier ist ein Seitenkipplader, dort der Bohrhämmer, da der Ladepanzer. Andreas blickt in Richtung des Walzenschrämladers.

Infos und Buchungen unter 02361 3038910 oder trainingsbergwerk.de



Attraktiv für alle

AUF DEN ERSTEN BLICK mag das Thema widersprüchlich erscheinen. Was haben akademische und außertariflich Beschäftigte und Gewerkschaften schon gemein? Doch bereits der zweite Blick offenbart, warum sich eine Kooperation für beide Seiten lohnen kann.



Foto: Peter Kaplan

Bewusstsein schaffen

IN DEN BRANCHEN DER IGBCE steigt der Anteil der Hochqualifizierten, die überdurchschnittlich oft außertariflich eingruppiert werden. Die IGBCE möchte als Interessenvertretung auch dieser Beschäftigtengruppe eine gewichtige Stimme in der Arbeitswelt verleihen.

Wir erleben eine zunehmende Akademisierung und einen rasanten Wandel der altbekannten Arbeitswelt: Traditionelle Berufsbilder verschwinden, neue Tätigkeitsfelder und Branchen entstehen. So finden sich auch in den Reihen der IGBCE immer mehr hochqualifizierte Beschäftigte aus den Bereichen Forschung und Entwicklung, Marketing, Labor sowie Ingenieurwesen. Ziel der IGBCE als Zukunftsgewerkschaft muss es sein, auch diesen Menschen ein attraktives Angebot zu machen

und ihnen eine gewichtige Stimme in der Arbeitswelt zu verleihen.

DAMIT DAS GELINGT, hat die IGBCE ihre Kompetenzen und Leistungen in KAAT.net gebündelt – einem gewerkschaftlichen Netzwerk für kaufmännische, akademische und außertariflich Beschäftigte. »Die IGBCE vertritt die Interessen aller Beschäftigtengruppen, auch die der KAAT-Beschäftigten«, so Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes. »Das haben wir noch nie so

konsequent und mutig gemacht wie aktuell.« Im Juni veranstaltete die IGBCE in Frankfurt bereits den 2. KAAT-Dialog, bei dem rund 90 Teilnehmende intensiv diskutierten (Foto): Warum lohnt sich Gewerkschaft auch für KAAT-Angestellte, was sind ihre Themen und wo müssen wir als IGBCE noch stärker werden?

Grioli stellte beim KAAT-Dialog klar: »Als solidarische Organisation muss es unser Anspruch sein, die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigtengruppen zu verbessern. Dafür müssen wir aber auch

für alle ansprechbar und attraktiv sein – und genau das sind wir mit dieser Initiative auch.« Für den Vorstand ist klar: »Wir als Gewerkschaft, aber auch Betriebsräte und Vertrauensleute, müssen für KAAT-Beschäftigte die natürlichen Ansprechpartner*innen sein. Wir wollen sie an unseren Strukturen beteiligen, ihre Themen und Probleme hören – und am Ende gemeinsam auch Lösungen erarbeiten und umsetzen.«

MARKUS KANONENBERG ist Betriebsrat bei Yncoris – einem Chemieparksdienstleister in NRW – und als Betriebsingenieur selbst ein AT-ler (Außer Tarif). Seiner Meinung nach fühlen sich viele AT-Angestellte mit ihren Themen immer noch unterrepräsentiert. »Vor allem jungen Akademiker*innen, die grade erst ins Arbeitsleben starten, ist oft nicht klar, warum sie Gewerkschaftsmitglieder werden sollten. Mit ihnen müssen wir ins Gespräch kommen.« Mit Beginn seiner Ausbildung trat Kanonenberg in die Gewerkschaft ein. »Das Solidarprinzip hat mich direkt überzeugt.« Als er vom Tarif ins AT-Verhältnis wechselte, stellte er seine IGBCE-Mitgliedschaft auf den Prüfstand. »Ich war an dem Punkt, wo ich entscheiden musste, ob ich in der Gewerkschaft bleibe, was es mir in der neuen Situation bringt – und habe mich schließlich dafür entschieden. Auch, weil innerhalb der IGBCE bei dem Thema grade viel passiert.« Der Ingenieur räumt ein: »Den Universalschlüssel, der alle Probleme für AT-ler löst, gibt es nicht. Es ist und bleibt ein individuelles Arbeitsverhältnis und am Ende muss man schauen, ob und wie Gewerkschaften mit ihren Angeboten helfen können.«

EVELINE WENGLER, langjährige Betriebsrätin bei Bayer, schätzt die Situation ähnlich ein: »Wir haben zwar tausend gute Argumente. Aber leider bekommen viele AT-Angestellte überhaupt nicht mit, was wir für sie im Alltag regeln, auch wichtige Dinge wie Arbeitszeiten, oder am Ende über den Tarif auch das Thema Bezahlung. Denn im Prinzip sind sie genauso abhängig Beschäftigte wie alle anderen auch – mit Sorgen und Nöten. Da müssen wir als Gewerkschaft deutlich sagen: Hallo, hier ist unser Angebot, greift zu.«

Fest steht: AT-Beschäftigte sind häufig schlecht gewerkschaftlich organisiert. Oft fehlt es ihnen am grundlegenden Bewusstsein, dass sie als Beschäftigte ebenfalls von der kollektiven Interessenvertretung gegenüber ihrem Arbeitgeber profitieren. Denn über das Betriebsverfassungsgesetz haben Betriebsräte auch Mitbestimmungsrechte für AT-Beschäftigte. Die Zielsetzung der IGBCE lautet daher: Bewusstsein für die Vorteile gewerkschaftlicher Interessenvertretung schaffen – und am Ende die Gewinnung neuer Mitglieder.

Aber was macht eigentlich den AT-Status aus und warum ist wirkt er auf Beschäftigte so attraktiv? Zunächst kann es einen AT-Status nur dort geben, wo es auch Tarifverträge gibt, erklärt Peter Voigt, IGBCE-Justiziar und Leiter der Abteilung Rechtspolitik/Rechtsschutz. Auch sei der AT-Status nicht gesetzlich definiert, so der Jurist. In der Regel umfasst der AT-Bereich Jobs und Positionen, an die höhere Qualitäts- und Tätigkeitsanforderungen gestellt werden. Damit geht auch eine höhere Bezahlung einher – sie muss oberhalb der höchsten tariflichen Entgeltgruppe liegen.

SEIT EINIGER ZEIT werden immer mehr Beschäftigte als AT eingestellt, wie Voigt beobachtet – und nicht selten werden die (vermeintlich) lukrativen Verträge vom Arbeitgeber genutzt, um etwa erhebliche Mehrarbeit pauschal mit dem Gehalt abzugelten oder im Tarifvertrag festgelegte Regeln zu umgehen. Dazu sagt IGBCE-Vorstandsmitglied Grioli: »Beim Blick auf die Arbeitszeit grenzt das nicht selten an Selbstausbeutung. Die unbezahlte Mehrarbeit kommt am häufigsten bei Hochqualifizierten sowie bei Beschäftigten mit flexiblen Arbeitszeitmodellen vor, wie etwa Vertrauensarbeitszeit, die wiederum im AT-Bereich sehr verbreitet ist.« Und: Nicht überall, wo AT draufsteht, steckt am Ende auch mehr Geld drin! Tabea Bromberg aus der Abteilung Gute Arbeit und Betriebspolitik klärt auf: »Es gibt in der Chemie- und Pharmaindustrie keinen prozentual definierten Abstand zwischen AT und der höchsten tariflichen Entgeltgruppe.«

Eine außertarifliche Bezahlung bleibt für viele Menschen aber noch immer

eine lohnende Sache – auch und vor allem dank erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit. Denn: Ein guter Tarifabschluss kommt am Ende auch AT-Angestellten zu gute.

Zwar bilden gewerblich Beschäftigte nach wie vor das Rückgrat der IGBCE. Aber nur mit einem hohen Organisationsgrad in allen Beschäftigungsgruppen kann die Organisation auch in Zukunft für alle die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Erste Erfolge der KAAT-Offensive sind bereits messbar. »Unser Einsatz zahlt sich aus, denn seit zwei Jahren treten zunehmend mehr KAAT-Beschäftigte in die IGBCE ein und wir wachsen in diesem Bereich«, so Grioli.

WIE SCHWIERIG ES IST, in neuen Branchen und Betrieben Fuß zu fassen, erklärt Patrick Schall, Gewerkschaftssekretär und Betriebsbetreuer von BioNTech in Mainz. Konzernweit ist das Unternehmen (ausgenommen der Standort Marburg) eine tariffreie Zone. Alle Versuche, einen Tarifvertrag zu verhandeln, wurden vom Arbeitgeber geblockt. Das sorgt für Unmut unter den Beschäftigten, unter anderem wegen der intransparenten Vergütungsstruktur, hoher Arbeitsbelastung oder mangelnder Führungskultur. Gleichzeitig sind die Beschäftigten aber hoch motiviert und bereit, stärkere Arbeitsbelastungen dauerhafter in Kauf zu nehmen, fasst Schall die Situation bei dem Biotech-Senkrecht-Starter zusammen. »In Mainz konnten wir mittlerweile eine Betriebsvereinbarung durchsetzen, die Mehrarbeitszuschläge in Zeit regelt. Mit diesem Spagat versuchen wir, Akademikerinnen und Akademiker von den Ideen der IGBCE zu überzeugen«, erklärt Schall.

Ein Beispiel, dass es sich auch für AT-Beschäftigte lohnt, sich mit dem Tarifvertrag auseinander zu setzen, zeigt die Pflegezusatzversicherung CareFlex Chemie. In der Tarifrunde 2019 mit den Chemiearbeitgebern verhandelt, kann die komplett vom Arbeitgeber finanzierte, tarifliche Versicherung auch für AT-Angestellte abgeschlossen werden. Mehr als die Hälfte der teilnahmeberechtigten Unternehmen hat das Angebot für seine AT-Angestellten bisher genutzt.

Denis Lichte



Foto: Jens Schulze

Mitmachen erwünscht!

SOZIALWAHL? Da zucken viele mit den Schultern. Doch die »Soziale Selbstverwaltung« ist ein wichtiges Instrument, um die Interessen der Versicherten zu wahren – gerade in Zeiten leerer Kassen. Wir stellen zwei Ehrenamtliche vor, die sich für Versicherte stark machen.

Wenn Carina Laube ankommt, dann stehen manchmal schon Kaffee und Kuchen auf dem Tisch. »Die älteren Leute freuen sich, dass mal Besuch kommt«, erzählt die 41-Jährige aus Zwenkau bei Leipzig. Und während sie hilft, etwa einen Antrag auf Witwenrente zu stellen, erzählen sie ihr eine Menge aus ihrem Leben.

Das Ehrenamt als Versichertenberaterin bei der Knappschaft Bahn See ist für sie eine Herzensangelegenheit, erzählt Carina Laube. »Meine Mutti hat das zwanzig Jahre lang gemacht.« Nach dem Tod der Mutter haben ihre beiden Töchter ihr Ehrenamt übernommen. »Geerbt«

hat Carina Laube auch das Engagement in der IGBCE. Dabei arbeitet sie als Erzieherin in einer ganz anderen Branche. Sie mag die Abwechslung, erzählt sie: Tagsüber die Arbeit mit Kindern, abends Senior*innen mit ihren Rentenanträgen helfen. »Es macht wirklich Spaß«, sagt die Mutter von zwei kleinen Kindern, »und ich hoffe, dass mir auch jemand hilft, wenn ich irgendwann Unterstützung brauche.«

DA HAT SIE ETWAS GEMEINSAM mit Ludger Hamers: Ansprechbar sein, Ängste und Sorgen der Versicherten anhören und die richtige Telefonnummer wissen,

unter der es Hilfe gibt, ist auch für ihn ein wesentlicher Teil seines Ehrenamtes. Er engagiert sich als alternierender Verwaltungsratsvorsitzender der Viactiv Krankenkasse, alternierender Verwaltungsratsvorsitzender im Landesverband Nordwest der Betriebskrankenkassen und im Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands. Hier vertritt er die Interessen der Versicherten: Er sorgt dafür, dass ihre Krankenkassenbeiträge für etwas ausgegeben werden, was ihnen auch wirklich zugutekommt – und nicht den Lobby-Verbänden im Gesundheitswesen.

Bis zum 31. Mai 2023 haben alle Versicherten die Chance, ihre Vertreterinnen

Aktiv für die Interessen der Versicherten:
Carina Laube (Foto links) und Ludger Hamers
(Foto rechts) engagieren sich in der Selbst-
verwaltung der Krankenkassen.

und Vertreter bei den Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen zu wählen. Gleichzeitig wählen die Arbeitgeber ihre Vertreter*innen. Die Gremien der »Sozialen Selbstverwaltung« – Verwaltungsräte und Vertreterversammlungen – bestimmen die Politik der Sozialkassen und wählen die Versichertenberaterinnen und -berater wie Carina Laube. Gewerkschaften – auch die IGBCE – und andere zivilgesellschaftliche Organisationen schicken ihre Abgesandten ins Rennen. Nicht in jedem Fall findet allerdings wirklich eine Wahlhandlung statt. Bei einer »Friedenswahl« verständigen sich alle Organisationen auf eine gemeinsame Vorschlagsliste. Bei den großen gesetzlichen Krankenkassen und der Rentenversicherung ist allerdings eine »Urwahl«, eine echte Abstimmung, die Regel.

HIER IST ES WICHTIG, eine Stimme abzugeben – und damit ein Statement für die Macht der Versicherten, erklärt Vanessa Westphal, Fachsekretärin in der Abteilung Sozialpolitik, Arbeits- und Gesundheitsschutz der IGBCE. »Die Lage der Krankenkassen ist desolat«, sagt sie. »Wir müssen weitere Kürzungen im Leistungskatalog verhindern.« Die IGBCE tritt dafür ein, dass zum Beispiel eine Brille wieder von der Kasse bezahlt wird und eine Zahn-Zusatzversicherung nicht mehr nötig ist, um mit einem funktionsfähigen Gebiss alt zu werden.

»Ein Ergebnis der Selbstverwaltung ist, dass wir einen sehr guten Service für unsere Versicherten erreicht haben«, sagt Ludger Hamers mit Stolz. Ist zum Beispiel die Entscheidung für eine Pflegestufe gefallen, dann sind innerhalb einer Woche die Informationen der Viactiv Krankenkasse dazu im Briefkasten und das Pflegegeld auf dem Konto. Wünschen sich Versicherte eine bestimmte Therapie, dann ist das zwar nicht immer realisierbar. Doch der Verwaltungsrat besteht darauf, dass die Mitarbeitenden ein offenes Ohr



Foto: Frank Rogner

haben – und Ideen, was man stattdessen versuchen könnte. Die Ehrenamtlichen legen auch fest, was den Markenkern einer Krankenversicherung ausmacht: Beahlt sie ihren Versicherten Naturheilverfahren? Oder fördert sie eher Sport und Bewegung wie die Viactiv Krankenkasse? Als aktiver Marathonläufer geht der Verwaltungsratsvorsitzende Ludger Hamers mit gutem Beispiel voran.

TROTZ ALL DIESER PLUSPUNKTE: Die »Soziale Selbstverwaltung« ist in Gefahr, warnt er. Immer öfter kommt es vor, dass der Bundestag oder der Gesundheitsminister in die Angelegenheiten der Sozialkassen hineinregieren. So hat zum Beispiel der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn den Fachärzten einen Bonus bewilligt, wenn sie neue Patient*innen annehmen – mit dem Ergebnis, dass Erkrankte oft monatelang keine Termine bekommen. »Das wurde über unsere Köpfe hinweg eingeführt.« Um so wichtiger ist, meint Ludger Hamers, dass viele Versicherte an der Wahl teilnehmen und die Selbstverwaltung stärken.

Der 53-Jährige aus Haltern am See ist eher durch Zufall in seine Ehrenämter gekommen, erzählt er schmunzelnd. In den 1990er-Jahren wurde ein junger Betriebsrat für den Verwaltungsrat der Betriebskrankenkasse gesucht – »und alle

guckten mich an«. Zehn Jahre später guckten ihn wieder alle an. Diesmal wurde eine erfahrene Person für den Verwaltungsratsvorsitz der inzwischen gewachsenen Kasse gesucht. Und so ging es weiter.

Doch wer Lust hat, sich in dem Bereich zu engagieren, muss nicht warten, bis er oder sie gefragt wird, rät Vanessa Westphal. Interessierte können sich einfach an ihren IGBCE-Bezirk oder an die Hauptverwaltung wenden.

2023 WERDEN VIELE POSITIONEN neu zu besetzen sein. Denn in der Selbstverwaltung der Krankenkassen ist dann eine Geschlechterquote von 40 Prozent vorgeschrieben. Bei den Renten- und Unfallkassen ist das eine Soll-Bestimmung. »Das ist eine große Chance, uns zu verjüngen und Frauen zu gewinnen«, sagt Ludger Hamers. Und Vanessa Westphal ergänzt: »Wir suchen Leute aus der zweiten Reihe.« Angesprochen sind Gewerkschaftsmitglieder, die schon erste Erfahrungen mitbringen, aber noch nicht dicht sind mit Ehrenämtern. Konfliktlösungskompetenz sollte man mitbringen, Durchsetzungsvermögen und Spaß daran, Sitzungen zu leiten.

Anne Beelte-Altwig

Mehr Infos zur Sozialwahl findest du unter:
sozialwahl.igbce.de



Foto: iStockphoto/Thuchaphol Chaiyakal

Kontrolle auf Schritt und Tritt?

EINE KAMERA am Arbeitsplatz – das klingt nach Misstrauen und Schikane. Bei der Videoüberwachung handelt es sich in der Tat um einen massiven Eingriff in das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Beschäftigten. Verboten ist sie nicht, sie hat aber Grenzen. **KOMPAKT** erklärt, wo diese liegen.

Big Brother is watching you! Eine Videokamera am Arbeitsplatz – bei vielen stellt sich bei dieser Vorstellung ein unangenehmes Gefühl ein. Es erinnert an Unternehmen wie die Lebensmittel-Discounter Lidl oder Aldi, die in die Schlagzeilen gekommen waren, weil sie ihre Beschäftigten systematisch verdeckt überwacht haben. Oder an die Deutsche Telekom, die Aufsichtsratsmitglieder, Führungspersonal und Journalist*innen ausspähen ließ.

Das Schnüffeln in Konzernen wirkt mitunter fast paranoid, doch auch klei-

ner Betriebe maßen sich mitunter an, Beschäftigte auf Schritt und Tritt zu kontrollieren. Dabei scheint manchem Arbeitgeber jedes Verständnis für Datenschutz zu fehlen.

Eine Frage der Verhältnismäßigkeit

Doch wie verhält es sich genau mit der Videoüberwachung am Arbeitsplatz? »Sie ist nicht generell verboten«, sagt Peter Voigt. Der Leiter der Abteilung Rechtspolitik/Rechtsschutz bei der IG BCE

Videoüberwachung am Arbeitsplatz ist nicht generell verboten. Der Arbeitgeber muss aber vorab festlegen und dokumentieren, wozu die Maßnahme dienen soll.

verweist auf die Ausnahmefälle: So könnten entsprechende Maßnahmen gerechtfertigt sein, wenn ein Unternehmen sein Eigentum schützen oder Geschäftsgeheimnisse wahren will. »Allerdings müssen die Maßnahmen verhältnismäßig sein«, erklärt Voigt. »Und der Betriebsrat muss dem zugestimmt haben.« Laut Bundesarbeitsgericht sei eine Komplettüberwachung am Arbeitsplatz oft nicht erlaubt, doch leider gibt es keine klaren gesetzlichen Regelungen zum Beschäftigten-datenschutz allgemein.

Generell müsse aber vorher geprüft werden, »ob eine Videoüberwachung überhaupt das geeignete Mittel ist«. Häufig würden Arbeitgeber angeben, damit Diebstähle aufdecken zu wollen. »Doch in der Regel lassen sich bereits durch neue Schlösser oder Türen weitere Delikte verhindern. Dann besteht kein Grund, Videokameras einzubauen, die zugleich die Beschäftigten bei ihrer Tätigkeit filmen«, sagt Voigt.

Datenschutz beachten

Sollen Videokameras am Arbeitsplatz installiert werden, müsse der Arbeitgeber für jedes eingesetzte Gerät vorab festlegen und dokumentieren, wozu die Maßnahme dienen soll. »Denn nur so können Datenschutzbeauftragte oder die zuständige Aufsichtsbehörde den Einsatz der Kameras nachvollziehen«, erklärt der Jurist. Außerdem würde das Bundesdatenschutzgesetz das Unternehmen dazu verpflichten, die Beschäftigten, Lieferbetriebe und Kund*innen auf die betriebliche Maßnahme hinzuweisen – zum Beispiel durch Schilder: »Dieser Raum ist videoüberwacht« – und über die Beweggründe informieren.

Wie steht es mit der verdeckten Videoüberwachung? »Sie ist grundsätzlich nicht zulässig«, sagt Voigt. Allerdings könnten nach der Rechtsprechung dann Ausnahmen gegeben sein, wenn ein aktueller Verdacht auf Diebstahl besteht. »Sollen die Bilder also einen erhärteten

Verdacht bestätigen, muss die Kamera weder sichtbar sein noch muss auf sie explizit hingewiesen werden.« Das bestätigt eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahr 2012 (21.06.2012, Az: 2 AZR 153/11).

Keine willkürliche Speicherung

Auch die Speicherung von Videoaufnahmen ist streng geregelt: Das Bundes-

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Unstimmigkeiten beim Thema Videoüberwachung gibt es in der Praxis immer wieder. Isabel Eder, Leiterin der Abteilung Mitbestimmung/Betriebsverfassung bei der IGBCE, erinnert sich an einen aufschlussreichen Fall in der Chemiebranche aus dem Jahr 2015:

»Der Arbeitgeber wollte damals einen Leitstand per Video überwachen lassen. Die Begründung: Falls ein Beschäftigter gesundheitsbedingt umfallen sollte, könne man schnell reagieren.« Eine unsinnige Maßnahme, urteilt die Volljuristin. Denn das würde voraussetzen, dass jemand die Aufnahmen zeitgleich anschaut. »Da das aber nicht zutrifft, ist die Videoüberwachung in diesem Fall nicht für den verfolgten Zweck geeignet.« Und damit sei die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme nicht gegeben gewesen.

Im konkreten Fall wären Totmannschaltungen eine Option gewesen, die der Arbeitgeber aber nicht einmal diskutieren wollte. Eine Totmannschaltung ist eine Vorrichtung, die anhand bestimmter Merkmale (zum Beispiel durch Sensoren) prüft, ob sich eine Person potenziell in Gefahr befindet. Ist dies der Fall, löst der Totmannschalter einen Alarm aus. Eder: »Am Ende hat der Betriebsrat die Einigungsstelle gewonnen.«

datenschutzgesetz schreibt im Paragraph 4, Abs. 5 vor: »Die Daten sind unverzüglich zu löschen, wenn sie zur Erreichung des Zwecks nicht mehr erforderlich sind oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen einer weiteren Speicherung entgegenstehen.« Eine konkrete Frist, innerhalb derer Videodaten zu vernichten sind, existiere allerdings nicht.

Ganz eindeutig verhält es sich bei den sogenannten Sozialräumen. »In der Toilette, in Sanitär-, Umkleide- und Schlafräumen sind Kameras tabu. Hier ist eine Videoüberwachung grundsätzlich unzulässig«, sagt Voigt »Denn es handelt sich um private Bereiche, in denen der Schutz der Intimsphäre überwiegt.«

Datenschutz für Beschäftigte

»Gerade im Beschäftigten-Datenschutz wurde zwar einiges durch die Rechtsprechung entschieden«, sagt Isabel Eder, Leiterin der Abteilung Mitbestimmung/Betriebsverfassung. »Doch ausreichenden Schutz gebietet das aktuelle Datenschutzrecht für Beschäftigte gerade angesichts zunehmender Digitalisierung nicht. Die IGBCE fordert deshalb gemeinsam mit dem DGB ein eigenes Beschäftigten-Datenschutzgesetz«, erklärt Eder. Ein eigener Gesetzesentwurf wurde bereits zur Diskussion vorgeschlagen. »Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass unrechtmäßig erlangte Daten nicht im Gerichtsverfahren gegen Beschäftigte benutzt werden dürfen.«

Wie können sich Betroffene wehren?

Beschäftigte, die vermuten, unzulässig mit einer Videokamera überwacht zu werden, sollten sich grundsätzlich an ihren Betriebsrat und an die IGBCE vor Ort wenden. Die IGBCE bietet ihren Mitgliedern im Streitfall Unterstützung mit dem gewerkschaftlichen Rechtsschutz.

Katrin Schreiter

Gesund oder ungesund?

Darf ich? Oder lieber doch nicht ...? Das Wissen darüber, was gesund oder ungesund ist, scheint heute so groß wie nie zu sein. Doch über Ernährung und Lebensmittel kursieren hartnäckige Irrtümer. **KOMPAKT** klärt einige Missverständnisse auf.

In der Steinzeit haben sich die Menschen vermutlich nicht die Frage gestellt, welches Essen gut für sie ist. Denn sie konnten sich auf ihre Geschmacksnerven verlassen. So warnt Saures zum Beispiel vor unreifen Früchten, Bitteres vor ungenießbaren oder sogar giftigen Pflanzen.

Heute bestimmt vor allem das Wissen über Ernährung unseren Speiseplan: Immer mehr Menschen achten auf gesundes Essen. Doch dabei gibt es auch zahlreiche Mythen, die sich hartnäckig halten. »Einer der Gründe dafür ist, dass wir wenig allgemeingültige Studien

über Lebensmittel und Ernährung haben. Und viele Ergebnisse werden verkürzt dargestellt, so dass am Ende einige Lebensmittel in den Himmel gelobt werden, andere aber verteufelt«, sagt Dr. Britta Schautz, Projektleitung Ernährung und Lebensmittel bei der Verbraucherzentrale Berlin.

Die Expertin klärt einige Missverständnisse rund ums Essen auf:

Kartoffeln machen dick

Wer abnehmen will, soll die Kartoffeln weglassen, denn die machen dick. Wirklich?

Nein! Kartoffeln liefern neben Kohlenhydraten auch hochwertiges Eiweiß und machen lange satt. Beim Abnehmen kommt es auch auf die gesamte Kalorienbilanz an, und da sind Kartoffeln mit 72 Kilokalorien pro 100 Gramm sogar die schlanke Variante der Beilage. Generell gilt: Lieber Pell- oder Salzkartoffeln statt Krokettchen oder Pommes frites.

Rohkost ist das Beste

Mythos Rohkost – möglichst immerzu und viel. Denn schließlich ist rohes Gemüse viel besser als gekochtes. Korrekt?

Foto: iStockphoto/AlexRaths





Nicht ganz! Einige Vitamine werden zwar beim Kochen abgebaut – zum Beispiel Vitamin C und Folsäure. Andere Stoffe wie das antioxidativ wirkende Lycopin wiederum können besser aufgenommen werden, wenn etwa die Tomate erhitzt wird. Generell gilt: Eine Portion Rohkost am Tag ist empfehlenswert und Gemüse sollte möglichst kurz und mit wenig Wasser gekocht werden.

Vitamin C schützt vor Erkältung

Das erste Kratzen im Hals, die laufende Nase, da greift man gern zur Vitamin-C-Tablette, denn die schützt ja vor einer Erkältung, oder?

Falsch! Vitamin C ist zwar wichtig für das Immunsystem. Aber dass eine vorsorgliche Einnahme den Krankheitsverlauf von Erkältungen beeinflusst, konnte noch keine Studie belegen. Ausnahme könnten eventuell Personen sein, die unter extremer körperlicher Belastung oder in sehr kalter Umgebung unterwegs sind – zum Beispiel Marathonläufer oder Skifahrer.

Schnaps nach dem Essen

Mittags gibt's fetten Braten mit Knödeln oder Kroketten. Doch nach so viel gutem Essen muss ein Schnaps der Verdauung auf die Sprünge helfen. Kann das sein?

Falsch! Der Verdauungsschnaps nach dem Essen beschleunigt nicht die Verdauung. Er verringert sie sogar. Wer zum Essen Alkohol trinkt, verdaut langsamer. Schnaps nach dem Essen bremst zusätzlich.

Schokolade macht Pickel

Wer Pickel kriegt, hat zu viel Schokolade gegessen. Denn die macht unreine Haut, zumindest der landläufigen Meinung nach. Stimmt das?

Nein! Ein Zusammenhang zwischen Schokoladenkonsum und unreiner Haut ist wissenschaftlich nicht erwiesen. Pickel entstehen durch verstopfte Hautporen und überschüssige Talgproduktion. Für Pickel ist also eher der Hormonhaushalt verantwortlich.

Bier auf Wein, das lass sein!

»Bier auf Wein, das lass sein – Wein auf Bier, das rat' ich dir«, sagt der Volksmund. Ist die Reihenfolge wirklich entscheidend?

Es ist völlig egal, in welcher Reihenfolge man alkoholische Getränke zu sich nimmt. Der Kater am nächsten Morgen hängt ausschließlich von der Menge und Qualität des Alkohols ab – die Reihenfolge der Getränke spielt dabei keine Rolle.

Spinat enthält viel Eisen

Wer hat das nicht als Kind hören müssen, dass man den Spinat aufessen soll, da dieser so viel Eisen enthält... Schließlich hat das grüne Blattgemüse schon Popeye ordentlich stark gemacht! Uns auch?

Irrtum! Durch ein verrutschtes Komma wurde der Spinat einst zum sagenhaften Eisenlieferanten. Tatsächlich liefern aber zum Beispiel Linsen (100 Gramm enthalten 8 Milligramm) mehr Eisen als Spinat (2,6 Milligramm). Tipp: Pflanzliches Eisen immer mit Vitamin-C-reichem Obst oder Gemüse (Paprika, Brokkoli, Orangensaft) kombinieren, dann nimmt es der Körper besser auf.

Brauner Zucker ist gesünder

Zucker schadet der Gesundheit: Er begünstigt Übergewicht, Diabetes Typ 2 und Karies. Viele Menschen greifen deshalb zu braunem Zucker. Doch ist er die bessere Alternative?

Nein! Beide unterscheiden sich nicht in puncto Energiegehalt, und beide sind schädlich für die Zähne. Der unterschiedliche Mineralstoffgehalt ist äußerst gering. Ob man nun die eine oder andere Variante bevorzugt ist nur eine Frage des Geschmacks.

Salat ist eine Vitaminbombe

Blattsalat ist gut für die schlanke Linie. Und er ist ja so gesund, denn es stecken so viele Vitamine drin! Oder nicht?

Blattsalat besteht zu etwa 95 Prozent aus Wasser. Er füllt also den Magen, ohne dick zu machen, doch viel mehr Positives gibt es nicht über Blattsalat zu sagen. Denn er hat weder besonders viele Vitamine noch Ballaststoffe. Tipp: mit buntem Gemüse wie Paprika, Tomaten, Karotten ergänzen.

Salz ist schädlich

Salziges Essen lässt den Blutdruck steigen, das wiederum macht erwiesenermaßen krank und verkürzt das Leben. Am besten also auf Salz verzichten!

Keinesfalls! Es kommt auf die richtige Dosis an. Denn zu wenig Salz kann genauso schädlich sein wie zu viel. Hat das Gehirn keinen ausreichenden Salzspiegel, kann das zu Verwirrtheit und Desorientiertheit führen. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt fünf Gramm pro Tag. Das soll aber nicht heißen, dass man beherzt zum Salzstreuer greifen sollte, denn: Die allermeisten Menschen in Deutschland nehmen sowieso schon mehr als diese Menge am Tag zu sich.

Katrin Schreiter

Preisrätsel

Im Preisrätsel wird in diesem Monat ein Ereignis gesucht – das weltweit größte Volksfest. Bitte die Lösung auf eine Postkarte schreiben und einsenden an: **KOMPAKT-Redaktion, Postfach 39 45, 30039 Hannover** oder per E-Mail an: kompakt.preisraetsel@igbce.de – bitte deine Adresse mit angeben. Einsendeschluss ist der 15. September 2022 (Datum des Poststempels ist maßgebend). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinner*innen

BEI DER VERLOSUNG DER PREISE unter den Einsendungen richtiger Lösungen fielen die zehn Hauptgewinne – je ein Werkzeugkoffer aus dem Hause Mannesmann – an: Ursula Gebhardt, Guben; Detlef Glöde, Angermünde; Harald Fillmann, Kirn-Sulzbach; Eugen Schlicher, Völklingen; Stefanie Oberkirsch, Schorndorf; Manfred Feck, Moers; Hans-Jürgen Corde, Bad Wurzach; Edelgard Baura, Seevetal; Petra Fischer, Niestetal; Stefan Goretzky, Straubing.

40 WEITERE GEWINNER*INNEN

erhalten die Bluetooth-Kopfhörer: Andreas Teske, Steinau; Armin Weigand, Gladenbach; Roland Hillebrand, Faulbach; H.-J. Albrecht, Leipzig; Wolfgang Ratzel, Dettenheim; Günter Scherer, Lienen; Bärbel Reiser, Erkrath; Henrik Schulz, Straupitz; Bernhard Dietrich, Sondershausen; Norbert Gruntmann, Hückelhoven; Theo Rhiem, Zülpich; Sigrid Hartung, München; Eric Grundner, Kiel; Heinz Wagner, Mülhausen; Peter Alpers, Bremerförde; Roswitha Kovac, Philippsburg; Werner Roskosch, Bergisch Gladbach; Dieter Henseleit, Merzig; Hans-Dieter Holzky, Sehnde; Helga Gräbner, Chemnitz; Ulf Hermann, Roggendorf; Tanja Handschuh, Neustadt; Ralf Eichenaue, Gladbeck; Thomas Reinke, Mannheim; Hans Köllemann, Gronau; Karin Müller, Münchenhausen; Peter Becker, Lünen; Robert Knabel, Freiburg; Gerlinde Weinfurter, Wackersdorf; Anton Blaj, Ludwigshafen; Jürgen Depenbrock, Holzwick; Ralf Grimmer, Freigericht; Anita Kretzschmar, Dresden; Henning Buchta, Duisburg; Florian Sturm, Gersthofen; Frank Bosse, Goslar; Marina Huck, Offenbach; Gertrude Pfannebecker, Hamburg; Rolf Schließer, Ilsenburg; Sonja Gabriel, Grünstadt.

Lösung Juli/August 2022:

SCHWIMMBAD

Die komplette Auflösung des Rätsels ist in der Onlineausgabe ersichtlich.

Meine IGBCE – mein Mehrwert

Teil der IGBCE zu sein, bringt dir Vorteile im täglichen (Arbeits-)Leben. Wir stellen sie dir an dieser Stelle vor. In dieser Ausgabe: Die vielfältige Vorteilswelt der IGBCE-Bonusagentur.



Illustration: Markus Köpp

B WIE BONUSAGENTUR

Klare Preis-Leistungs-Vorteile, abwechslungsreiche Aktionen und einen hervorragenden Service – das alles gibt's für IGBCE-Mitglieder in der Vorteilswelt der IGBCE-Bonusagentur. Dein Bonus: Attraktive Angebote und Dienstleistungen, mit denen du viel Geld sparen kannst – von Sprachreisen über Steuerberatung und Baufinanzierung bis zur Risikoversorge. Als Dienstleisterin organisiert sie Vorteileangebote in den Bereichen Beratung & Job, Gesundheit & Fitness, Freizeit & Reisen sowie Vorsorge & Finanzen. Und das seit zehn Jahren, denn die Bonusagentur feiert in diesem Monat ihr zehnjähriges Bestehen.

Zahlreiche Produkte oder Dienstleistungen hat das Team aus 400 zertifizierten Beraterinnen und Beratern, Fachleuten sowie Servicekräften seither an IGBCE-Mitglieder, deren Familienangehörige und Lebenspartner*innen vermittelt. Darunter mehr als 70 000 private Vorsorgeverträge mit den Schwerpunkten Berufsunfähigkeit, Pflegevorsorge, Krankentagegeld, Zahnzusatzversicherung und Hinterbliebenenschutz. Besonders beliebt sind die wöchentlichen Deals, Reise- und Freizeitangebote, mit denen du bis zu 75 Prozent sparen kannst. Neugierig? Dann klick doch mal rein. *red*

➦ Mehr Infos: igbce-bonusagentur.de

Alle Infos auf einen Klick

Meine IGBCE

Einige Serviceangebote auf unserer Website sind erst einsehbar, wenn du dich als Mitglied online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst du hier einrichten:



➦ meine.igbce.de

Die IGBCE in deiner Nähe

Fragen zur IGBCE-Mitgliedschaft beantwortet dir dein IGBCE-Bezirk. Mit Hilfe unserer Bezirkssuche findest du den nächstgelegenen IGBCE-Bezirk:

➦ igbce.de/igbce/vor-ort/in-der-region



Immer auf dem Laufenden

Du möchtest schnelle Informationen zu aktuellen Themen aus Politik und Gewerkschaft? Hier kannst du unseren Newsletter abonnieren:



➦ igbce.de/igbce/newsletter-abonnieren

Mitglieder werben

Über diesen Link/QR-Code können Menschen Mitglied der IGBCE werden. Gib ihnen gern diese KOMPAKT-Ausgabe weiter:

➦ mitgliedwerden.igbce.de





Tim Neugebauer sorgt mit den Kolleginnen und Kollegen der Werkstatt dafür, dass die Räder bei der MIBRAG in Profen nicht stillstehen.

Foto: Jens Schulze

TIM NEUGEBAUER (34) ist Arbeitsvorbereiter in der Hauptwerkstatt der MIBRAG.

Das Unmögliche **möglich machen**

» Als ich klein war, hat mein Vater zu mir gesagt: »Wenn du bei der MIBRAG reinkommst, dann hast du es geschafft!« Und das habe ich. Ich komme aus Zeitz – da hatte die MIBRAG schon immer ein Gewicht. Der Braunkohlebetrieb war ganz einfach in unserer Region ein Garant für die Zukunft – und ist es meiner Meinung nach immer noch.

»Die Generation Bergleute muss flexibel sein«

Ich habe Industriemechaniker gelernt, Fachrichtung Instandsetzung. Seit November 2021 bin ich Arbeitsvorbereiter – eine Art Bindeglied zwischen Konstruktionsbüro und Hauptwerkstatt. Wir sind als Team eine Art schnelle Eingreiftruppe. Wenn zum Beispiel das Getriebe eines Großgerätes nicht mehr läuft, müssen wir das Unmögliche möglich machen.

Ob Pendelrollenlager, Vorgelegewelle oder Vertikalzug: Ich als Arbeitsvorbereiter muss prüfen, was wir konkret für die Reparatur brauchen. Haben wir die entsprechenden Teile vorrätig? Gibt es Fremdfirmen, die sie liefern könnten? Oder müssen wir sie selbst fertigen? Das ist manchmal eine Herausforderung – schließlich stammen die Geräte

hier im Tagebau Profen alle noch aus DDR-Zeiten.

Eine abwechslungsreiche Arbeit – ich muss mich immer in Neues hineindenken und gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen Lösungen finden. Man kann schon sagen: Vom Schaufelradbagger über die Bandanlage bis zur E-Lok, die die Kohle ins Kraftwerk bringt, bin ich

mit den Beschäftigten der Werkstatt dafür verantwortlich, dass die Räder in Profen nicht stillstehen. Natürlich mache ich mir über Themen wie Umweltschäden und Klimawandel auch meine Gedanken. Aber ich glaube, hier ist jedem bewusst, dass wir bei der Förderung die Umweltbelastung minimal halten müssen.

Ganz unabhängig von der aktuellen Diskussion bin ich sicher, dass die MIBRAG eine Zukunft haben wird. Nicht als reiner Stromlieferant. Aber es gibt bei uns so viele schlaue Köpfe, so viele fähige Leute... Da wird es neue Geschäftsfelder geben, in denen ich eine Aufgabe finde. Das macht mir keine Sorgen. Diese Generation Bergleute muss flexibel sein – darauf haben wir uns eingestellt. Geräte und Anlagen wird es auch in Zukunft geben.

Aufgezeichnet von Katrin Schreiter

Komm in unser Team!



Du suchst mehr als einfach nur einen Ausbildungsplatz? Gesellschaftliche Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind zentrale Werte für dich? Dann ist die IGBCE die richtige Gemeinschaft für dich und deine Zukunft. Bewirb dich jetzt und werde ein Teil von uns!

Wir vertreten nicht nur die Beschäftigten in den Betrieben unserer Branchen, sondern setzen uns für eine nachhaltige Gestaltung der Arbeitswelt ein, in der soziale, ökonomische und ökologische Werte gleichberechtigt nebeneinander gefördert werden.

Unsere Ausbildungsberufe sind genauso vielfältig wie wir:

Wir suchen

- ▶ **Kaufleute für Büromanagement**
- ▶ **Fachinformatiker*innen Systemintegration und Anwendungsentwicklung**
- ▶ **Köche beziehungsweise Köchinnen.**



INTERESSIERT?

Dann erfahre hier, wie du ein Teil von uns wirst und bewirb dich jetzt für den Ausbildungsstart 1. September 2023!

Markenartikel
zu Bestpreisen

Neu für Sie zum
Kennenlernen:
bis zu 56% Preisvorteil!

Wasser- und
windabweisend,
atmungsaktiv



Robuste,
rutschfeste
Sohle

schwarz

Herausnehmbare
Innensohle



rot

Für Damen
und Herren

Aus Textil und
strapazier-
fähigem
Polyurethan

blau

reusch

Wasserabweisende Trekkingsschuhe fürs ultimative Wandervergnügen!

UVP*-Preis 139,-
Personalshop-Preis 79,99

NEUKUNDEN-PREIS

€ **59.99**

Sie sparen € 79,01
gegenüber dem UVP*

- Innovative TRIPLETEx-Membrane: wasser- und windabweisend, atmungsaktiv
- Perfekter Halt auf jedem Terrain
- Hoher Tragekomfort bei jeder Tour
- Obermaterial: Textil/ Mesh mit Polyurethan und Nylon
- Futter: Textil
- Laufsohle: Phylon/ Thermoplastischer Gummi

Trekkingsschuhe

blau	Art.-Nr. 41.403.711
rot	Art.-Nr. 41.403.724
schwarz	Art.-Nr. 41.403.737

Größen

37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

BESTELLSCHEIN D30761 mit 30 Tage Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
	41.403.711		Trekkingsschuhe Reusch, blau	€ 59,99
	41.403.724		Trekkingsschuhe Reusch, rot	€ 59,99
	41.403.737		Trekkingsschuhe Reusch, schwarz	€ 59,99

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geb. Datum:

E-Mail:

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

Bestellen leicht gemacht!

bestellen@personalshop.com

0 69 / 92 10 110

FAX 069 / 92 10 11 800

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**



25%
Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30761** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schließen Sie Ihre Bestellung ab!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an:
Personalshop
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.**

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

*Stattpreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.

**Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com